

Der 17. Juni 1953

Widerstand als Vermächtnis

XIV. Bautzen-Forum
der Friedrich-Ebert-Stiftung
Büro Leipzig

8. und 9. Mai 2003

Dokumentation

Gefördert durch die Erich-Brost-Stiftung in der
Friedrich-Ebert-Stiftung

XIV. Bautzen-Forum 8.– 9. Mai 2003

Matthias Eisel: Vorbemerkung 6

Grußworte

Günter Mühle 8

Harald Möller 11

Cornelius Weiss 13

Marko Schiemann 17

Michael Böhmer 21

Referate

Bernd Faulenbach: Der 17. Juni 1953 24
in der deutschen Geschichte

Podiumsgespräch: Der 17. Juni 1953 – Widerstand als Vermächtnis

Hans-Jochen Vogel 44

Erik Bettermann

Ronald Lässig

Spurensuche – Ein Schülerprojekt der Mittelschule 60
Doberschau und des Friedrich-Schiller-Gymnasiums
Bautzen

Heidi Roth: Bemerkungen 72
zur Ergänzung des Schülerprojekts

Referate

Ilko-Sascha Kowalczuk: Der 17. Juni 1953 in den Akten der Staatssicherheit	76
Thomas Krüger: Verfolgung und Widerstand als Themen der politischen Bildungsarbeit	93

Podiumsgespräch Der 17. Juni 1953 aus der Perspektive von Zeitzeugen

Norbert Haase	102
Maike Neumann	106
Günter Assmann	113
Achim Beyer	121

Ausstellungseröffnung in der Gedenkstätte Bautzen

„Solidarität mit Berlin“ – Der 17. Juni 1953
in den sächsischen Bezirken

Silke Klewin: Einleitung	130
Matthias Röbler: Grußwort zur Ausstellungseröffnung	134
Michael Beleites. Einführung in die Ausstellung	138
Tobias David: Die Initiative 17. Juni 1953 in Leipzig	143
Teilnehmer und Autoren des XIV. Bautzen-Forums	146
Bautzen-Foren im Überblick	148
Impressum	151



Matthias Eisel

Vorbemerkung

Der 17. Juni 1953 sei ein faschistischer Putsch gewesen, ein Werk von Provokateuren, von faschistischen Agenten aus dem Ausland und der westdeutschen revanchistischen Monopolbourgeoisie, die diesen „Tag X“ seit langem vorbereitet hätten. So oder so ähnlich lautete die von der SED-Geschichtsschreibung vorgegebene Sprachregelung, wenn es denn unvermeidbar war, auf das Datum und die Ereignisse Bezug zu nehmen.

Aber eigentlich galt der 17. Juni 1953 als schärfstes Tabu und

wurde totgeschwiegen. Mir selbst, Jahrgang 1958, ist er „offiziell“ weder in der DDR-Schule noch später im Studium begegnet. Im Westfernsehen und im Westradio war sporadisch davon die Rede, vor allem in den (ritualisierten?) Gedenkreden zu den Jahrestagen. Zeitzeugen oder gar Beteiligte im Osten mussten sich zurückhalten.

Aus heutiger Sicht kann man wohl sagen, dass der restriktive und verlogene Umgang der SED mit dem Volksaufstand seine Wirkung über die Jahre nicht gänzlich verfehlte. Selbst die Friedliche Revolution vom Herbst 1989 und maßgebliche Bürgerrechtler vermieden es, sich auf das Datum zu beziehen. Marianne Birthler verwies darauf jüngst in einem Interview. Dabei war es Stasi-Chef Mielke selbst, vom dem angesichts der Fluchtwelle im Sommer 1989 in den Akten die böse Ahnung überliefert ist: „Genossen, steht uns ein neuer 17. Juni bevor?“

Nun also, 50 Jahre nach dem Aufstand, hat das Ereignis ganz offenbar seinen Platz in der deutschen Revolutionsgeschichte gefunden. Nach Öffnung der Archive, durch eine beachtliche Forschungsarbeit und zahlreiche Zeitzeugenberichte wurde diese umfassende Einordnung und teilweise Neubewertung erst möglich. Das 14. Bautzen-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung wollte dazu einen Beitrag leisten. Mit der hier vorgelegten Dokumentation möchte ich mich bei allen Beteiligten sehr herzlich bedanken.

Der Historiker Bernd Faulenbach sagte zu Beginn des Forums, spätestens seit den Junitagen 1953 hatte die DDR ihre historische Legitimation verloren, denn der Machtanspruch der SED konnte nur mithilfe russischer Panzer brutal gesichert werden

Im ganzen Land, auch außerhalb Berlins, bei Streiks und Erhebungen in über 500 Städten und Gemeinden, wurden neben verbesserten Lebensbedingungen durchweg politische Ziele artikuliert: Sturz der Regierung, Zulassung weiterer Parteien, freie Wahlen und Freilassung aller politischen Gefangenen. Viele mussten dafür einen hohen Preis bezahlen. Nach aktuellen Forschungen hat es auf Geheiß der SED wahrscheinlich 18 standrechtliche Erschießungen gegeben, zwischen 75 und 150 Todesfälle, über 13000 Verhaftungen und etwa 2000 Urteile mit meist jahrelangen Zuchthausstrafen.



Günter Mühle

Grußwort

Meine Damen und Herren,

das Bautzen-Komitee hat sich gestern einen neuen Vorstand und auch einen neuen Ersten Vorsitzenden gewählt. Der alte war doch ein bisschen alt geworden. Er will aber trotzdem die Gelegenheit wahrnehmen, Sie alle herzlich zu begrüßen – Gäste, die ehemaligen Schicksalsgefährten. Mein ganz besonderer Dank gilt der Friedrich-Ebert-Stiftung für die hervorragende Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren. Das Gleiche betrifft die Stadt Bautzen. Nicht nur den Oberbürgermeister, besonders hervorheben möchte ich auch Frau Fischer von der Friedhofsverwaltung, die hier nicht unerwähnt bleiben sollte.

Ich will mich ansonsten mit dem heutigen Thema nicht zu sehr beschäftigen, weil ich zu dieser Zeit, am 17. Juni 1953, in großer

Sicherheit in Bautzen im Gelben Elend war. Mir konnte also nichts passieren. Dagegen bin ich aber verpflichtet etwas dazu zu sagen, wie es den ehemaligen Opfern vom 17. Juni geht. Die Antwort könnte ganz kurz sein: genauso bescheiden wie den anderen.

Das hat verschiedene Gründe. Wir ehemaligen Häftlinge leben mit unserer Vergangenheit und versuchen, sie aufzuarbeiten. Wir setzen dafür Zeit, Gesundheit und materielle Mittel ein. Zudem gibt es Historiker, die wir dringend brauchen, und Institutionen, die sich mit eben dieser Vergangenheit beschäftigen. Und ich war immer der Meinung, dass diese Institutionen dazu da wären, den Opferverbänden behilflich zu sein. Leider ist das nicht immer der Fall. Manchmal habe ich das Gefühl, man will uns die Macht des anderen beweisen.

Dann haben wir natürlich noch die Schwierigkeit, dass auch die Opfer der zweiten deutschen Diktatur Ansprüche stellen. Sie wollen gleichberechtigt sein. Ich wiederhole das – jeder kennt das seit Jahren – aus dem einfachen Grund, weil die roten Knüppel genauso hart waren wie die braunen. Und das gelingt uns leider nicht, das hat natürlich auch viele Gründe. Ich hoffe, dass es uns in diesem Jahr nicht so geht, wie es uns 1992 gegangen ist, als der Bundestag – aufgefordert von der Bundestagspräsidentin – sich erhob und der Opfer gedachte, um am gleichen Tag das erste Gesetz zur Verbesserung der Lage der ehemaligen Häftlinge abzulehnen. Ich muss dazu sagen, dass damals fünf Abgeordnete der CDU/CSU und zwei der FDP – der damaligen Regierungsfractionen – für das Gesetz gestimmt haben. Die Opposition hat geschlossen dafür gestimmt. Das Gesetz wurde dann aber abgelehnt. Jetzt haben wir zwar regierungsmäßig andere Verhältnisse, aber das Spiel ist das gleiche geblieben. Die Opposition stellt Anträge für uns, die Regierung lehnt sie ab. Und wenn ich mit dem Bundespräsidenten spreche, sagt er, das habe fiskalische Gründe. Da kommen mir wieder meine Zweifel.

Ich glaube nicht daran, dass die Mittel dafür nicht vorhanden sind. Zugegebenermaßen ist für die Länder, die ja die Last mit zu tragen hätten, durch das Gerichtsurteil vom letzten Jahr eine erhebliche Belastung dazugekommen. Denn unsere ehemaligen Peiniger, oder die, die den Staat zugrunde gerichtet haben, die uns eingesperrt haben, die uns zum Teil umgebracht haben, die nutzen jetzt die Zeit des Rechtsstaates. Ein großer deutscher Dichter hat einmal gesagt: „Wer über Nacht sich umgestellt und sich zu jedem Staat bekennt, das sind die wahren Praktiker.“ Man könnte sie auch

Lumpen nennen; ich finde aber, Lumpen ist zu harmlos, es sind Verbrecher gewesen. Und jetzt werden sie dafür belohnt. Ich kann die Juristerei wirklich nicht begreifen.

Wenn ich mir überlege, dass das alleine für das Land Sachsen mindestens 754 Millionen Euro pro Jahr ausmacht, die dafür zu zahlen sind. In Brandenburg sind es 489, in Sachsen-Anhalt 426, in Thüringen 385, Mecklenburg-Vorpommern 274, Berlin 232; insgesamt also 2 560 Millionen Euro. Die Beträge lasten auf den Ländern, nur weil einige Juristen der Meinung sind, man müsste Verbrecher belohnen. Und das ist natürlich für uns absolut unverständlich. Ich hoffe aber, dass sich eine Änderung einstellt. Ich habe gerade gelesen, dass ein Berliner Gericht einen Antrag abgelehnt hat, trotz dieses Urteils. Das geht also offensichtlich auch.

Ich hoffe also, dass wir als ehemalige Häftlinge und auch die vom 17. Juni besseren Zeiten entgegengehen. Es kann nicht sein, dass die Massenmedien sich nur an den alten Garden hochziehen. Vielleicht bringen die höhere Leser- oder Einschaltquoten als wir, das weiß ich nicht. Trotzdem meine ich, hätten wir es verdient, dass wir auch in den Medien mit vertreten sind. Das ist zum Teil aber auch unsere Schuld. Ich muss unsere Kameraden darauf hinweisen, wie wenig bekannt die Materie im Westen ist, und das liegt an uns. Wir sind viele, die im Westen wohnen. Wenn wir nicht aktiv sind, kann es der Westen und können es auch die westlichen Politiker nicht erfahren. Wenn mir ein Politiker über den Weg läuft, versuche ich, mich mit ihm zu unterhalten. Und es ist erstaunlich, welche Unkenntnis da herrscht. Was für mich dann auch wieder der Beweis dafür ist, dass die Leute, die Gesetze entscheiden sollen, falsche Entscheidungen treffen, wenn sie nichts wissen über uns. Also auch das müssen wir mit ändern.

Ich bin der Friedrich-Ebert-Stiftung für solche Foren außerordentlich dankbar. Davon müssten wir mehr haben. Dann würde sich auch das Verhältnis zu uns ändern. Und ich hoffe also, dass auch die heutige Tagung einiges dazu beitragen wird, und wünsche ihr einen recht guten Verlauf.



Harald Möller

Grußwort

Sehr verehrte Damen und Herren,
verehrte Gäste,
liebe Kameradinnen und Kameraden,

als neu gewählter Vorsitzender des Bautzen-Komitees habe ich die Ehre, Sie heute hier im Namen des Bautzen-Komitees begrüßen zu dürfen.

Seit vierzehn Jahren richtet die Friedrich-Ebert-Stiftung das Bautzen-Forum aus. In diesem Jahr beschäftigt sich das Forum mit dem Widerstand des 17. Juni 1953 in der DDR. Zu diesem Zeitpunkt war eine ganze Reihe von ehemaligen Häftlingen schon etliche Jahre hinter den Mauern des Gelben Elends, sodass wir von diesen Tagen des Widerstandes wenig oder gar nichts mitbekommen haben. Erst die Einlieferung der ersten Widerständler aus dieser

Zeit in die Isolierzellen des Gelben Elends brachte einige Erkenntnisse für uns. Insofern sind wir dankbar, dass wir heute unsere Kenntnisse vertiefen können.

Und jetzt wiederhole ich mich, bzw. das, was mein Vorgänger gesagt hat. Entschuldigen Sie bitte, aber bei uns kommt Verbitterung auf, wenn wir immer wieder ansehen und lesen müssen, wie die SED-Nomenklatura, die Stasi-Obristen gut versorgt sind, während unsere Leute kämpfen müssen um die einfachsten Dinge. Es ist kaum jemandem heute zu vermitteln, wenn sich in den neuen Bundesländern Kameraden von uns seit über zehn Jahren nach der Einheit Deutschlands mit der Versorgungsverwaltung und mit den Sozialgerichten herumschlagen müssen. Das ist wirklich traurig. Und diese Kameraden sind bereits in die Resignation abgewandert. Ihre Wut ist verständlich, gerade wenn ehemalige SEDler immer wieder in den Medien präsent sind. Und ganz schlimm ist es, wenn sich diese Typen – ich sage es ganz bewusst – der Stasi und der SED heute noch in den Medien präsentieren als so genannte Gutmenschen. Es ist unerträglich und es kann in diesem Sinne nicht weitergehen, denn eines dürfte klar sein. Diese Leute werden in ihrem Leben nie auf den Boden des Grundgesetzes zurückfinden – auf dem sie noch nie gestanden haben.

Das Bautzen-Komitee wird sich unter dem Dach der Union der Opferverbände der Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft ganz massiv auch in Zukunft dafür einsetzen, dass uns endlich Gerechtigkeit widerfährt.

Hoffnungsfroh stimmt uns die Tatsache, dass eine Reihe von jungen Menschen hier unter uns ist, die in Schülerprojekten mithilfe ihrer Lehrkräfte den Widerstand in der ehemaligen DDR aufarbeiten wollen. Wir hoffen und bitten Sie, die Gelegenheit und die Zeit zu nutzen, um mit vielen Zeitzeugen, die hier anwesend sind, zu sprechen. Versuchen Sie die subjektiven Erlebnisberichte dieser Menschen in die objektive Wirklichkeit der kommunistischen Gewaltherrschaft einzuordnen.



Cornelius Weiss

Grußwort

Herr Vorsitzender Möller,
Herr Vorsitzender a.D. Mühle,
Herr Bürgermeister,
lieber Kollege Schiemann,
lieber Matthias Eisel,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

es ist für mich eine große Ehre und auch Freude, zur Eröffnung des 14. Bautzen-Forums ein Grußwort sprechen zu dürfen. Zuallererst möchte ich Ihnen die herzlichen Grüße der SPD-Fraktion im sächsischen Landtag übermitteln und deren guten Wünsche für ein erfolgreiches Gelingen dieser wichtigen Veranstaltungen. Wie ernst meine Fraktion die Arbeit des Bautzen-Forums nimmt, können Sie daran ermessen, dass mein Chef, der Fraktionsvorsitzende

der SPD-Fraktion im sächsischen Landtag, Thomas Jurk, es sich nicht wird nehmen lassen, mittags ebenfalls hierher zu kommen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Thema des diesjährigen Bautzen-Forums ist der demokratische Volksaufstand vom 17. Juni 1953 und sein Vermächtnis für uns und die nachfolgenden Generationen. Die Tagung will dazu beitragen, ein korrektes Bild von den Ereignissen vor 50 Jahren zu zeichnen, und daraus Lehren für die Gegenwart und vor allem für die Zukunft zu ziehen.

Ich lebte zu jener Zeit – und entschuldigen Sie, dass ich jetzt etwas aus meinem eigenen Leben erzähle, es passt nämlich hierher – weit, sehr weit von der Heimat entfernt, als Verschleppter, ohne Pass und ohne Rechte, und weitgehend auch ohne Information in der Sowjetunion, genauer gesagt, in Minsk.

Im Jahre 1933 geboren, hatte ich schon die Nazidiktatur und den von ihr angezettelten verheerenden Weltkrieg halbwegs bewusst erlebt. Meine Eltern, als religiöse Sozialisten von Anfang an überzeugte Anti-Nationalsozialisten und selbst aktiv im Widerstand, sahen in der militärischen Niederlage Nazideutschlands eine historische Chance zum Aufbau eines freiheitlichen demokratischen Staatswesens, und wollten sich in den damals wieder gegründeten oder in Gründung befindlichen politischen Parteien dafür engagieren. Diese Hoffnungsphase dauerte jedoch nur sehr kurze Zeit, denn es zeichnete sich ja sehr bald ab, dass die von den Eltern zunächst als Befreier von der NS-Diktatur begrüßte Rote Armee zum Zwangsapparat zur Errichtung einer zweiten, der kommunistischen Diktatur bestimmt war.

Im Frühsommer 1946 verschwand plötzlich mein Vater und blieb wochenlang unauffindbar. Wie sich dann später herausstellte, hatte die SMAD ihn im Keller von Schloss Albrechtsberg in Dresden eingesperrt, das war die damalige Kommandantura. Er hatte nämlich das Pech, Kernphysiker zu sein, und damit war er von Interesse für das sowjetische Atomrüstungsprogramm.

Noch im gleichen Jahr wurde die ganze Familie in eine Scharaschka, das ist ein von Truppen des MWD, also des Nachfolgers des NKWD, hermetisch abgeschlossenes Lager für so genannte „Spezialisten“ unter der Oberhoheit des berüchtigten GULAG verschleppt. Solschenizyn hat ein solches Speziallager für missliebige, aber irgendwie fachlich unentbehrliche Wissenschaftler und Techniker in seinem Roman „Vorhof der Hölle“ sehr gut und drastisch beschrieben. Und dort, im Lager Obninsk, habe ich hinter doppeltem Stacheldraht und Wachtürmen meine Jugend verbracht. Dort

habe ich auch, da wir nur durch einen ganz einfachen Zaun von dem richtigen Straflager getrennt waren, gesehen, was Stalin und Berija und eine Armee von Helfershelfern mit echten oder vermeintlichen politischen Gegnern ihres Regimes machten.

Ich habe gesehen, was viele von Ihnen, den Tagungsteilnehmern, am eigenen Leibe erfahren mussten. Ich habe gesehen, wie diese Häftlinge morgens halb verhungert und in Lumpen gehüllt zur Arbeit auf den Bau getrieben wurden und abends völlig erschöpft in ihre Baracken zurückwankten. Bei Gesprächen durch den Zaun und auch Tauschgeschäften – Brot, Wodka und Zigaretten gegen Holzschnitzereien oder auch Werkzeug – mit den zum Teil blutjungen Häftlingen habe ich erfahren, auf welchen tönernen Füßen in den meisten Fällen die Anklage stand und wie extrem hoch die Strafmaße für die frei erfundenen Vergehen waren. In der Regel lauteten die Urteile auf 15, 20 oder 25 Jahre Arbeitslager. Diesen armen Menschen war nicht nur willkürlich die Jugend geraubt worden, sondern auch die Zukunft.

Ich wurde übrigens auch mehrfach Zeuge von Misshandlungen der Häftlinge durch die NKWD-Wachsoldaten bzw. durch die – und das war eine besondere Perfidie dieses GULAG-Systems – tonangebenden und herrschenden und ihre Mitgefangenen skrupellos ausbeutenden Kriminellen, unter Duldung der Lagerleitung. Diese Erfahrungen der Jugendzeit haben sich mir tief eingebrannt.

Anfang 1953 durfte ich nach Abschluss der Lagerschule nach Minsk zum Chemiestudium. Das Wenige, was wir fünf Deutschen dort über den Aufstand des 17. Juni im Staatsradio zu hören bzw. in der Prawda, zu deutsch Wahrheit, zu lesen bekamen, war völlig verzerrt. Sie kennen diese Dinge: Ein Häuflein Westberliner Agenten und Saboteure sowie Altnazis sind in den Osten gekommen und haben die Werktätigen – so hieß es damals – aufgehetzt. Erst nachdem die Familien 1955 in die Heimat entlassen worden war, erfuhren wir von den wahren Hintergründen und Abläufen des 17. Juni 1953. Und erst hier, in Deutschland, wurde uns auch durch die Bücher von Solschenizyn oder Natalia Ginzburg bewusst, wie groß das Ausmaß des Terrors und des menschlichen Leidens in der Lagerwelt der stalinistischen Sowjetunion gewesen war.

Heute, meine sehr verehrten Damen und Herren, wissen wir alle sehr genau, was die zwei Diktaturen verschiedener Couleur, die unser Land innerhalb von nur 56 Jahren erleben musste, für alle Bereiche menschlichen Seins angerichtet haben. Es ist daher die

Pflicht unserer und der nachfolgenden Generationen, dafür zu sorgen, dass sich Derartiges nie wiederholen kann.

Ich sagte es schon bei der Behandlung des Gedenkstättengesetzes im Landtag, dass dazu natürlich auch und vor allem das Erinnern gehört. Das schonungslos sachliche, wissenschaftliche Erinnern an die angewandten staatlichen Repressionsmechanismen und an das mit deren Hilfe verursachte massenhafte menschliche Unrecht, ebenso wie das emotional getragene Erinnern an das Leid der Opfer. Ebenso wichtig aber ist es auch, die Erinnerung an die Menschen zu bewahren, die Widerstand geleistet haben, die in dunkler Zeit trotz aller Anfechtungen aufrecht den ihnen vom Gewissen diktierten Weg gegangen sind, oft genug bis zum Tod, die dem Ungeist den Geist entgegenstellten, die politische Gewaltherrschaft mit Moral und Mut beantworteten. Dazu gehörten die Aufständischen des 17. Juni 1953 selbstverständlich ebenso wie die Frauen und Männer des 20. Juli 1944 oder der Weißen Rose.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Namen, die Schicksale all dieser mutigen Menschen müssen sorgfältig bewahrt bleiben. Denn wenn sie zu Vergessenen würden, zu Unpersonen würden, dann hätte die Diktatur noch nachträglich gesiegt.

Ich bin sehr froh, dass sich die Friedrich-Ebert-Stiftung dieser wichtigen Aufgabe verpflichtet fühlt und mit der Ausrichtung der inzwischen traditionsreichen Bautzen-Foren bereits signifikant zur ehrlichen Vergangenheitsbefragung und -beschreibung beigetragen hat.

Ich wünsche dem diesjährigen 14. Bautzen-Forum und allen hoffentlich noch folgenden Veranstaltungen dieser Reihe viel Erfolg und ich wünsche dieser Veranstaltung vor allem viel Resonanz, besonders bei der Jugend. Denn die geht es hauptsächlich an, die muss dieses Wissen weiter tragen, wenn wir in Zukunft eine Wiederholung ausschließen wollen.



Marko Schiemann

Grußwort

Sehr geehrte Herren Vorsitzende,
sehr geehrter Herr Kollege Professor Weiss,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Böhmer,
meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Kameradinnen, liebe Kameraden,

das 14. Bautzen-Forum wurde wie all die vorangegangenen Jahre umsichtig mit viel Fleiß und Hingabe vorbereitet. Da es nun bereits das 14. ist, frage ich mich, wo die Jahre geblieben sind. Einen Mai in Bautzen ohne das Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung kann ich mir auch für die nächsten Jahre nicht vorstellen. Dafür danke ich Ihnen, Herr Eisel, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und denen, die in der Vorbereitung mitwirkten, und natürlich dem Ausrichter, der Friedrich-Ebert-Stiftung, auf das Herzlichste.

Die Arbeit, die vom Bautzen-Forum geleistet wird, ist ein verlässlicher Beitrag zur Geschichtsschreibung. Ich spreche dabei jedes Mal das gleiche Thema an. Wenn Sie Geschichte aufschreiben, werden manche Personen weniger Spielraum haben, das, was Sie an Argumenten vorgetragen haben, zu widerlegen. Deshalb möchte ich Sie ermutigen: Nutzen Sie diese Form der Geschichtsschreibung auch weiterhin, auch wenn es Ihnen im Einzelfall manchmal sehr weh tut. Denn Geschichte, die von und mit Opfern geschrieben wird, bleibt Geschichte, die man nicht mehr wegwischen kann.

Ich möchte an dieser Stelle nochmals allen Vorsitzenden danken. Ich danke aber auch den Schulen, den Lehrern, die sich in den letzten Jahren so intensiv darum bemühen, diese Form der Geschichte, dieses erlebte Wissen, das hier transportiert wird, an die junge Generation weiterzugeben. Und es ist in deutschen Ländern nicht selbstverständlich, dass sich Lehrer für dieses Thema so stark engagieren, wie das hier der Fall ist.

Das diesjährige Bautzen-Forum ist dem 17. Juni 1953 gewidmet. Ich muss auch als Nachgeborener die Übermittlung der Geschichte bemühen, nachlesen, nachblättern. Und Sie wissen, wenn man hier gelebt hat, dann ist man mit nur der einen Seite der Medaille konfrontiert worden, ich sage es einmal plakativ, mit dem „Neuen Deutschland“. War es ein neues Deutschland, was das Zentralorgan der SED verkündet hat? War es wirklich das neue Deutschland?

Deshalb bin ich froh, dass ich in der Zeit vor 1989 viele in meinem Umfeld hatte, bis hin zu meinem Vater, der wenigstens ein bisschen aus der erlebten Zeit weitergegeben hat. Durch die Gespräche hier bei Ihnen, bei der Friedrich-Ebert-Stiftung, aber auch durch die Gespräche mit vielen hier im Saal, ist mir die Zeit näher gekommen, aber dennoch muss ich sagen, ich weiß sehr wenig, sodass ich jetzt noch einmal die Chance genutzt habe, um nachzulesen, um wenigstens zu begreifen, wie es denn zum 17. Juni 1953 gekommen ist.

Die offizielle Version der SED liegt in den Archiven, und die brauche ich Ihnen hier nicht darzulegen. Am 16. Juni 1953 begrüßt ein führender Funktionär die Preis- und Normerhöhungen, die ersten Demonstrationzüge formieren sich in der Berliner Stalin-Allee, die Bauarbeiter fordern die Senkung der Normen und Preise und rufen: „Kollegen, reiht euch ein! Wir wollen freie Menschen sein!“ Die SED spricht vom faschistischen Putsch und von konterre-

volutionären Elementen. Die westliche Welt spricht vom Widerstand gegen die kommunistische Herrschaft. Der Wunsch nach Freiheit und Demokratie wird mit Panzern niedergewalzt. Frauen und Männer werden getötet oder verschwinden in den Gefängnissen.

Und dennoch ist das Aufbäumen der Arbeiterschaft nicht auf Berlin begrenzt. In vielen Städten wie Ilseburg, Halle, Erfurt, Freiberg, Dresden, Leipzig, Lauchhammer, aber auch Weißwasser, um nur einige wenige Städte zu nennen, leistet das Volk Widerstand. Auch in Görlitz und meiner Vaterstadt Bautzen widersetzt sich die Arbeiterschaft den Machenschaften der SED-Diktatur. Die Abschaffung der Normen und Preiserhöhungen steht zunächst an erster Stelle. In den Belegschaftsversammlungen der Unternehmen will man aber weit andere Forderungen in die Diskussion bringen: freie Wahlen für ganz Deutschland, einen sofortigen Friedensvertrag für ganz Deutschland, Abzug der Besatzungstruppen in ganz Deutschland, Presse- und Rundfunkfreiheit, strengste Bestrafung der Schuldigen für diese Fehler, Preissenkung sämtlicher HO-Waren um 40 Prozent, Mitbestimmung an den politischen Ereignissen, die unschuldig in den Zuchthäusern Sitzenden sollen freigelassen werden, die Zeitungen sollen über alle Geschehnisse berichten. Es soll keine Repressalien gegenüber den Kollegen geben, das Schicksal der Vermissten des Zweiten Weltkrieges soll aufgeklärt werden, die Klassenunterschiede sollen wegfallen.

Die Forderung des 17. Juni war also nicht nur der Kampf um das tägliche Brot. Nein, er war das Aufbegehren des Volkes nach Freiheit, nach Recht und Demokratie. Und ich glaube, das ist weit mehr, als in meiner Überlieferung vom 17. Juni übrig geblieben ist, wohlgerne mit meiner Zeit, die ich hier in der DDR erlebt habe.

Geschichte wird geschrieben mit Taten, guten, schlechten. Aber Geschichte wird auch geschrieben mit Namen. Und ich schließe mich Professor Weiss an: Bringen Sie die Namen, die die Stützpfeiler der Geschichte, der Bewegungen sind, bringen Sie die Namen unter die Leute. Erinnern Sie sich an viele Namen, damit viele Namen in das Erinnerungsbuch der Geschichte geschrieben werden können. Und ich glaube, jede kleine Tat, die von jemandem für die Demokratie getan worden ist, sollte mit einbezogen werden. Ich bitte Sie ganz herzlich, vergessen Sie keinen Namen, der Ihnen noch bekannt ist.

Wir brauchen die Erinnerung an die geschichtlichen Ereignisse des 17. Juni. Dazu muss die Erlebnisgeneration am meisten beitragen. Und ich wünsche mir, dass Schulen dieses Wissen weitergeben. Die Zeit des erlebten Sozialismus in der DDR soll uns vor künftigen Experimenten warnen. Sie muss gleichzeitig daran erinnern, dass es ein Gleichgewicht in der Gesellschaft geben muss. Die Mahnung gebietet uns eine bessere Beachtung der Würde der Opfer. Der Widerstand von damals darf in den deutschen Ländern nie vergessen werden. Die Ereignisse und der Widerstand muss der jungen Generation in fairer und offener Form zugänglich gemacht werden. Wir sind aufgefordert, das Vermächtnis des Widerstandes in unserem Leben weiterzutragen. Die Erinnerung an die Leiden der Opfer muss uns Kraft geben, Diktaturen für immer zu verhindern. Freiheit, Recht und Demokratie sind die wichtigsten Garantien, das Vermächtnis des 17. Juni des Jahres 1953 weiterleben zu lassen. Dafür wünsche ich Ihnen eine sehr gute Veranstaltung.



Michael Böhmer

Grußwort

Sehr geehrte Herren Vorsitzende,
sehr geehrte Herren Landtagsabgeordnete,
Professor Weiss und Herr Schiemann,
sehr geehrter Herr Eisel,
sehr geehrte Mitglieder des Bautzen-Komitees,
liebe ehemalige Häftlinge,
liebe weitere Gäste,
und vor allem möchte ich die Schüler nennen, die zum Teil schon
da sind,

ich heiße Sie herzlich willkommen in Bautzen und überbringe die
Grüße des Oberbürgermeisters, der sehr gerne heute wieder da
gewesen wäre. Aber wie Sie ja wissen, ist er Präsident des Deut-
schen Städte- und Gemeindebundes und leitet für einige Tage

eine wichtige Ausschusssitzung in Nordrhein-Westfalen. Viele Grüße von ihm an dieser Stelle.

Ich habe sehr gerne die Vertretung übernommen, weil ich mich Ihrem Anliegen sehr verbunden fühle. Der Grundtenor des Bautzen-Forums war und ist die Frage, wie man Erfahrungen und Erinnerungen der Betroffenen weitergeben kann, vor allem an junge Leute, so dass sie nicht nur begreifen können, was geschehen ist, sondern selbst auch emotional davon berührt werden. Denn nur, wenn Wissen und Gefühl angesprochen worden sind, ist ein wirkliches Verstehen der Ereignisse, die eingetreten sind, möglich.

Ich habe selbst als Kind – ich bin Ur-Bautzener – so eine Erfahrung gemacht, und zwar wohnten meine Tante und mein Onkel in der Johannes-R.-Becher-Straße. Meine Eltern besuchten relativ häufig sonntags diese Tante und diesen Onkel. Mein Vater zog immer in Höhe der Weigandstraße, in der Höhe, wo das Gefängnis hier ist, seinen Hut. Als wir hingingen und auch, als wir wieder zurückgingen. Ich habe mich immer gewundert – ich war vielleicht sechs oder acht Jahre –, und irgendwann habe ich die Frage gestellt: Vati, warum machst du das? Und da hat er mir erklärt, dass hier Georg Dertinger, unser ehemaliger Außenminister und ein führendes CDU-Mitglied, inhaftiert ist, und auch viele seiner Mitstreiter, viele der Leute, die 1953 diesen Volksaufstand vorangetrieben haben. Durch das Ziehen des Hutes wollte er Ihnen seine Ehre erweisen. Danach konnte mir in der Schule niemand mehr etwas erzählen von Verbrechern, die dort sitzen. Sie wissen ja, wenn man so etwas aus dem Mund des Vaters hört, dann ist das viel mehr, als wenn ein Lehrer oder andere Leute schlecht über die Leute berichten, die in den Gefängnissen Deutschlands gesessen haben.

Ich glaube, dass solche Geschichten einen Menschen richtig prägen können. Deshalb ist es wichtig, dass junge Leute, Schüler, mit Ihnen ins Gespräche kommen, damit sie Ihre Geschichten weitergeben können, wie Sie gelitten haben, wie Ihre Familien gelitten haben und welche, auch dauerhaften Schäden eingetreten sind, seien sie körperlicher Natur, seien sie auch seelischer Natur. Und ich freue mich deshalb besonders, dass sich in diesem Jahr Schülerinnen und Schüler des Schiller-Gymnasiums Bautzen und der Mittelschule Doberschau mit einem Projekt am Bautzen-Forum beteiligen. Sie haben sich mit Zeitzeugen unterhalten, haben ihre Geschichten aufgeschrieben und als Zeitdokumente studiert und

dokumentiert. So ist sicher auch bei ihnen ein lebendiges Bild des 17. Juni 1953 und seiner Folgen entstanden.

Die Schülerinnen und Schüler, die dies gemacht haben, werden sich übrigens auch beteiligen und uns unterstützen, wenn die Gedenkstätte Bautzen und die Stadtverwaltung am 17. Juni den 50. Jahrestag der Wiederkehr des Volksaufstandes feiern. Wir laden an diesem Tag zu einer Gedenkveranstaltung und Kranzniederlegung auf dem Karnickelberg in Bautzen ein. Am Abend wird ein Vortrag zum Thema 17. Juni 1953 in Bautzen gehalten werden. An dem dann folgenden Podiumsgespräch werden sich auch Schülerinnen und Schüler beteiligen. Ich denke, dass sich auch viele Bautzener daran beteiligen, denn auch die Bautzener haben eine Verpflichtung, zu ihrer Geschichte zu stehen, und das kann man nicht einfach so wegweisen.

Ich denke, dass dieser 17. Juni ein unvergessliches Gesicht in der Geschichte erhalten wird, wenn diese Dinge zusammengefasst und mit konkreten Schicksalen und Erfahrungen verknüpft werden. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine angenehme und informative Veranstaltung zum diesjährigen Bautzen-Forum.



Bernd Faulenbach

Der 17. Juni 1953 in der deutschen Geschichte

Der 17. Juni 1953 ist vielen, vor allem jüngeren Menschen mehr oder weniger unbekannt. Und bei den Älteren gehen die Urteile über dieses Ereignis immer noch ziemlich weit auseinander. Fünfzig Jahre ist das Geschehen jetzt her. Die Distanz sollte jedoch ausreichen, den 17. Juni 1953 umfassend zu würdigen, ihn in die deutsche und europäische Geschichte einzuordnen und seine Bedeutung für die Gegenwart zu bestimmen.

Wir verfügen über eine Vielzahl von Quellen. Zu nennen sind hier die zahlreichen Zeitzeugenberichte: Unter uns sind viele, die den 17. Juni 1953 als Zeitzeugen, einige auch als Beteiligte erlebt haben. Sie sind teilweise in den letzten Jahren erneut befragt worden oder haben von sich aus berichtet. Außerdem sind die Akten der früheren DDR, die der Staatssicherheit, anderer staatlicher Stellen und die Parteiarchive, auch die auf der Ebene der Bezirke zugänglich und in den letzten Jahren ebenso wie die

Medienarchive des Westens eingehend ausgewertet worden. So hat sich inzwischen für die zeithistorische Forschung ein Bild des 17. Juni 1953 herausgebildet, das die lange vorherrschende Blickverengung auf die Ereignisse in Ost-Berlin überwunden hat. Sichtbar ist ein Geschehen, das fast die gesamte DDR umfasst hat, das – ich sage dies gleich eingangs und werde dies näher begründen – nichts weniger als eine gewaltsam abgebrochene Revolution war, die Bedeutung sowohl in der deutschen wie in der europäischen Geschichte hat. Ich denke, es ist an der Zeit, dass auch die breitere Öffentlichkeit dieses neue Bild des 17. Juni 1953 zur Kenntnis nimmt und dass der 17. Juni 1953 in der deutschen Erinnerungskultur verankert und auch in seiner europäischen Bedeutung gesehen wird.

Ich möchte zunächst die Konstellation des Jahres 1953 beleuchten und nach Ursachen des Geschehens im Juni 1953 fragen. Dann werde ich in einem zweiten Schritt das Geschehen am 16. und 17. Juni (und die Folgen) beleuchten, indem ich insbesondere nach den Forderungen der Aufstandsbewegung, nach ihren Trägern und nach den Formen der Auseinandersetzung frage. In einem dritten Schritt möchte ich den Charakter des Geschehens bestimmen und historisch einordnen, in einem vierten Schritt die Folgen für die DDR und die Bundesrepublik thematisieren, dabei den Umgang mit der Erinnerung an den 17. Juni 1953 knapp charakterisieren. Abschließend ist zu resümieren, welche Bedeutung der 17. Juni 1953 für unser heutiges Selbstverständnis hat.

1) Zur politischen Konstellation 1953

Im Juni 1953 lag das Ende des Krieges und des Dritten Reiches erst acht Jahre zurück; NS-Zeit und Krieg sind die Vorgeschichte, die Voraussetzung der Nachkriegsentwicklung. In diesen acht Jahren seit dem Ende des „Tausendjährigen Reiches“ war freilich viel geschehen. Es hatte sich ein Ost-West-Gegensatz herausgebildet, zwei deutsche Staaten waren entstanden, die höchst gegensätzlich waren und zunehmend zu Vorposten zweier Bündnissysteme ausgebaut wurden.

Im Westen war eine parlamentarische Demokratie etabliert worden, ein Rechtsstaat mit föderalistischer Struktur, in dem eine soziale Marktwirtschaft eingeführt worden war. Der wirtschaftliche Aufschwung und rasante Wiederaufbau waren unübersehbar. Die demokratische politische Kultur musste sich noch entwickeln bzw. festigen. Dennoch handelte es sich bei der Bundesrepublik un-

übersehbar um eine Demokratie, die einen klaren Trennungsstrich zum Dritten Reich zog, auch wenn sie sich als dessen Rechtsnachfolgerin begriff und die Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Verantwortlichkeit für den NS und seine Politik – nach der umstrittenen Entnazifizierung und den Nürnberger Prozessen – nicht gerade konsequent betrieben wurde, was insbesondere für das Bürgertum und die bürgerlichen Parteien galt. Diese Bundesrepublik schickte sich an, ein Teil der westlichen Welt, d. h. in die westlichen Organisationen integriert zu werden. Wie dies mit einer Wiedervereinigung vereinbar war, darüber ging der Streit zwischen Sozial- und Christdemokraten.

Die Entwicklung in der SBZ/DDR verlief sehr unterschiedlich zu der in Westdeutschland. Nach der frühen Zwangsvereinigung von SPD und KPD, der Durchsetzung der Blockpolitik und dem Übergang zu einer „Partei neuen Typs“ war mit der Errichtung einer kommunistischen Diktatur begonnen worden, die sehr eng mit der Besatzungsherrschaft der Sowjets verbunden war und durch diese abgestützt wurde.

Die „antifaschistisch-demokratische Umwälzung“ diente keineswegs nur der Ausschaltung der Nazis, die auch hier nicht in jeder Hinsicht konsequent war, sondern auch der – teilweise mit sehr rabiaten Methoden durchgeführten – gesellschaftlichen Umwälzung, was freilich beides durch einen spezifischen ökonomistisch-gesellschaftlichen Faschismusbegriff zusammen gesehen und gerechtfertigt wurde. Die „antifaschistisch-demokratische Umwälzung“ war gleichsam die Basis für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung, der mit der zweiten Parteikonferenz im Juli 1952 auch offiziell als Ziel proklamiert wurde. Anders formuliert: Die Politik der SED und der Besatzungsmacht wandte sich zunächst gegen die Junker, dann auch gegen Beamte und das Bürgertum, auch gegen die Bauern, was zu erheblichen Widerständen der Bevölkerung je länger desto mehr gegen das Regime führte. Es entstand geradezu eine flächendeckende Distanz zum SED-System, die auch von wesentlichen Teilen der Arbeiterschaft geteilt wurde.

Die Unzufriedenheit wurde durch die schlechte Versorgungslage verstärkt, die sich u. a. infolge der forcierten Militarisierung verschärfte. Auch der Kampf gegen die Kirche, insbesondere gegen die jungen Gemeinden oder auch Aktionen wie die Aktion „Ungeziefert“, in der zahlreiche Menschen über Nacht aus den Zonenrandgebieten umgesiedelt wurden, förderten den Gegensatz zum

System. 1952/53 baute sich eine enorme Unzufriedenheit in der Bevölkerung auf.

Auch das Verhalten der sowjetischen Besatzungsmacht schwächte das Ansehen des Regimes: Die Reparationen aus laufender Produktion, die Sowjetischen Aktiengesellschaften, die der Ausbeutung des Landes dienten, und die Härte, mit der die Besatzungsmacht Widerstände verfolgte, sind hier zu nennen.

Stalins Tod im März 1953 wurde zwar auch in der DDR von den Anhängern des Systems beweint, zugleich aber entwickelten sich Spekulationen über die weitere sowjetische Deutschlandpolitik. Jedenfalls zwang Anfang Juni die neue sowjetische Führung die SED-Führung, ihren Kurs zum Aufbau des Sozialismus zu mäßigen. Allerdings wurde die Heraufsetzung der Arbeitsnormen dabei nicht korrigiert.

Eine unübersichtliche internationale Konstellation, ein unbeliebtes Regime, das die Menschen als Objekte seiner Politik betrachtete, erst spät seinen Kurs teilweise korrigierte, dabei freilich nicht konsequent war, die Teilung Deutschlands, die weithin als unhaltbar und unerträglich galt, eine Bundesrepublik, die sich unverkennbar besser entwickelte als die DDR – dies alles sind Stichworte, die die Konstellation charakterisieren, in der sich aus einer Streikbewegung innerhalb weniger Stunden ein Aufstand entwickelte.

II) Das Geschehen am 16./17. Juni 1953 in seinen verschiedenen Dimensionen

Das Geschehen des 17. Juni 1953 hatte tiefere Ursachen, die teils auf die sowjetische Politik, teils auf die SED-Politik, die auf der zweiten Parteikonferenz den systematischen Aufbau des Sozialismus beschlossen hatte, zurückzuführen sind. Schon in den Wochen, insbesondere in den letzten Tagen vor dem 17. Juni, hatte es vielfältige Proteste gegeben, die auf große Unzufriedenheit hindeuteten, die aber ignoriert worden waren. Dennoch überrascht die Vehemenz, mit der der Aufstand, den wohl kaum jemand im Osten (auch nicht die Stasi) und erst recht nicht im Westen vorhergesehen hatte, losbrach. Das eigentliche revolutionäre Geschehen war zeitlich gesehen kurz, auch wenn keineswegs die Proteste am 18. Juni schon überall zu Ende waren. Das Geschehen setzte am 16. Juni ein. Am Anfang stand die Arbeitsniederlegung der Bauarbeiter an der Stalinallee, einer Baustelle, an der ein ausgesprochenes Prestigeobjekt des neuen Systems hochgezo-

gen wurde. Darüber war im RIAS berichtet worden. Am nächsten Tag, an dessen Morgen der Berliner DGB-Vorsitzende Scharnowski zur Unterstützung der Streikenden aufgerufen hatte, kam es jedoch zu Aufständen in zahlreichen Städten der DDR (Sascha-Ilko Kowalczuk geht inzwischen von Aktionen in ca. 700 Orten aus).

Gerhard Beier hat die Ansicht vertreten, dass sich innerhalb eines Tages eine revolutionäre Energie wie kaum sonst in der Geschichte entladen habe: „Der schlagartige, flächendeckende, massenhafte Aufstand dürfte in dieser Form und mit dieser spontanen Wucht einmalig sein.“ Weder der Matrosenaufstand in Kiel 1918 noch die Berliner Kämpfe vom 18./19. März 1848 hätten in so kurzer Zeit eine vergleichbare Intensität entwickelt.

1. Zu den Abläufen

Was die Formen und die Abläufe am 17. Juni angeht, so lassen sie sich in vielen Städten typisiert wie folgt beschreiben:

- die Arbeiter größerer Betriebe legten morgens ihre Arbeit nieder,
- sie machten ihrem Unmut Luft, erhoben Forderungen an die Regierung, ein Streikkomitee wurde gebildet,
- dann zogen sie – meist Forderungen skandierend, unterwegs SED-Spruchbänder etc. beseitigend – in die Stadtzentren,
- sie versuchten gleichzeitig die Arbeitnehmer anderer Betriebe zu bewegen, sich zu solidarisieren,
- in einer ganzen Reihe von Städten zogen die Demonstranten vor die Gebäude der Partei, des Staates und seiner Organe und besetzten diese nicht selten; zudem suchten Demonstranten die Gefängnisse zu stürmen und die politischen Gefangenen zu befreien; dies waren bedeutsame, hochsymbolische Aktionen, die vielerorts erfolgreich waren, doch auch auf Widerstand stießen; generell richteten sich die Angriffe vorrangig gegen Symbole der Macht,
- im Zentrum der Städte traf man sich zu Massenveranstaltungen, zu denen neben den Arbeitern auch andere Bevölkerungsgruppen gestoßen waren; auf diesen Kundgebungen wurden die Forderungen der Streikenden, der Demonstrierenden und der Aufständischen vorgetragen,
- in einigen Orten kam es zur Absetzung des Bürgermeisters, so in Görlitz,
- den Streikenden stellten sich anfangs mehr oder weniger entschieden Werksschutz, Parteifunktionäre oder auch Volkspolizei

entgegen, doch wich ein Teil von diesen angesichts der Massenerhebung zurück, manche zogen die Uniformen aus, auch ein Teil der SED-Mitglieder schloss sich gar den Streikenden und Demonstrierenden an, in einigen Fällen kam es zu schweren Übergriffen der Aufständischen gegenüber Repräsentanten des verhassten Repressionsapparats,

- auseinander getrieben wurden die Demonstranten und die Besetzer vertrieben durch den massiven Einsatz von Panzern und Soldaten der Sowjetarmee, auch durch die unter dem Schutz der Sowjetarmee vorgehende Volkspolizei – ein Einsatz, der eine beträchtliche Zahl von Menschenleben kostete,

- die sowjetischen Truppen und die Ordnungskräfte des Regimes begannen mit der Verhaftung der Streikführer, doch auch mit Massenverhaftungen.

Zur Herausbildung einer DDR-weiten Leitung der Aktionen kam es angesichts der Kürze des Ablaufs nicht mehr. Allerdings hatten z. B. in Halle die Arbeiter das „Nationale Komitee freies Deutschland“ als Koordinationsgremium gegründet, von dem aus die Verbindung mit den anderen Zentren des Aufstandes in Mitteldeutschland aufgenommen werden sollte. Sehe ich es recht, so ist dies einer der wenigen Versuche, den Volksaufstand überregional zu organisieren, den wir als Historiker nachweisen können. Allerdings brachte man in den Bezirken die Solidarität mit den Berliner Arbeitern zum Ausdruck. Der rasche gewaltsame Abbruch des Geschehens ist im Übrigen einer der Gründe dafür, dass sich Bilder von herausragenden Führungspersonlichkeiten des 17. Juni 1953 in der Erinnerung kaum festgesetzt haben.

2. Zu den Trägern des Aufstandes

Wer waren die Streikenden und Demonstrierenden? Offensichtlich handelte es sich vor allem um Arbeiter aller Industrien. Ein Teil von ihnen nahm – wie die Ostberliner Bilder zeigen – in Arbeitskleidung an den Demonstrationen teil; ich erinnere an die Bilder von Maurern und Zimmerleuten oder an die Arbeiter des Stahlwerks Hennigsdorf, die zu Tausenden nach Berlin Mitte marschiert waren.

Unter den verhafteten Demonstranten, so lassen die Akten des Innenministeriums der DDR erkennen, waren 65,2 Prozent, also fast zwei Drittel Arbeiter, 13 Prozent Angestellte, 4,2 Prozent selbstständige Handwerker, 1,9 Prozent Klein- und Mittelbauern, 0,3 Prozent LPG-Bauern, 0,4 Prozent Großbauern, 0,4 Prozent

Unternehmer, 1,7 Prozent Arbeitslose. 12,6 Prozent wurden unter Sonstigen rubriziert, wobei unklar ist, inwieweit sich darunter Angehörige der Intelligenz und des Kulturbetriebes verbargen, die freilich das Handeln an diesem Tag kaum irgendwo sichtbar bestimmt haben. Offensichtlich dominierten die städtischen Schichten, obgleich wir heute wissen, dass auch die Landbevölkerung in Aufruhr war. Unter den Demonstranten spielten junge Leute eine wesentliche Rolle, wie die Bilder der Straßenauseinandersetzungen zeigen – die meisten Toten waren junge Leute –, doch handelte es sich keineswegs bei den Demonstranten nur um Jugendliche, um „Rowdys“ und „Halbstarke“, wie es dann später in der SED-Propaganda hieß.

Gemessen an Ansprüchen und Selbstverständnis des SED-Regimes war nicht nur der Aufstand, sondern auch das Profil der Aufständischen niederschmetternd. Es handelte sich gerade um die Arbeiterklasse und jene Schichten, für die die neue Ordnung errichtet worden war oder errichtet werden sollte. Die Arbeiter hatten sich gegen den Staat der Arbeiterklasse erhoben.

Arbeiteraufstand oder Volksaufstand? Dies war eine der lange streitigen Fragen bei der Beurteilung des 17. Juni 1953. Dieser Streit scheint heute obsolet. Es kann kein Zweifel bestehen, dass der Aufstand von den Baustellen und Betrieben ausging und die Arbeiter die weitaus größte Gruppe der Demonstranten, auch der Opfer und später der Repressierten stellten. Dennoch ist festzustellen, dass die Protestwelle fast die gesamte Bevölkerung ergriff. Klaus Harpprecht und Klaus Bölling haben wenige Jahre später in Anbetracht dieses Tatbestandes, doch auch angesichts der Wendung der Arbeiter gegen die Diktatur der Arbeiterklasse, für den Aufstand, der sich so gänzlich dem marxistischen Revolutionsschema entzog, den Begriff einer „klassenlosen Revolution“ geprägt. Dass der Aufstand vom Westen aus geplant und durchgeführt worden sei, war eine nachträgliche Propagandathese der SED, für die es – ungeachtet der Beteiligung auch von jungen Leuten aus West-Berlin – keinerlei Anhaltspunkte gibt.

3. Zu den Forderungen der Streikenden und Demonstranten

Zur richtigen Erfassung des Geschehens haben wir auch die Forderungen und Parolen der Streikenden, der Demonstrierenden und Aufständischen zu beleuchten. Dabei stehen sehr unterschiedliche Forderungen nebeneinander.

Die Arbeiterdelegation, die am 16. Juni den RIAS besuchte, stellte

vier schlichte Forderungen auf:

1. Auszahlung der Löhne bei der nächsten Lohnzahlung bereits wieder nach den alten Normen (also die Rücknahme der Normenerhöhung);
2. Rücktritt der Regierung;
3. Freie, geheime Wahlen;
4. Keine Maßregelungen von Streikenden und Streiksprechern.

Aus der Sicht von Gerhard Beier ist der „sozialdemokratische und freigewerkschaftliche Tenor“ der Parolen eindeutig, wobei das Freiheitsmotiv das Hauptmotiv des Volksaufstandes gewesen sei. Gegangen sei es zunächst um „Freiheit als elementares Bedürfnis des arbeitenden Menschen“, wozu die Forderung nach Normensenkung und Kampf gegen willkürliche Normfestlegungen, d. h. die Forderung nach Freiheit am Arbeitsplatz und Freiheit von Akkordtreiberei, zu rechnen war. Des Weiteren sei es um freie Wahlen, d. h. die Kernfrage der politischen Freiheit gegangen. „Wir wollen freie Menschen sein“ – in dieser umfassenden Parole (teilweise auch in der Variante „Wir wollen keine Sklaven sein“ vertreten) drückte sich demnach die Forderung nach politischer und wirtschaftlicher Freiheit gleichermaßen aus.

Wir kennen heute die Vielzahl der Forderungen, die meist ziemlich willkürlich aneinander gereiht wurden. Man kann die Forderungen in Gruppen zusammenfassen. Die erste Gruppe betraf die Arbeits- und Lebensbedingungen: die Korrektur der Normenerhöhungen, die Verbesserung der Lebensbedingungen, insbesondere die Senkung der Preise in den HO-Läden usw. („HO macht uns k. o.“). Die zweite Gruppe, die praktisch nirgendwo fehlte, zielte auf den Sturz der Regierung. Formulierungen wie „Der Spitzbart muss weg“ (gemeint war Ulbricht) oder „Spitzbart, Bauch und Brille sind nicht des Volkes Wille“ oder „Von Ulbricht, Pieck und Grotewohl haben wir die Schnauze voll“ waren verbreitet. Damit verbunden war die dritte Gruppe: die Forderung nach freien, geheimen Wahlen, teilweise verbunden mit der Forderung nach Zulassung aller westdeutschen Parteien. Die Forderung nach freien geheimen Wahlen war die Forderung, die Adenauer und Ollenhauer, Christdemokraten wie Sozialdemokraten und die anderen Parteien in Westdeutschland erhoben. Sie zielte auf politischen Pluralismus, freien Wettbewerb der Parteien, implizit aber auch auf die Wiedervereinigung. Die Wiedervereinigung war eine selbstverständliche Forderung, die mancherorts am 17. Juni aber



auch explizit erhoben wurde. Die vierte Gruppe von Forderungen hatte die Freilassung politischer Gefangener zum Ziel. In die fünfte Gruppe kann man Forderungen nach einem Abzug der Besatzungstruppen fassen. Insbesondere im Norden der DDR, aber nicht nur hier, teilweise in Reaktion auf die Meldungen über den Einsatz von Panzern in Berlin ist eine antisowjetische Komponente erkennbar. Es ging eben letztlich auch um Befreiung von der sowjetischen Vorherrschaft, so illusionär diese Forderung war.

Dass es keineswegs nur um Fragen der Lebens- und Arbeitsbedingungen ging, macht z. B. ein Telegramm der Werktätigen des Kreises Bitterfeld an die Regierung in Berlin-Pankow deutlich, das am 17. Juni um 15.30 Uhr aufgegeben wurde. Hier wurden 9 Punkte genannt:

1. Rücktritt der sog. Deutschen Demokratischen Regierung, die sich durch Wahlmanöver an die Macht gebracht hat;
2. Bildung einer provisorischen Regierung aus den fortschrittlichen Werktätigen;
3. Zulassung sämtlicher großen demokratischen Parteien Westdeutschlands [dies zielte vor allem auf die Wiedezulassung der SPD];
4. Freie, geheime, direkte Wahlen in vier Monaten;
5. Freilassung sämtlicher politischen Gefangenen (direkt politi-

scher, so genannter „Wirtschaftsverbrecher“ und konfessionell Verfolgter);

6. Sofortige Abschaffung der Zonengrenzen und Zurückziehung der Vopo;

7. Sofortige Normalisierung des sozialen Lebensstandards;

8. Sofortige Ablösung der Nationalarmee;

9. Keine Repressalien gegen Streikende.

Es lassen sich auch noch längere Forderungskataloge finden, die spontan – ohne große Vorbereitung – zusammengestellt wurden. Sie alle verzichteten auf jede Ideologie oder ideologische Einkleidung. Sie zielten unmittelbar auf die Gegenwart. An ihrer Abfassung waren offensichtlich kaum Vertreter der Intelligenz, Wissenschaftler oder Lehrer oder ähnliche Professionen beteiligt. Unverkennbar herrschten Gegenwartsforderungen ökonomisch-sozialer und politischer Art vor.

4. Ein nationaler Grundzug?

Was die Symbole angeht, die die Aufständischen verwandten, so waren sie teilweise eher nationaler Art. An verschiedenen Stellen wurde – etwa am Vormittag des 17. Juni 1953 vor dem Haus der Ministerien in Ost-Berlin – das Deutschlandlied gesungen; auch spielte die schwarz-rot-goldene Fahne eine Rolle, die statt der roten auf dem Brandenburger Tor gehisst wurde. Die schwarz-rot-goldene Symbolik bot sich als Kontrast zum Rot an. Ein Moment der Wendung gegen die Fremdherrschaft, so wurde das SED-System in Verbindung mit der sowjetischen Besatzungsmacht gesehen, deutet sich dabei an. Daraus freilich Hinweise auf einen Nationalismus der Demonstranten sehen zu wollen, wäre gewiss falsch. Willy Brandt schrieb 1954 in der Broschüre „Arbeiter und Nation“: „Der 17. Juni war der eindringlichste Appell an das eigene Volk und die ganze Welt, dass es mit der Spaltung Deutschlands auf die Dauer nicht weitergehen kann.“ Brandt meinte in diesem Kontext, dem Deutschlandlied sei am 17. Juni „ein neuer Klang verliehen worden: Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland“. Fahnen der SED seien zerrissen worden, überall hätten sich die Arbeiter zu Schwarz-Rot-Gold bekannt. Die deutsche Trikolore habe in einer Kampfsituation „eine neue Weite erhalten“ – eine Einschätzung, die im Kontext der Zeit zu sehen ist.

5. Zur Niederschlagung des Aufstandes

Zu den Charakteristika des Aufstandes gehörten eben auch die spezifischen Formen der Niederschlagung. Der Einsatz sowjetischer Truppen erfolgte nach sehr kurzer Zeit und er erfolgte in sehr massiver Form, durch den Einsatz von Panzern – wie es ihn in dieser Form bei der Niederschlagung von Aufständen noch nicht gegeben hatte. Die Härte des Vorgehens war dabei unterschiedlich. An der Niederschlagung war allerdings auch die Volkspolizei beteiligt. Dass gleichwohl wichtige Teile von ihr, aus der Sicht des Systems, am 17. Juni versagt hatten, diese Einschätzung findet sich vielfach in den Akten und hatte in der Regel strafrechtliche oder disziplinarische Maßnahmen zur Konsequenz.

Zur Niederschlagung gehörten auch die Verhängung des Ausnahmezustandes und die standrechtliche Erschießung von Demonstranten (wir kennen heute 18 Fälle). Zwischen 75 und 150 Menschen wurden – einschließlich der 18 standrechtlichen Erschießungen – getötet. Bedeutsam war auch, dass Tausende verhaftet wurden, von denen ein Teil, insbesondere die so genannten „Rädelsführer“, Haftstrafen erhielt. In der Literatur ist von 13 000 Verhaftungen, von ca. 2 000 Verurteilungen die Rede. Eine größere Zahl von Beteiligten hatte sich der Verfolgung durch Flucht in den Westen entziehen können.

Aufs Ganze gesehen kam es – wie Edgar Wolfrum formuliert hat – nach der Niederschlagung des Aufstands 1953/54 in der DDR zu einer „inneren Staatsgründung unter repressiven Vorzeichen“, wodurch sich die Spaltung Deutschlands vertiefte. Das SED-System versuchte in der Folgezeit zwar, die Fehler vor dem 17. Juni zu vermeiden, stieß dabei aber an die systemischen Grenzen. Die historische Legitimation des Regimes jedenfalls war auf Jahre nachhaltig erschüttert – in den Augen der Bürgerinnen und Bürger wie der internationalen Öffentlichkeit.

III) Zur Charakterisierung des 17. Juni 1953

„Wie ein erratischer Block“ – so hat der inzwischen verstorbene Historiker Gerhard Beier 1993 in seinem Buch „Wir wollen freie Menschen sein“ formuliert – „steht dieser Aufstand in der Tiefebene der deutschen Geschichte. Seine Einmaligkeit, seine Größe und Härte, die explosionsartige Entfaltung und die schlagartige Unterdrückung behindern die Integration in das Kontinuum historischen Bewusstseins“. Der bisherige Umgang mit dem 17. Juni 1953 scheint diese Charakterisierung seines Ortes in der Geschichte zu



bestätigen. Gleichwohl sind einige Aussagen zur historischen und begrifflichen Einordnung nach dem bisher Ausgeführten möglich.

1. Eine deutsche Revolution?

Vieles spricht tatsächlich dafür, den 17. Juni 1953 als eine gewalt-
sam abgebrochene Revolution zu bezeichnen: Die Volksbewegung
zielte auf einen Umsturz der Verhältnisse, konnte sich aber nicht
voll entwickeln, weil die Sowjetmacht sie unterdrückte. Eine
Woche nach der blutigen Niederschlagung der Volksbewegung in
der DDR am 17. Juni 1953 schrieb Marion Gräfin Dönhoff in der
Wochenzeitung „Die Zeit“: „Der 17. Juni wird einst und vielleicht
nicht nur in die deutsche Geschichte eingehen als ein großer, ein
symbolischer Tag. Er sollte bei uns jetzt schon zum Nationalfeier-
tag des vereinigten Deutschland proklamiert werden. Denn an
diesem 17. Juni hat sich etwas vollzogen, was wir alle für unmög-
lich hielten [...] Als Demonstration begann's und ist eine Revolu-
tion geworden. Die erste wirkliche deutsche Revolution, ausgetra-
gen von Arbeitern, die sich gegen das kommunistische Herr-
schaftssystem empörten [...]“

Gräfin Dönhoff misst dem Geschehen eine enorme historische
Bedeutung bei, die womöglich über die deutsche Geschichte hin-

ausgehe. Sie sieht in ihm eine „wirkliche deutsche Revolution“, was auf den Tatbestand verweist, dass Deutschland damals häufig als „Land ohne Revolution“ bezeichnet worden ist, was allerdings so nicht zutreffend ist; ich erinnere nur an die Revolutionen von 1848/49 und 1918/19. Allerdings gab es zweifellos in Deutschland starke autoritäre, obrigkeitsstaatliche Traditionen, auf deren Hintergrund der 17. Juni 1953 eine erstaunliche demokratische Manifestation war. Sie wird verständlicher, wenn man sich vergegenwärtigt, dass Deutschland eben auch eine starke Tradition der Arbeiterbewegung besaß, die durch das Dritte Reich wohl nicht völlig ausgelöscht worden war und die beim 17. Juni 1953 wieder hervorbrach. Der Aufstand lag gleichsam in der Traditionslinie der deutschen Arbeiterbewegung.

2. Schwierigkeiten marxistischer Interpretation

Die Kennzeichnung als abgebrochene Revolution enthält freilich für einen marxistischen Standpunkt, der von einer bestimmten Folge von Revolutionen ausgeht, bei denen es jeweils eine an die Macht drängende Klasse als Träger der Revolution gibt, Schwierigkeiten. Harpprecht und Bölling haben – wie angedeutet – von einer „klassenlosen Revolution“ gesprochen, Baring und Beier haben den „proletarischen Grundzug“ betont. Die SED konnte sich das Geschehen nur als faschistischen Putschversuch, als Werk von westlichen Agenten oder als Konterrevolution oder als Mischung von allen drei Komponenten erklären, eine Sicht, die letztlich bis zum Ende der DDR vorherrschte. Doch sind alle drei Kennzeichnungen mehr als fragwürdig:

- Von faschistischen Aktivitäten kann der Historiker nichts erkennen. Die frühere KZ-Aufseherin Erna Dorn, die von der SED zur KZ-Kommandeuse emporstilisiert wurde (sie kam am 17. Juni frei, belastete sich durch wirre Reden und wurde nach äußerst fragwürdigem Verfahren zum Tode verurteilt und hingerichtet), ist ganz ungeeignet, diese Interpretation zu belegen.

- Der Begriff Konterrevolution trifft das Geschehen allenfalls insofern, als die Aufständischen nicht das SED-System wollten. Am ehesten wird man ihr Ziel als soziale Demokratie bezeichnen können.

- Die Rolle westlicher Agenten kann das flächendeckende Geschehen in der DDR nicht erklären. Gewiss gab es junge Leute aus West-Berlin, die in Ost-Berlin dabei waren. Doch wie die Namen und Herkunft der Todesopfer zeigen: Es war eine kleine Minder-

heit und um Agenten handelte es sich dabei offensichtlich nicht. Sicherlich sollte man auch das Geschehen am 17. Juni 1953 nicht idealisieren. Keine Frage, es gab Gewaltanwendung auch seitens der Demonstranten, hier und da auch gegen einzelne Personen, die als Verkörperung des Systems galten. Dies ist nicht wegzueskamotieren. Derartiges ist jedoch mit Revolutionen in der Regel verbunden gewesen.

In der Bewegung des 17. Juni 1953 kam vorrangig ein elementares Freiheitsstreben zum Ausdruck, das praktisch völlig auf ideologische Begründungen verzichtete. Harpprecht und Bölling haben auf dem Hintergrund der konkreten Forderungskataloge den Charakter des Aufstandes etwas pathetisch wie folgt charakterisiert: „Die Revolution des 17. Juni [...] brachte den Aufstand gegen die Utopien, die den Himmel auf die Erde verpflanzen wollten und in Wirklichkeit die Pforten der Hölle öffneten. Die Revolution des 17. Juni – sie meinte das Hier und Heute und das Morgen. Sie meinte die Gegenwart und nicht die Zukunft, sie meinte das Glück der Stunde und den Segen des Augenblicks, sie meinte das Sein und nicht das Werden. Sie meinte das Mögliche und nicht das Vollkommene, sie meinte das Leben und nicht die Ideologie.“

3. Der „erste Massenaufstand im Zeitalter des Totalitarismus“

Wir haben bei der Kennzeichnung des Geschehens den Zeithintergrund mit zu sehen. Keine Frage, dass die SED und die Sowjetunion – jedenfalls von ihrem ideologischen Anspruch her – spätestens seit Ende der Vierzigerjahre versuchten, auf der Basis des Marxismus-Leninismus ein totalitäres System zu errichten, gegen den – im Einzelnen unterschiedlich motivierten – Widerstand beträchtlicher Teile der Bevölkerung. Diesen Tatbestand hatte Max Diamant vor Augen, ein alter Freund Willy Brandts aus der Emigration, als er 1956 in Mexiko, wo er zu diesem Zeitpunkt noch lebte, schrieb: „Die historische Bedeutung des 17. Juni 1953 liegt darin, dass er der erste Massenaufstand im Zeitalter des Totalitarismus war.“

In der Tat war der Aufstand der erste einer Reihe von Aufständen und Bewegungen, die sich gegen die kommunistische Herrschaft in Osteuropa richteten. Ich nenne den ebenfalls blutig niedergeschlagenen Ungarn-Aufstand 1956, die durch den Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten beendete Bewegung des Prager Frühlings (die das gleiche Ziel, die Überwindung des bürokratischen kommunistischen Systems hatte, wenn sie auch stärker von der



Intelligenz und Teilen der Partei getragen war), die Solidarność-Bewegung (die wiederum eine Basisbewegung war, jedoch eine gewisse Abstützung bei der katholischen Kirche fand), nicht zuletzt die Bewegung des Herbstes 1989 in der DDR, die anders als die genannten anderen Bewegungen, nicht zuletzt auch wegen tief greifender mit dem Namen Gorbatschow verbundenen Veränderungen in der Sowjetunion, erfolgreich war. Sicherlich unterschieden sich die Abläufe des Herbstes 1989 von denen des 17. Juni 1953 nicht zuletzt in der Gewaltfrage. Am Anfang jedenfalls handelte es sich 1989 auch nicht um eine Bewegung der Arbeiter; nach der „Wende in der Wende“, d. h. nach dem 9. November 1989, spielten allerdings die Arbeiter der Betriebe durchaus eine Rolle.

Ehrhart Neubert sieht die Revolution 1989 als „Vollendung des Aufstandes“ vom 17. Juni 1953, eine interessante, doch discussionsbedürftige Interpretation, die auf Übereinstimmungen in Zielen abhebt, doch von der großen zeitlichen Distanz und den unterschiedlichen Konstellationen absieht.

Resümierend ist festzustellen, dass der 17. Juni 1953 – hier ist Max Diamant zuzustimmen – die erste einer ganzen Reihe von Bewegungen in Zentral- und Osteuropa war, die den Totalitarismus

überwinden wollten. Insofern ist der 17. Juni 1953 auch ein Ereignis von europäischem Rang. Und er verweist auf die großen säkularen Auseinandersetzungen des 20. Jahrhunderts zwischen Demokratie und Totalitarismus.

IV) Die Erinnerung an den 17. Juni 1953 in den beiden deutschen Staaten

1. Ostdeutsche Traumata

Für die DDR, für das SED-System wie für breiteste Bevölkerungsschichten, war – wenn auch aus unterschiedlichen Gründen – der 17. Juni 1953 eine traumatische Erfahrung.

Die Beteiligten – und dies waren Hunderttausende – hatten erleben müssen, dass die Bewegung innerhalb weniger Stunden mit brutaler Macht, insbesondere von der sowjetischen Besatzungsmacht, teilweise aber auch von der Volkspolizei niedergeschlagen worden war. Der Westen hatte dabei nicht eingegriffen, worauf manche gehofft hatten, was zu Enttäuschung führte. Und in der Folgezeit waren Tausende verhaftet und verurteilt worden. Sie büßten ihr politisches Engagement auf bitterste Weise, eine Erfahrung, die zweifellos für viele Menschen geradezu prägend war. Die Beteiligten konnten später nicht einmal offen über ihre Erfahrungen reden, jedenfalls wenn man in der DDR geblieben war, und das Interesse im Westen, in den manche geflohen waren, ging auf die Dauer zurück – ohnehin bildete sich hier ein bestimmtes etwas klischiertes Bild der Geschehnisse heraus, das zur verblasenden Erinnerung passte. Erst nach 1989 gab es für viele die Möglichkeit und das Bedürfnis, über die Erfahrungen offen zu reden.

Nicht wenige Menschen in der DDR wie im Westen, auch die westliche Politik, folgerten aus der Niederschlagung durch eine massive Militärintervention der sowjetischen Streitkräfte, dass ein Sturz des SED-Systems durch Aktionen von unten unmöglich sei, eine Annahme, die durch die Ereignisse von 1956, 1968 und 1980 in Osteuropa noch gefördert wurden. So blieb kein anderer Weg – so glaubte man –, als das System und die Verhältnisse allmählich zu verändern.

Doch auch für die SED-Führung bildete der 17. Juni 1953 ein bleibendes Trauma, das ihr Misstrauen gegen das Volk verstärkte und zum Ausbau eines immer perfekteren Sicherheitssystems und seiner Herrschaftsmethoden führte. Das Ministerium für Staatssicher-

heit ist dabei ebenso zu nennen wie die Schaffung von „Kampftruppen der Arbeiterklasse“. Es war charakteristisch für das SED-System, dass bis in die Siebzigerjahre die Sicherheitskräfte am 17. Juni in Alarmbereitschaft versetzt wurden. Und Ende August 1989 fragte Erich Mielke die versammelten hohen Stasi-Offiziere, ob die Situation so zu beschreiben sei, dass ein neuer 17. Juni bevorstehe. Die Frage war, wie wir wissen, nicht unberechtigt, doch war die Konstellation eine andere; jetzt war kein Verlass mehr auf die sowjetischen Freunde. Die Demonstranten vermieden zudem sorgsam, Gewalt anzuwenden.

Dass eine offene ehrliche Auseinandersetzung mit dem 17. Juni 1953, selbst in der Literatur, bis zum Ende der DDR kaum stattfand, charakterisiert das SED-System und seine mangelnde Fähigkeit zu lernen.

2. Die Erinnerung im Westen

Aus der Sicht praktisch aller politischen Kräfte in der Bundesrepublik – abgesehen von der KPD – war der 17. Juni 1953 ein nationalpolitisch gravierendes Ereignis, was in den Trauerveranstaltungen für die Opfer des Aufstandes in Bonn und vor allem in West-Berlin wenige Tage später ebenso zum Ausdruck kam wie in der – Anfang Juli durch Bundestagsbeschluss erfolgenden – Erhebung des 17. Juni zum gesetzlichen Feiertag, an dem ebenso an den Aufstand zu erinnern war wie an die Verpflichtung, die deutsche Einheit in Freiheit zu schaffen.

In der Interpretation durch Christdemokraten und Sozialdemokraten gab es dabei durchaus in der Akzentsetzung Unterschiede. Die Sozialdemokraten hoben nicht nur den proletarischen, aus ihrer Sicht im Grunde sozialdemokratischen Charakter des Aufstandes hervor (Willy Brandt etwa sprach im Bundestag von „Arbeitern mit sozialdemokratischen Anschauungen“, die nicht den „Nackten unter das Joch der zweiten Diktatur gebeugt hatten“), sondern sahen in ihm eine doppelte Stoßrichtung, die unmittelbar gegen das SED-System, mittelbar gegen die Westintegrationspolitik unter bürgerlichen Vorzeichen gerichtet war. Demgegenüber betonten Konrad Adenauer und die CDU stärker den antikommunistischen Charakter des Aufstandes. Sie folgerten aus der antikommunistischen Komponente gleichsam ein Plebiszit für die Westintegrationspolitik, was gewiss anfechtbar war. Doch sahen beträchtliche Teile der westdeutschen Bevölkerung den 17. Juni als Bestätigung der Legitimation einer Politik, die sich an die west-

lichen Demokratien anlehnte und den Kommunismus bekämpfte. Einig waren sich jedoch die westdeutschen Parteien während der Fünfzigerjahre darin, dass der 17. Juni das Fehlen jeder demokratischen Legitimation des SED-Systems bewiesen habe. Zweifellos trug er zur Delegitimation des SED-Systems bei und stützte mittelbar im Zeichen der Ost-West-Konfrontation die Legitimation der Bundesrepublik und die Überlegenheit westlicher Ideen. Ein Stück weit wurde die Erinnerung an den 17. Juni 1953 gegen das SED-System instrumentalisiert.

Hier ist das allmähliche Verblässen der Erinnerung an den 17. Juni im Einzelnen nicht nachzuzeichnen (ich habe dies vor Jahren bei einem früheren Bautzen-Forum versucht). Doch einige Stichworte möchte ich nennen:

- Der Bau der Mauer am 13. August 1961 aktualisierte im Westen zwar die Kritik am SED-System und seiner Politik, überlagerte und verdrängte aber auch die Erinnerung an den 17. Juni 1953.

- Die beiden deutschen Staaten begannen sich auseinander zu entwickeln. Vielen Bundesbürgern bedeutete die DDR zunehmend nicht mehr viel. Der 17. Juni 1953, in bester Jahreszeit, wurde zu einem Tag der Ausflüge, deshalb galt er – angesichts des Zurücktretens des Gedenkaspektes – sensibleren Zeitgenossen als „Tag der Verlegenheit“. Es entwickelten sich Tendenzen, ihn abzuschaffen, ohne jedoch durchzudringen, weil der Tag geradezu als sozialer Besitzstand aufgefasst wurde und so recht keine konsensuale Alternative erkennbar war.

- Der 17. Juni 1953 ließ sich mit der Gegenwart der 60er-Jahre, die in wachsendem Maße durch die Entspannungspolitik bestimmt wurde, nicht mehr kurzschließen. Das Scheitern der Bewegung des 17. Juni 1953 wurde freilich von Willy Brandt u. a. in der Zeit der Neuen Ostpolitik mit einiger Plausibilität als Argument benutzt, um eine Politik zu begründen, die nicht durch Konfrontation, sondern durch Vereinbarungen die Verhältnisse zu modifizieren und langfristig zu überwinden suchte.

- Seit den Siebzigerjahren wurde der 17. Juni 1953 zunehmend historisiert, d. h. in eine historische Distanz gerückt. In zutreffender Weise wurde dabei von einigen Historikern der Grundimpuls, das Streben nach Freiheit gesehen, doch gleichzeitig die auch vorhandene auf die Einheit zielende Dimension unterschätzt. Fritz Stern etwa formulierte bei der Gedenkfeier des deutschen Bundestages 1987, der 17. Juni 1953 sei ein Aufstand für „ein besseres, für ein freieres Leben“ gewesen, „kein Aufstand für die

Wiedervereinigung“, was zwar partiell richtig ist, doch die im 17. Juni 1953 angelegte Dynamik unterschätzt.

1990 setzte sich merkwürdigerweise niemand für die Erhaltung des 17. Juni 1953 als Feiertag ein. In Westdeutschland war der Tag zunehmend inhaltlich entleert worden, galt irgendwie als Relikt einer anderen Zeit – trotz der von Historikern entwickelten interpretatorischen Neuansätze, die das Bild des 17. Juni 1953 von seinen Einseitigkeiten und Zuspitzungen der Nachkriegszeit befreit hatten. Merkwürdigerweise setzten sich auch die Bürgerrechtler der DDR nicht für die Erhaltung des Feiertages ein. In der DDR gab es keine sich von 1953 herleitende oppositionelle demokratische Tradition. Hier machte sich bemerkbar, dass sich – zumal angesichts der Verfolgungen auf der einen Seite, der Fluchtmöglichkeit für Oppositionelle auf der anderen Seite – keine Kontinuität der Opposition mit einem entwickelten Gedächtnis hatte herausbilden können. Und die Denunziation des 17. Juni 1953 als faschistischer Putschversuch, als Konterrevolution, als Werk von westlichen Agenten war an vielen, die in der DDR sozialisiert waren, nicht spurlos vorübergegangen, abgesehen davon, dass der 17. Juni 1953 aus ostdeutscher Sicht geradezu zu einem westdeutschen Traditionsbestand geworden war.

Marianne Birthler hat jüngst – diese Einschätzung bestätigend – in einem Interview mit dem Tagesspiegel erklärt, dass sie sich dafür schäme, dass selbst die Opposition der Achtzigerjahre in der DDR die Erinnerung an den 17. Juni 1953 nicht geachtet habe: „Ich kann mir das nur so erklären“ – so formulierte die heutige Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen – „dass die Legendenbildung der SED auch in meiner Generation wirkte. In der Schule wurde uns gesagt, es sei ein faschistischer, reaktionärer Putsch gewesen. Und im Westen wurde dieser Feiertag während des Kalten Krieges auch instrumentalisiert. Die Bürgerbewegung der späten DDR stand außerdem in engem Kontakt mit der linken Opposition im Westen – und für die war der 17. Juni ein reaktionäres Datum.“ So weit eine nicht unmaßgebliche Stimme aus der früheren DDR, die heute zu einer Neubewertung des 17. Juni 1953 aufruft.

V) Zur Gegenwartsbedeutung des 17. Juni 1953

Ich denke, es ist an der Zeit, den 17. Juni 1953 neu zu sehen und ihm im deutschen Geschichtsbewusstsein eine größere Bedeutung einzuräumen. Er sollte eine größere Rolle im kollektiven Gedäch-

nis und in der Geschichtskultur des vereinigten Deutschland einnehmen.

Gewiss gibt es auch beim 17. Juni 1953 ambivalente Züge; doch dominant ist in einem redlichen Bild der demokratische Grundimpuls. Menschen wollten nicht nur Objekte der Politik sein. „Wir wollen freie Menschen sein“, skandierten die Ostberliner Arbeiter; sie wollten ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen: „Wir wollen uns selbst regieren“ – war der Tenor vieler Forderungen. Vieles spricht deshalb für die von den Historikern Christoph Kleßmann und Fritz Stern formulierte These, die Bewegung des 17. Juni 1953 zu den demokratischen Bewegungen der deutschen Geschichte zu zählen, die im Hinblick auf Gegenwart und Zukunft als Traditionen des Kampfes gegen Obrigkeitsstaat, gegen Diktatur und Totalitarismus, d. h. für Menschen- und Bürgerrechte, aufzufassen sind. Gerade der 50. Jahrestag des Aufstandes sollte – so meine ich – Anlass sein, sich erneut mit dem 17. Juni 1953 zu beschäftigen. Der 17. Juni 1953 gehört aus meiner Sicht – wie die Revolution 1848, wie bestimmte liberale Traditionen und die demokratische Arbeiterbewegung, wie der Widerstand gegen Hitler oder der Herbst 1989 – zu den historischen Komplexen, die der frühere Bundespräsident Gustav Heinemann als Freiheitstraditionen der deutschen Geschichte bezeichnet hat. Zugleich ist der 17. Juni 1953 – als erster Massenaufstand gegen den Totalitarismus – auch ein europäisches Ereignis. Als Ereignis der deutschen und der europäischen Geschichte sollte der 17. Juni 1953 uns erinnerungswürdig bleiben. Es gilt ihn dauerhaft im kollektiven Gedächtnis und in der Erinnerungskultur zu verankern.



Podiumsgespräch

Der 17. Juni 1953 – Widerstand als Vermächtnis mit Hans-Jochen Vogel, Erik Bettermann und Ronald Lässig (Moderation)

Lässig:

Es ist mir persönlich ein großes Anliegen, hier zu sein, weil ich denke, dass der 17. Juni oft unterbelichtet ist. Insofern ist es sehr schön, dass Erik Bettermann auch hier ist, der sich sicherlich im Verlaufe unserer Diskussion dazu äußern kann, welche Dimensionen der 17. Juni im Ausland hat, und darauf eingehen kann, wie er dort wahrgenommen wird, welche Möglichkeiten die Deutsche Welle hat, diese Problematik zu transportieren.

Ich möchte das Podiumsgespräch aber mit Hans-Jochen Vogel beginnen, der Gründungsvorsitzender des Vereins „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ ist, was ja im Grunde dieser Thematik des 17. Juni und der Frage Widerstand als Vermächtnis gerecht werden kann.

Hans-Jochen Vogel, welche Bilanz kann der Verein kurz vor dem

50. Jahrestag dieses Datums ziehen?

Vogel:

Wenn Sie erlauben, möchte ich aber zunächst noch einmal sagen, dass ich gerne wieder hierher gekommen bin. Es ist das vierte oder fünfte Mal, dass ich an einem Bautzen-Forum teilnehme. Und für mich ist es immer auch eine willkommene Gelegenheit, den Menschen, die in der DDR verfolgt worden sind, die gelitten haben, meinen Respekt zu erweisen, indem ich da bin und indem ich an den Diskussionen hier teilnehme.

Zu Ihrer Frage: die Vereinigung „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ ist vor zehn Jahren, 1993, ins Leben getreten. Unter den 19 Gründern waren von Anfang an Frauen und Männer – ich nenne nur Herrn Fricke, der ja hier oft zugegen war –, die unter der zweiten Diktatur auf deutschem Boden gelitten haben. Wir wollen erinnern, nicht um Schuldkomplexe zu konservieren. Menschen, die damals noch gar nicht gelebt haben, kann man nicht mit dem Begriff Schuld konfrontieren. Wir wollen auch nicht, dass gelegentlich an Gedenktagen ein Betroffenheitsritual zelebriert wird. Nein, wir wollen die Verbrechen, die Opfer, die Täter, den Widerstand und vor allem die Ursachen, die zu der Katastrophe geführt haben, für die nachwachsende Generation – wobei das heute ja auch schon 50-Jährige sind – in Erinnerung halten, damit sie vor Augen haben und als ständige Mahnung empfinden, wohin es führen kann, wenn die Menschenwürde missachtet und mit Füßen getreten wird, wenn die Freiheit dem Zwang Platz macht.

Wir wollen darauf hinweisen, wohin es führen kann, wenn Führer als allmächtig und allwissend akzeptiert und bejubelt werden. An Warnzeichen ist ja bis in die Gegenwart hinein kein Mangel, 1993 war dies besonders lebhaft. Von Anfang an haben wir gesagt, dass das Erinnern dem NS-Regime, aber auch der zweiten Diktatur auf deutschem Boden gilt. Ich füge hinzu, wir wollten nicht einfach gleichsetzen. Natürlich gab es Unterschiede zwischen den Diktaturen. Aber es darf auf keinen Fall der Vergessenheit anheim fallen, dass auch das stalinistische System und die zweite Diktatur auf deutschem Boden die Menschenrechte mit Füßen getreten hat und dass Tausende von Menschen, die sich widersetzt haben, die Widerstand geleistet haben, verfolgt wurden und ihr Leben, ihre Freiheit, ihre Gesundheit verloren haben.

Der 17. Juni ist in diesem Zusammenhang immer ein ganz wichti-

ger Termin. Und zwar als Mahnung, nicht einfach alles gleichgültig hinzunehmen. Ich war damals schon 27 Jahre alt. Ich erinnere mich, dass wir dieses Ereignis acht Jahre nach Kriegsende wirklich als ein Beispiel dafür empfunden haben, dass Menschen sich nicht ducken, nicht gleichgültig bleiben – es ging ja damals wohl in erster Linie um die Erhöhung der Normen für die Bauarbeiter, aber auch für andere –, sondern dass sie ihren Protest artikulieren, dass sie sich engagiert haben und dass sie dafür auch Gefahren in Kauf genommen und später auch Opfer gebracht haben. Das, glaube ich, muss in der Erinnerung behalten werden.

Ich kann mich durchaus denen anschließen, die sagen, die deutsche Geschichte ist an freiheitlich motivierten Aufständen – mehr Freiheit, sich selber zu engagieren und einbringen zu können – nicht so reich gesegnet. Da fällt einem 1848 ein, der südbadische Aufstand von 1849, unter gewissen Aspekten 1918 und dann natürlich 1989/90, wobei die Erinnerung daran leider auch gelegentlich ein bisschen zu verblassen droht, und dann eben der 17. Juni 1953.

Soweit unsere Vereinigung das kann – sie hat regionale Arbeitsgruppen auch in den neuen Bundesländern –, wollen wir uns daran beteiligen, dass der 17. Juni in seiner geschichtlichen Bedeutung weiterhin wahrgenommen und nicht einfach nur an die Historiker abgegeben wird, so wichtig das auch ist.

Ich freue mich übrigens, dass mehrere öffentlich-rechtliche Anstalten den 17. Juni 1953 auch zum Gegenstand von Dokumentar- und anderen Filmen machen. Es ist schade, dass Herr Sodann heute nicht da sein kann, der ja in einem der Filme eine Hauptrolle gespielt hat. Das ist gut, weil auch das dazu beiträgt, die Erinnerung wach zu halten.

Lässig:

Sie haben schon den Bogen gespannt zu den öffentlich-rechtlichen Medien. Das macht mir den Übergang zu Erik Bettermann recht leicht. Oftmals hört man, dass zu wenig gemahnt, die Erinnerung nicht genügend wach gehalten wird. Wie stellt sich dies in den Medien heutzutage dar? Welche Möglichkeiten gibt es, auch über die Grenzen von Deutschland hinaus, diesen 17. Juni noch dazu im Jahr der 50. Wiederkehr wach zu halten und vor allem auch daran in den verschiedensten Arten und Weisen im Ausland zu erinnern?

Bettermann:

Lassen Sie auch mich eine persönliche Vorbemerkung machen. Ich will Ihnen ganz bewusst sagen, dass es heute, am 8. Mai, an meinem Geburtstag, eine ganz besondere Bedeutung hatte, hierher nach Bautzen zu kommen. Ich will Ihnen auch sagen, warum, und bin damit eigentlich beim 17. Juni 1953.

Ich bin heute vor 59 Jahren gar nicht weit weg von hier zur Welt gekommen. Also, das war noch zur Nazi-Zeit. Ich habe dann die ersten Jahre in der Sowjetischen Besatzungszone gelebt. Für mich ist die Entscheidung meiner Eltern ein Glücksfall der Geschichte gewesen, dass wir exakt am 1. Oktober 1949 aus der Nähe von Leipzig zurückgegangen sind ins Rheinland, von wo mein Vater stammte. Meine Mutter kam aus Thüringen, und das ist der Grund, warum ich dort zur Welt gekommen bin.

Wenn ich also am 8. Mai, den dieser Staat früher immer als Tag der Befreiung bezeichnet hat, hier nach Bautzen komme, dann sage ich ganz persönlich – ich war immerhin schon neun Jahre am 17. Juni 1953 –, dass das für die eigene Reflexion, für das, was das eigene Leben ausmacht, das Glück, das ich gehabt habe, nicht in dem Regime aufwachsen zu müssen, dass das wichtig ist, dass man darüber immer wieder reflektiert. Denn es ist leider so, dass in den täglichen Abläufen, durch die Überflutung auch durch die Medien – ich komme zu ihrem Punkt – man ja oft in eine gewisse Heile-Welt-Duselei hineinkommt und sich über das, was eigentlich die eigene Geschichte ausmacht, die ganz individuelle Geschichte, sehr wenige Gedanken macht.

Lassen Sie mich noch ein zweites Erlebnis anfügen, warum ich trotz meines damaligen Alters von neun Jahren diesen 17. Juni 1953 durchaus in Erinnerung habe. Als wir 1949 aus Leipzig nach Westdeutschland in den Raum Köln gegangen sind, glaubten meine Eltern, dass die Einheit unmittelbar vor der Tür steht. Viele von Ihnen und alle diejenigen in Westdeutschland, die die ganze Zeit der Mauer bewusst miterlebt haben, halten das, was ich Ihnen jetzt erzähle, wahrscheinlich für undenkbar.

In dem Haus, in dem wir wohnten, haben meine Eltern damals, weil sie dachten, wir kämen bald zurück, meine Eisenbahn auf dem Speicher eingeschlossen. Meine Mutter und ich sind 1952 mit einem Messeausweis zur Herbstmesse nach Leipzig gefahren und haben die Eisenbahn geholt. Wenn Sie mal an die Zeit nicht nur von 1961 bis 1989 denken, sondern auch an die Zeit davor, ist das eigentlich unvorstellbar. Ich war also als kleines Kind ein knappes dreiviertel Jahr vor dem 17. Juni in Leipzig bei meiner Großmutter,

bei meiner Cousine. Und das hat schon dazu geführt, dass an dem 17. Juni selbst, als es dann die Medien in Westdeutschland berichteten, sie auch als Acht-, Neunjähriger vielleicht sehr egoistisch dachten, da kommst du nie wieder in deinen Kindergarten und zu deinen Freunden zurück. Das heißt anders ausgedrückt für mich: Ich habe das damals mit der deutschen Einheit sicherlich noch nicht begriffen. War das etwas, von dem ich als kleines Kind davon ausging, was mir vielleicht ermöglicht, meine Sandkastenfreunde wieder regelmäßig zu besuchen, ohne Messeausweis und solchen Tricks? Daran kann ich mich noch gut entsinnen.

Das soll Ihnen deutlich machen, dass ich in der Verantwortung als Intendant dieses deutschen Auslandsrundfunks meinen Beitrag dazu leisten werde, dass der 17. Juni 1953 genauso auch wie die andere Zeit der Diktatur auf deutschem Boden, also die Nazi-Zeit, nicht in Vergessenheit gerät.

Ich muss Ihnen auch sagen, dass ich aus vielen Gesprächen und Besuchen in meinem Sendegebiet – das ist der Globus – weiß, dass die Wahrnehmung dessen, was in Deutschland an totalitären Regimen war, die überwunden worden sind, im Ausland viel größer ist als in Deutschland selbst. Man darf auch nicht vergessen, dass zwei Drittel der Menschheit in nicht liberalisierten Medienmärkten leben. Die meisten von ihnen leben in Einparteiensystemen, in Diktaturen mit den dazugehörigen Medien. Insofern ist die Deutsche Welle in diesen Regionen der Welt ein Stückchen Stimme der Freiheit. Und damit meine ich nicht, missionarisch zu erzählen, wo es jetzt hingehen muss, sondern die individuelle Freiheit als Ziel hervorzuheben. Dieser Aspekt war sicherlich für viele derjenigen, die nach dem 17. Juni verfolgt wurden und es nicht geschafft haben, über die Grenze nach Westdeutschland zu kommen, ganz wichtig.

Wir nehmen diese Rolle im Ausland wahr und werden im Ausland auch gefragt: Wie habt ihr Deutschen das denn eigentlich gemacht? Wie war die Situation der einzelnen Menschen? Deswegen sind meine Kollegen mit der Fernsehkamera nicht hier, um ihren Intendanten aufzunehmen, sondern um möglichst viel von Ihnen, von den Zeitzeugen, zu erfahren, Ihre Lebensschicksale mitzunehmen, um diese beispielhaft dafür zu zeigen, wie in Deutschland die Abläufe – sei es am 17. Juni 1953 oder sei es 1989 oder sei es in der Nazidiktatur – gewesen sind.

Ich finde, dass ich aufgrund meines Lebensalters Schuld weder für das eine noch für das andere empfinden kann. Aber Verantwort-



tung empfinde ich schon. Verantwortung dafür, dass die Deutschen aus ihrer Geschichte, aus diesen zwei unsäglichen Diktaturen, bestimmte Lehren gezogen haben. Und dieses weiterzugeben, zu sagen, nicht alles hinzunehmen, sondern auch zu opponieren, auch wenn es im Zweifelsfalle um Leib und Leben geht, das heißt persönliche Zivilcourage. Dies gilt vielleicht als Antwort auf die Situation im Ausland. Ihre Frage bezog sich aber auch auf das Inland.

Ich glaube, dass wir viel mehr von diesen Programmgenres auflegen müssen, die die Vergangenheit und die Verantwortung, die Erfahrung aus der Vergangenheit auch weitergeben können. Sie wissen von dieser Notwendigkeit. Wir sitzen hier zusammen, lauschen Podiumsdiskussionen, stellen Fragen, halten Vorträge. Aber wir wissen, dass wir nicht die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik sind. Deswegen stellt sich die Frage, wie man mit den Methoden heutiger Kommunikation diese Erfahrung, diese Verantwortung, diese Einzelschicksale – denn Geschichte steht immer durch Menschen und deren Schicksale – weitertransportieren kann.

Filme wie gestern Abend sind vielleicht für den einen oder anderen Betroffenen von Ihnen, der unter den Folgen seines Engage-

ments am 17. Juni 1953 persönlich sehr gelitten hat, etwas zu spielerisch. Aber ich bitte um Verständnis dafür, dass kommende Generationen, die heute 15-20-Jährigen eben ein bestimmtes Rezeptionsverhalten haben, und das ist nicht mehr nur allein, den Zeitzeugen zu lauschen. Wirken Sie mit, solange Sie das können, an Formen, vielleicht spielerischen Formen, um dieses Schicksal, die Bedeutung, die Revolution – und für mich war der 17. Juni 1953 ein Stück deutscher Revolution – weiterzutragen an junge Menschen heute.

Lassen Sie mich schließen mit einer nochmaligen persönlichen Erfahrung. Als die Mauer gefallen war, am 9. November 1989, war ich – im Februar hatte die SPD ihren Parteitag in Leipzig-Markkleeberg gemacht – in Markkleeberg, und habe meinen damals 14-jährigen Sohn mitgenommen, der in Köln aufgewachsen ist. Als wir zurückgefahren sind, war der Strom von Ost nach West in Eisenach so groß, dass der Grenzübergang praktisch zu war. Es gab einen Notübergang, etwas weiter nördlich von Wartha-Herleshausen. In diesen Grenzzaun waren Betonblöcke hineingelegt. Das ging immer Stop-and-go. Ich habe versucht, meinem Sohn mein Wissen weiterzugeben, und habe gesagt, dass hier die Hunde angekettet waren, die auf Menschen gehetzt wurden, die nur von dem einen Teil Deutschlands in den anderen Teil wollten. Wie man das eben so erklärt. Da kamen wir ganz vorne an den Grenzzaun, wo ein Container stand, wo der Grenzpolizist der NVA saß. Und weil das alles ein bisschen viel war, winkte er uns aus dem Fenster heraus mit dem kleinen Finger einfach vorbei. Da sagte mein 14-jähriger Sohn: Also Vater, du kannst mir ja viel erzählen, aber wir fahren ja hier drüber wie in Aachen-Lichtenbusch von Deutschland nach Belgien.

Meine Damen und Herren, ich sage das deshalb als abschließendes Beispiel, um deutlich zu machen, dass wir alle eine Verantwortung haben, diese Vergangenheit kommenden Generationen in einer Weise weiterzugeben, dass etwas nicht nur glorifiziert wird, sondern dass man die eigene Betroffenheit dabei erfährt. Und das geht eben heute teilweise über Spielfilme, das geht über Dokumentationen. Ich würde mir wünschen, dass meine Kollegen von den Landesrundfunkanstalten etwas mehr tun, als das bisher gewesen ist. Und dabei geht es nicht nur um den 17. Juni 1953.

Lässig:

Erik Bettermann hat gerade den Herbst 1989 angesprochen. Das spannt den Bogen zu einer Frage, die Hans-Jochen Vogel aus sei-

ner Vielzahl politischer Funktionen, nicht zuletzt auch als regierender Bürgermeister in Berlin, sicherlich beantworten kann. Inwieweit war denn der 17. Juni 1953 ein Vorläufer für den Herbst 1989? Welche Bedeutung kommt ihm zu, womöglich als Ursache für die Wende überhaupt?

Vogel:

Das ist eine Frage, die sich wohl in erster Linie an die Menschen in der ehemaligen DDR richtet, die im Herbst 1989 ihre eigenen Angelegenheiten in die eigenen Hände genommen haben, die demonstriert haben, die zunächst „Wir sind das Volk!“ und dann „Wir sind ein Volk!“ gesagt haben. Hier stehen mir die Leipziger Demonstrationen immer ganz besonders vor Augen. Da müsste man also fragen, was für diese Menschen speziell die Erinnerung an den 17. Juni 1953 bedeutet hat. Ich kann mir vorstellen, dass man am Anfang ja auch vor Augen hatte, dass dann am 17. Juni nachmittags und am 18. Juni die Panzer auffuhren, dass geschossen wurde, dass das Standrecht verhängt wurde. Ich sehe noch das Plakat vor mir mit der Unterschrift eines Generals – Kotikov hieß er, glaube ich –, dass das Standrecht verhängt sei. Aber das hat ja die Menschen in der anderen Situation des November oder schon Oktober 1989 nicht gehindert, sich zu engagieren, ihre Meinung zu bekunden und Protest zum Ausdruck zu bringen.

Im Westen war das mit dem 17. Juni 1953 eine Sache, die ich nicht beschönigen will. Es gab spätestens ab den Siebzigerjahren eigentlich mehr die Vorstellung, dies sei ein zusätzlicher Feiertag. Warum es eigentlich diesen Feiertag gab, das war, glaube ich, nicht mehr im allgemeinen Bewusstsein. Aber der Deutsche Bundestag, das sei zu seiner Ehre gesagt, hat auch in den Siebziger- und Achtzigerjahren jeweils am 17. Juni eine Gedenkveranstaltung abgehalten. Und mir sind noch einige Reden dieser Gedenkveranstaltungen in Erinnerung, darunter eine von Fritz Stern aus dem Jahr 1987. Es war so, dass die Fraktionen immer reihum den Redner vorschlagen konnten. Wir hatten Stern vorgeschlagen, der übrigens in dieser Rede in ganz eindrucksvoller Weise den 17. Juni 1953 in die Freiheits- und Revolutionsgeschichte Deutschlands eingeordnet hat.

Und dann ist mir vor allem noch die Rede in Erinnerung, die Erhard Eppler am 17. Juni 1989 gehalten hat. Er war der Erste, der im Bundestag mit völliger Klarheit die Möglichkeit angesprochen hat, dass das Regime in der DDR an sein Ende kommen könnte. Er

hat sinngemäß gesagt: Wir wollen die DDR nicht destabilisieren, aber man kann kein System daran hindern, sich selbst zu ruinieren. Und er hat weiter gesagt: Wenn einer auf einer schmelzenden Eisscholle steht und nicht merkt, dass sie schmilzt, und nichts unternimmt, dann muss er sich nicht wundern, wenn er in absehbarer Zeit versinkt. Das war das erste Mal, dass einer bei einer solchen Gelegenheit diese Möglichkeit so deutlich angesprochen hat. Es muss hinzugefügt werden, dass die Zahl derer, die im Sommer 1989 genau vorausgesehen haben, was dann in den nächsten Monaten passieren würde, erst hinterher sprunghaft gewachsen ist. Damals hat sie sich sehr im Rahmen gehalten. Ich bekenne auch von mir aus ganz freimütig, dass ich zwar immer geglaubt habe, dass wir schrittweise zu einer deutschen Einigung im Rahmen einer europäischen Einigung kommen. Deshalb habe ich die Reformen von Gorbatschow als ermutigende Schritte in diese Richtung angesehen. Aber dass die Menschen eine Situation vorfinden würden, wo sie friedlich und ohne einen Tropfen Blut ihren Willen so bekunden können und dann die Einheit so zustande kommt, das habe ich im Sommer 1989 auch nicht vorausgesehen. Nun noch einmal zu Ihrer Frage: Der 17. Juni war, glaube ich, für die Menschen in der DDR, die sich dann 1987/88/89 schon in der Bürgerbewegung engagiert haben, präsent. Im Westen hat seine Funktion gewechselt. Aber er hat jedenfalls im Deutschen Bundestag bis zuletzt die bedeutsame Rolle gespielt, die ich Ihnen gerade dargelegt habe.

Lässig:

In diesem Zusammenhang spielt sicher auch die Entspannungspolitik eine große Rolle bei der deutschen Wiedervereinigung. Wie sehen Sie das?

Vogel:

Der 17. Juni 1953 hat insofern eine Rolle gespielt, als er den Gedanken, dass die deutsche Teilung nicht die endgültige Antwort der Geschichte sei, immer wieder wachgerufen hat. Aber da muss man sagen, dass für die deutsche Einigung und die Ostpolitik der 13. August 1961 eine noch größere Rolle gespielt hat. Denn der 13. August 1961 hat gezeigt, dass die bis dahin praktizierte Politik der Nicht-Anerkennung der Existenz der DDR oder auch der Oder-Neiße-Grenze an ihr Ende gekommen war, weil die Westmächte – was ich ihnen gar nicht vorwerfe – sehr rasch haben erkennen las-



sen, dass sie zwar die Anwesenheit ihrer Truppen in West-Berlin verteidigen, aber im Übrigen die Mauer und diese Teilung hinnehmen würden. Und das war für Willy Brandt, Egon Bahr und andere der Anstoß, darüber nachzudenken, wie man denn auf dieser veränderten Grundlage eine Politik treiben würde, die eines Tages dort münden kann, wo sie auch wirklich mündete. Dafür war also der 13. August 1961 eigentlich ein noch wichtigerer Tag. Das heißt, es war eine Kette.

Wir haben lernen müssen, dass auf die Gewaltanwendungen gegen die Demonstranten am 17. Juni seitens des Westens nichts passierte. Wobei ich auch ehrlicherweise sagen muss, dass man nicht weiß, was der Westen denn hätte machen sollen. Sollten sie einmarschieren oder Bomben werfen? Das hat wohl im Ernst keiner haben wollen. Auf den ungarischen Aufstand 1956 passierte nichts, obwohl es da Stimmen gab – und ich glaube, die haben hinterher auch selbst Gewissensbisse bekommen –, die die Aufständischen ermutigt haben und ihnen zugeredet haben. Aber sie hätten besser sagen müssen, dass sie – was immer auch passiert –

an der Grenze stehen bleiben. Dann kam der 13. August 1961, und das hat dann dazu geführt, dass eine neue, und ich glaube, bessere Politik in Bezug auf die friedliche Entwicklung und auf die Einigung Platz gegriffen hat.

Lässig:

Erik Bettermann, wie schätzen Sie den Kenntnisstand im Ausland zur Thematik 17. Juni 1953, DDR und friedliche Revolution ein? Wir, die wir hier im Saal sitzen, kennen uns sicherlich alle recht gut damit aus. Wir haben es z. T. selber erlebt bzw. auch durch Geschichtsunterricht etc. davon erfahren. Aber wie ist der Kenntnisstand im Ausland?

Bettermann:

Da muss man auch ehrlich zu sich selbst sein. Der Kenntnisstand über solch einzelne Ereignisse und Daten, sei es der 17. Juni oder 1961 usw., ist natürlich auch im Ausland bei der kommenden oder jüngeren Generation relativ niedrig. Wenn ich vorhin gesagt habe, dass das Interesse und das Wissen um Deutschland, um das, was hier passiert ist, im Ausland teilweise größer ist als im Inland, da meinte ich damit Folgendes. Dort wird immer noch die Frage gestellt, wie die Deutschen das eigentlich mit dieser Wiedervereinigung machen – ökonomisch, politisch, wie auch immer. Die Antwort im Ausland lautet, dass die Probleme scheinbar ganz gut gemeistert werden. Ich will damit sagen, dass vom Ausland her gesehen die Anstrengungen und die Erfolge der Deutschen insgesamt seit 1989 oder seit der staatlichen Einheit 1990 viel höher eingeschätzt werden als manchmal von uns selbst. Damit meine ich nicht, die einzelnen ökonomischen Schwierigkeiten zu verschweigen, und auch nicht, es schönzureden.

Ich wiederhole, was ich vorhin gesagt habe: Zwei Drittel der Menschheit leben in Einparteiensystemen, Diktaturen und nicht liberalisierten Medienmärkten. Dort besteht natürlich ein hohes Interesse daran, zu erfahren, wie die friedliche Revolution von 1989 mitsamt ihrer Vorgeschichte abgelaufen ist. Also das, was Bernd Faulenbach hier heute sozusagen als Zeitachse dargestellt hat, das, was Hans-Jochen Vogel eben gesagt hat, das findet Interesse, ohne dass ich jetzt unterstellen kann, dass jeder – da muss man überlegen, über welches Ausland wir reden – nun jeden einzelnen Schritt weiß.

Wenn ich über das Ausland rede, dann meine ich zunächst einmal

Länder außerhalb Europas. Wir haben aber auch innerhalb Europas, gar nicht mal so weit weg, Staaten, die durchaus noch in einer Art Transformation sind. Da meine ich nicht diejenigen, die jetzt Mitglied in der EU werden im nächsten Jahr, sondern zum Beispiel die Ukraine oder andere Republiken der ehemaligen Sowjetunion. Dort gibt es Info-Eliten, die kommenden Generationen, die sagen, dass es dort so nicht weitergehen kann. Diese Personen empfinden Medienunfreiheit – die gibt es dort wie es sie in der DDR gegeben hat – auch als etwas Unnatürliches und etwas zu Veränderndes, ohne die Alternativen zu kennen, es sei denn, sie hören den Auslandsrundfunk; nicht nur Deutsche Welle, sondern auch die BBC und andere.

In diesen Staaten gibt es bei kommenden Generationen, die morgen Verantwortung übernehmen, ein großes Interesse, zu erfahren, wie die Transformation Deutschlands eigentlich abgelaufen ist. Da genügt es nicht, dass man nur den 9. November 1989 deutlich macht, sondern man muss die Vorgeschichte erwähnen. Es sollte aber auch klargestellt werden, dass es nicht alle so machen müssen, wie wir Deutschen es gemacht haben. Bei denen im Ausland, die Erfahrungen sammeln wollen, ist das Interesse aber oft größer als im Inland.

Ich sage noch einmal: es ist vor unserer Haustür. Gehen Sie in Teile des Balkans, die jetzt nicht gleich vor der Tür der EU stehen, dann wissen Sie alle, dass es dort nicht nur bis vor kurzem erhebliche Menschenrechtsverletzungen gab, sondern dass es dort Transformationsprozesse gibt. Darüber reden wir heutzutage ja schon gar nicht mehr. Das Problem ist ja auch die Halbwertzeit der öffentlichen Berichterstattung, das sage ich auch durchaus selbstkritisch zu Journalisten. Wer redet heute noch über die Krise in Bosnien-Herzegowina? Dort ist gleichwohl noch eine Krise. Über den Kosovo reden wir auch nicht mehr. Über Afghanistan reden wir ja schon nicht mehr. Wir reden jetzt natürlich logischerweise über den Irak und sein Umfeld.

Aber das ist nicht so, dass dort sozusagen die ganzen Transformationen im Sinne dessen, was wir in Deutschland erlebt haben, abgeschlossen sind. Diese Länder stehen erst am Anfang. Deswegen gibt es das Interesse daran, Informationen zu bekommen, wie die Transformation in Deutschland abgelaufen ist – unter unvergleichlich günstigeren Bedingungen als in irgendeinem dieser Länder. Da würde ich mir manchmal wünschen, dass das Interesse an der eigenen Geschichte in Deutschland genauso groß wäre



wie das des Auslands an Deutschland. Wir können da viel leisten, die Medien, die Journalisten. Teilweise ist sogar schon der 3. Oktober 1990 in der Gefahr, in Vergessenheit zu geraten. Und der 3. Oktober degeneriert – so wie es in Westdeutschland schon in der Tat der Fall ist – zu einem arbeitsfreien Tag.

Ich kann mich noch gut an die Debatte heute Morgen über den 17. Juni als Staatsfeiertag entsinnen. Angelika Barbe hat vorhin angesprochen, dass ein Staatsfeiertag positiv besetzt sein muss. Aus diesem Satz heraus merkt man, dass eigentlich der 17. Juni in Westdeutschland zu einem freien Tag geworden ist, der nicht positiv besetzt war. Im Sinne einer deutschen Revolutionsgeschichte war das Ereignis aber eigentlich etwas Positives und nichts Negatives. Nur der Ausgang ist negativ gewesen.

Deswegen sage ich, dass es die Aufgabe der Journalisten, der Politik, aller gesellschaftlichen Gruppen ist, das Bewusstsein über die eigene Geschichte wach zu halten. Nur dann sind wir glaubwürdig und können die Erwartungen, die das Ausland an uns hat, auch entsprechend erfüllen. Nur dann können wir auch ehrlicher mit dem Finger auf die Wunde zeigen, wenn in der Ukraine oder in Weißrussland bestimmte Menschenrechtsverletzungen nach wie vor gang und gäbe sind. Dann haben wir auch noch mehr Berechtigung, darüber zu reden. Meine Sorge ist, dass die Diskussion

über die eigene Geschichte zu sehr in kleinen Zirkeln bleibt. Jeder, der hier sitzt – einschließlich meiner Person –, muss dafür sorgen, dass wir sie hinaustragen.

Vogel:

Ich würde gerne auch noch einige kurze Bemerkungen zur Feiertagsfrage machen, von der ich höre, dass sie heute Morgen erörtert wurde.

Erstens: derjenige, der den Antrag im Bundestag veranlasst und eingebracht hat, dass der 17. Juni zu einem nationalen Feiertag wird, das war damals im Jahr 1953 Herbert Wehner. Das darf nicht ganz vergessen werden: Herbert Wehner und ihm folgend die SPD-Fraktion. Der Antrag war nicht ganz unstrittig im Parlament, aber es ist dann sehr rasch beschlossen worden.

Zweitens: im Zuge der Verhandlungen über den deutschen Einigungsvertrag hat – das hat Erik Bettermann gerade erwähnt – die Feiertagsfrage auch eine Rolle gespielt. Die damalige Bundesregierung hat gesagt: Wir wollen die Frage im Einigungsvertrag mit erledigen und wir wollen den Tag nehmen, an dem sie vollzogen wird, also den 3. Oktober 1990. Wir – und ich war ja damals Fraktionsvorsitzender der SPD – haben gesagt, es wäre eigentlich besser, wenn über die Frage zunächst eine breitere Diskussion stattfindet. Doch dies war im Zuge des Einigungsvertrags gar nicht mehr möglich, denn da ging es ja immer nur um Tage, bestenfalls um zwei, drei Wochen, aber manchmal auch nur um Stunden.

Wir hatten zwei Vorschläge, die eine weitere Debatte gelohnt hätten. Das war zum einen der 17. Juni und zum anderen der 9. November. Wenn man bedenkt, welche Rolle der 9. November in der Geschichte unseres Volkes gespielt hat: der 9. November 1918, der Hitler-Putsch am 9. November 1923, die Reichspogromnacht am 9. November 1938 und das leider missglückte Attentat von Georg Elser gegen Hitler im Bürgerbräukeller in München am 9. November 1939. Und dann natürlich der 9. November 1989. Es wäre gut gewesen, darüber länger zu diskutieren. Aber die Regierung und die Koalition waren der Meinung, dass die Frage im Einigungsvertrag entschieden werden muss. Man wird verstehen, dass wir Sozialdemokraten nicht etwa auf den wahnwitzigen Gedanken gekommen sind, den Einigungsvertrag an dieser Frage scheitern zu lassen.

Deswegen, weil das ja doch schon eine Frage der nationalen Identität ist, was man als feierungswürdig in Erinnerung hat, wollte ich

diese kurzen – durch Bettermann angeregten – Ergänzungen machen.

Lässig:

Ich möchte den Bogen in die Gegenwart spannen. Wir haben ja das Thema „Widerstand als Vermächtnis“, und es kommt nicht selten auch Kritik an die Adresse der SPD in Bezug auf die SPD/PDS-Koalition, die wir nun ja doch seit einigen Jahren in Deutschland haben. Hans-Jochen Vogel, ist es denn überhaupt machbar, dass die SPD eine Koalition betreibt mit einer Partei, die doch nicht so ganz im Verdacht steht, demokratische Wurzeln zu haben?

Vogel:

Der Zusammenhang mit dem 17. Juni lässt sich sicherlich herstellen, und deswegen will ich gerne Ihre Frage beantworten. Es hat hinsichtlich der Bundesebene klare und glaubwürdige Äußerungen gegeben und denen habe ich nichts hinzuzufügen. Was die Länderkoalitionen angeht, und die erste Koalition dieser Art – in Sachsen-Anhalt war es ein bisschen anders – hat es in Mecklenburg-Vorpommern gegeben, da gestehe ich ganz offen, dass ich erhebliches Bauchweh gehabt habe, als sie eingegangen wurde. Dass ich damit allerlei Befürchtungen verbunden habe. Später kam die Berliner Koalition.

Heute muss ich als Realist sagen, dass viele meiner Befürchtungen nicht eingetreten sind, sondern dass diese Koalitionen – im Ergebnis jedenfalls – zum Bedeutungsverlust der PDS wesentlich beigetragen haben. Die Wahlergebnisse etwa in Mecklenburg zeigen das ganz deutlich und auch die Bundestagswahl hat das deutlich gezeigt.

Ein Phänomen verwundert so einen älteren Menschen wie mich aufs Höchste: Es gibt ja auf dem rechten Spektrum rechtspopulistische bis rechtsdemagogische politische Gruppen – nicht nur in Deutschland, sondern es gibt sie in Österreich, in Holland und mit einer gewissen Einschränkung in Dänemark. Ich hätte nicht geglaubt, aber ich muss es heute konstatieren, dass die FPÖ von Herrn Haider durch die Regierungsbeteiligung in Österreich in einer Art und Weise demaskiert worden ist, dass sie bei der letzten Wahl nur noch ein Drittel ihres ursprünglichen Stimmenpotenzials hatte. Und in Holland – wobei ich den Pim Fortyn nicht genauso einordne wie den Haider – war es ähnlich; da hat eine Regierungsbeteiligung von einem halben Jahr ausgereicht. Wenn ich nach

Deutschland schaue, glaube ich, dass die Tatsache, dass Herr Schill bei der Bundestagswahl überhaupt keine Chance hatte, auch mit dem zusammenhängt, was er sich in Hamburg geleistet hat, insbesondere mit dieser unglaublichen Rede im Deutschen Bundestag. Nun bitte ich um Gottes willen, nicht daraus den Schluss zu ziehen, alle gefährlichen Parteien könne man dadurch unschädlich machen, dass man sie an der Regierung beteiligt. Das wäre die verkehrte Konsequenz. Aber die Realität sehe ich, und die PDS hat durch ihre Regierungsbeteiligung keine von ihren bedenklichen Zielsetzungen auch nur annähernd weiterbringen können. Und es erstaunt mich, dass sich in Berlin die PDS an notwendigen Einsparmaßnahmen beteiligt, denen andere in der Opposition befindliche Parteien in Berlin ständig widersprechen. Von daher sage ich, ein Bauchweh bleibt, aber die Befürchtungen, die ich damit verbunden habe, die sind, wenn überhaupt, nur in einem geringen Maß eingetreten.



17. Juni 1953 aus Bautzener Sicht

Spurensuche – Ein Schülerprojekt der Mittelschule Doberschau und des Friedrich-Schiller-Gymnasiums Bautzen

Marion Karbe:

Die AG Schul- und Regionalgeschichte des Schiller-Gymnasiums gibt es erst seit diesem Schuljahr. Sie besteht aus vier Schülern der Klassenstufe 11: Susanne Poick, Ina Koban, Carsten Conrad und Christoph Casper. Ihr Interesse an der Geschichte unserer Heimatregion bekundeten sie bereits mit ihrer Teilnahme an der Gestaltung und Durchführung unseres Beitrages im Rahmen des Festumzuges zur 1000-Jahr-Feier der Stadt Bautzen. Anlässlich der Abschlussfeier unseres Bildes konnte ich diese Schüler für die AG und ein langfristiges Projekt zum Thema: „Der 17. Juni 1953 in Bautzen und Umgebung“ gewinnen.

Anfang Dezember 2002 begannen wir mit der Arbeit; entwickelten gemeinsam ein Konzept und begaben uns auf Spurensuche. Dabei stellten wir zu sechs Zeitzeugen einen persönlichen Kontakt her, arbeiteten im Stadtarchiv, studierten vorhandene Literatur bzw. Dokumentationen, führten mehrere Umfragen in der Stadt

Bautzen durch und erarbeiteten gemeinsam eine Präsentation. Mit Unterstützung der Videogruppe bzw. Axel Lorz und Sebastian Seibt aus der 12 entstand ein Kurzfilm. Von der technischen Seite her fanden wir in den Kollegen Samuel und Grebedüinkel tatkräftige Mitstreiter, welche uns gerade in der Endphase des Projektes sehr unterstützten.

Das große Ziel hieß: XIV. Bautzen-Forum 8./9. Mai 2003. Gemeinsam mit Schülern der 10. Klasse der Mittelschule Doberschau, welche sich unter der Leitung ihrer Geschichtslehrerin Frau Domschke vorrangig auf die Bautzener Umgebung – Beispiel Göda – konzentrierten, sollten wir hier unser Projekt präsentieren.

Hier einige Ausschnitte aus unserer Arbeit:

Carsten Conrad zu Zeitzeugen unserer Stadt:

Die Bevölkerung Bautzens verband mit dem 17. Juni 1953 eine große Hoffnung, die aber im Angesicht der großen Militärpräsenz langsam starb. Mein Teil der Präsentation handelt von den Zeitzeugen unserer Stadt.

Herr Flügel arbeitete vor dem Krieg als Lehrer und musste dann vier Jahre an die Front. In der DDR war er als Anzeigenvertreter tätig, da er als ehemaliger Soldat nicht mehr als Lehrer arbeiten durfte. Am 17. Juni 1953 war er in seiner Wohnung. Diese lag an der Löbauer Straße. Im Laufe des Tages hörte er, wie Panzer die Straße passierten und dabei Warnschüsse in die Luft abgaben. Daraufhin ging Herr Flügel mit seiner Frau und seiner Tochter unter dem Fenster in Deckung, um nicht von Fehlschüssen getroffen zu werden. Zur gleichen Zeit war sein Sohn auf dem Nachhauseweg von der Lutherschule. Als er die Schüsse hörte, ergriff ihn tiefe Angst und er beeilte sich nach Haus zu kommen. Dies gelang ihm auch sicher. Dennoch war der 17. Juni für alle ein Tag, der sie prägte, denn es war klar, dass Militär einen Aufstand verhindern würde.

Frau Hollendunter wurde am 10. Dezember 1943 geboren und erlebte den 17. Juni als neunjähriges Mädchen. Ihre Mutter arbeitete beim SVK und begleitete Kurfahrten. Ihr Vater arbeitete als Maler. Sie wohnte mit ihrer Familie auf der Grollmussstraße in einem Haus gegenüber der heutigen Frauenklinik, die damals als sowjetische Militäragentur diente. Diese Soldaten begegneten den Kindern immer freundlich und nahmen Rücksicht auf sie. So entstand eine entspannte Beziehung.

Aus dem Haus konnte Frau Hollendunter den großen Torbogen



vor der Kaserne sehen, der als Eingang für Personen und Fahrzeuge diente. Am 17. Juni war erstaunlich viel Verkehr in der Stadt. Viele Truppentransporter mit russischen Soldaten kamen in die Kaserne, und wenn diese bemerkten, dass sie aus den Häusern beobachtet wurden, zielten sie mit ihren Sturmgewehren auf die Fenster. Die neu ankommenden Truppen errichteten ein Zeltlager in den Parkanlagen des Stadtwalls. Außerdem wurde ein Panzerspähwagen vor der Kaserne postiert, der auf die Häuser zielte. Diese Tatsache wirkte sehr einschüchternd auf Frau Hollendunter. Zudem verhielten sich die Soldaten nun sehr zurückhaltend und mieden Kontakte mit der Zivilbevölkerung. Nachdem der Ausnahmezustand verhängt wurde, bekam ihre Mutter einen Passierschein, um während der Ausgangssperre ihrer Tätigkeit als Kurbegleiterin nachzukommen. Trotz des Passierscheins war es sehr gefährlich, weshalb sie ihr Mann oft begleitete. Während dieser Zeit versuchte man oft den Radiosender „RIAS“ zu hören, was aber durch den Störsender auf dem Czorneboh sehr erschwert wurde und man sehr vorsichtig sein musste, dass es niemand bemerkte. Nachdem keine Gefahr mehr durch einen Aufstand drohte, wurden die Soldaten wieder abgezogen.

Ina Koban zu Zeitzeugen unserer Schule:

Herr Richter und Herr Nebel

Wir unterhielten uns mit Herrn Werner Richter. Er war 1953 junger Lehrer an der EOS Schiller. Außerdem sprachen wir mit Herrn Nebel. Er war 1953 Schüler von Herrn Richter und Schüler der 9. Klasse. Herr Richter erzählte uns von der Einteilung der Schüler, je nachdem was die Eltern von Beruf waren: nach Arbeitern, Selbstständigen, Bauern und Sonstigen. Ab März 1953 bekamen die Sonstigen keine Lebensmittelkarten und mussten Bus und Bahn voll bezahlen, wobei die anderen Buskarten bekamen. Also auch die Schüler bekamen viel von den Problemen außen mit.

Anekdoten 1950–1953

1953 hielt der Direktor Weigel eine Trauerrede für Stalin, wobei er ihn mit Rockefeller (so Herr Richter) bzw. mit Michael Kohlhaas (so Herr Nebel) verglich. Der Direktor wurde daraufhin entlassen.

Zwei Schüler waren für den Schulfunk verantwortlich. Einmal sagten sie: „Der Vormarsch des Sozialismus ist nicht mehr auszuhalten.“ Sie flohen nachher in den Westen.

Ein Unterrichtsgespräch:

Lehrer: Wer hat das Halbe-Winkel-Gesetz erfunden?

Schüler: Halbowinklerowitsch

Klasse: Der große Stalin

Oft sind wir auf den Namen Sulla gestoßen. Er war 1950 junger Lehrer unserer Schule und hatte eine Art Arbeitsgemeinschaft für politische Aufklärung oder, wie man sagte, für Hetzpropaganda. Er wurde daraufhin eingesperrt und kam da auf bisher mysteriöse Art und Weise ums Leben. Es wurde gesagt, er brachte sich um. Er blieb vielen als guter Lehrer in Erinnerung.

Zwei Schüler wurden vor Gericht gestellt, da sie ein Plakat von Wilhelm Pieck anzündeten.

Ein weiteres Unterrichtsgespräch (über die Reichskristallnacht):

Lehrer Weigel: Die Nacht der langen Messer kam nicht...

Schüler: ... aber sie kommt noch!

Lehrer Schröder wurde bereits zu Nazizeiten entlassen, da er Radio London hörte. Nachher wurde er wieder eingestellt und

1953 wurde er erneut entlassen, da er den Schülern den RIAS empfahl.

Der 17. Juni 1953 an unserer Schule

Es ist nicht hundertprozentig klar, ob an unserer Schule am 17. Juni schulfrei war, einige sagen ja, andere nein. Herr Richter meinte, er habe die Schule mit Kollegen sogar nachts mit Luftgewehren bewacht und die paar Schüler, die kamen, heimgeschickt. Ein Ehepaar, welches wir auf der Straße trafen, erinnerte sich daran, dass der Abiball fast ausgefallen wäre. Eine weitere Dame sagte uns, dass ihr Schulausflug entfallen musste, wegen der Ausgangssperre.

Herr Marczinski

Biographisches wurde bereits im Einführungsfilm angesprochen. Er war Bautzener, besuchte die Schillerschule und fuhr 1951 mit nach Berlin zu den Weltfestspielen. Illegalerweise ging er nach Westberlin, kam da zu einer Jugendherberge und traf da Gisela Reckwald. Sie war eine ehemalige Schulkollegin und laut einem Zeitungsartikel amerikanische Geheimagentin. Sie führte Herrn Marczinski zum RIAS, wo er Interviews für englische Radiosender gab. Er traf auf Leute, die ihn überredeten für den Westen tätig zu sein. Er verteilte in Bautzen also Flugblätter und warnte Leute, die verhaftet werden sollten. Immer wieder sagte er Gisela R. Bescheid. Bald wurde es ihm aber zu gefährlich. Er machte sein Abi und besuchte eine Abendschule. Eines Abends, als er heimkam, wurde er vor dem Haseneck auf der Steinstraße in Bautzen verhaftet. Später erfuhr er, dass Gisela keine amerikanische Agentin, sondern eine IM der Stasi war und dieser alles mitteilte.

Susanne Poick und die Sicht der damaligen Presse:

Um mehr über die Presse aus dieser Zeit zu erfahren, haben wir das Stadtarchiv in Bautzen besucht. Die Arbeit dort hat uns sehr viel Spaß gemacht, da wir neue Eindrücke – nämlich über die Presse von vor 50 Jahren – erhalten konnten.

17. Juni 1953

Obwohl der Aufstand bereits am 16. Juni in Berlin begonnen hatte, konnten wir am 17. Juni nichts darüber in der Sächsischen Zeitung finden. Stattdessen wurde in der Rubrik „Rund um den Reichturm“ die große Hitze beklagt und darüber zum Nachdenken angeregt, warum ein Weißenberger Konsum HO-Fleisch ver-



kaufen konnte, obwohl er keine Kühlanlage besaß. Außerdem fanden am 17. Juni die Verkäuferinnen der Schuhverkaufsstelle 5 der HO Industriewaren in der Sächsischen Zeitung besondere Beachtung, da sie sich ab dem 1. Juni verpflichteten nach einem Ausspruch Stalins zu arbeiten. Dieser sagte nämlich: „Die einen arbeiten schlecht, andere gut, noch andere am besten. Hole den Besten ein und erziele damit einen allgemeinen Aufschwung.“

18. Juni 1953

Sowohl in der Sächsischen Zeitung als auch in der Jungen Welt konnte man am 18. Juni ein und denselben Artikel lesen. Dieser berichtete ausführlich über die Parteiaktivtagung der SED in Berlin. Außerdem befand sich in beiden Zeitungen eine Bekanntma-

BEKANNTMACHUNG

Maßnahmen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zur Verbesserung der Lage der Bevölkerung sind von faschistischen und anderen reaktionären Elementen in Westberlin mit Provokationen und schweren Störungen der Ordnung im Demokratischen Sektor von Berlin beantwortet worden. Diese Provokationen sollen die Herstellung der Einheit Deutschlands erschweren.

Der Ablauf für die Arbeitsbedeutung der Bearbeiter in Berlin ist durch den gestrigen Beschluß in der Normenfrage fortgesetzt.

Die Unruhen, zu denen es danach gekommen ist, sind das Werk von Provokateuren und faschistischen Agenten ausländischer Mächte und ihrer Helfershelfer aus deutschen kapitalistischen Monopolen. Diese Kräfte sind mit der demokratischen Macht in der Deutschen Demokratischen Republik, die die Verbesserung der Lage der Bevölkerung or-

ganisiert, unzufrieden. Die Regierung fordert die Bevölkerung auf:

1. Die Maßnahmen zur sofortigen Wiederherstellung der Ordnung in der Stadt zu unterstützen und die Bedingungen für eine normale und ruhige Arbeit in den Betrieben zu schaffen.

2. Die Schuldigen an den Unruhen werden zur Verantwortung gezogen und streng bestraft. Die Arbeiter und alle ehrlichen Bürger werden aufgefordert, die Provokateure zu ergreifen und den Staatsorganen zu übergeben.

3. Es ist notwendig, daß die Arbeiter und die technische Intelligenz in Zusammenarbeit mit den Machtorganen schnell die notwendigen Maßnahmen zur Wiederherstellung des normalen Arbeitsverlaufs ergreifen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik.

Otto Grotewohl, Ministerpräsident
Berlin, den 17. Juni 1953

Zeitungsartikel vom 18. Juni 1953

chung der Regierung. Am 18. Juni konnte man des Weiteren einen Artikel über die Werktätigen der LOWA lesen. Diese unterstützten die werktätigen Bauern in Bolbitz, Prischwitz und Salzenforst, indem sie tausende freiwillige Arbeitsstunden leisteten.

20. Juni 1953

Am 20. Juni war der Befehl des Militärkommandanten abgedruckt. Dabei wird im ersten Punkt der Ausnahmezustand im Kreis Bautzen erklärt. Im zweiten Punkt heißt es, dass ab sofort Versammlungen und Demonstrationen verboten sind. Außerdem mussten Kinos, Theater und Gaststätten ihre Tätigkeit von 21 Uhr abends bis 3 Uhr morgens einstellen. Im dritten Punkt wurde erklärt, dass Verkehr jeglicher Art nur von 6 Uhr morgens bis 21 Uhr abends erlaubt ist. Wer gegen diesen Befehl des Militärkommandanten verstieß, musste damit rechnen, streng bestraft zu werden nach den Gesetzen des Ausnahmezustandes.

27. Juni 1953

Am 27. Juni waren in der Sächsischen Zeitung mehrere Artikel abgedruckt mit Überschriften, die eine bessere Lebenslage ver-

sprachen. So sollte es zum Beispiel Verbesserungen in der Versorgung beispielsweise mit Nahrungsgütern oder Arbeitsschutzmitteln geben. Unter anderem sollten sofort 5 000 Tonnen Fischkonserven aus staatlichen Fonds dem Ministerium für Handel und Versorgung übergeben werden. Dieses Ministerium konnte dann selbst entscheiden, ob es die Konserven zur Abdeckung von Kartenansprüchen oder für den HO-Verkauf einsetzen wollte. Außerdem wurde beschlossen, dass die Erhöhung der Arbeitsnormen aufgehoben werden sollte. Dagegen verordnete man, dass Renten und Sozialfürsorgeunterstützung erhöht werden sollen. Auch die Pflichtablieferung sollte erleichtert werden, damit sich die bäuerlichen Wirtschaften weiterentwickeln konnten.

Am gleichen Tag konnte man einen Artikel mit der Überschrift „Wie die Adenauer-Clique den Tag X vorbereitete“ lesen. In diesem werden die Verursacher des 17. Juni unter anderem als Agenten und Spione bezeichnet. Sie sollen sich, verkleidet in Bauarbeiterkleidung, in den demokratischen Sektor von Berlin aufgemacht haben, um dort ihr Unwesen zu treiben. Ihr einziges Ziel war, die Wiedervereinigung Deutschlands zu verhindern und Ruhe und Ordnung zu stören. In diesem Artikel steht auch, dass man diese Provokateure dingfest machen und der Regierung übergeben soll, damit sie entsprechend bestraft werden können.

Christian Melcher:

Ich bin der Christian Melcher und vertrete zusammen mit Christin Fuhrmann die am Projekt „17. Juni 1953“ teilnehmenden Schüler der Mittelschule Doberschau. Wir sind auf das Projekt aufmerksam geworden, weil unsere Geschichtslehrerin Frau Domschke uns davon erzählte und wir zuerst nichts mit diesem Datum anfangen konnten. Daraufhin entschieden wir uns, am Projekt mitzuwirken, um in Erfahrung zu bringen, was wirklich an diesem Tag geschehen war.

Wir, die Mittelschule Doberschau, stellten uns die Aufgabe aus dem Kreis Bautzen betroffene Personen ausfindig zu machen und sie anschließend zu interviewen. Wir konnten einige betroffene Personen aus Birkau einem kleinem Dorf nahe Göda finden. Von insgesamt sechs wollten nur zwei nähere Angaben über den Verlauf des 17. Juni 1953 machen. Das, was Herr Markwirt und Herr Michel genau an diesem Tag erlebten, wird ihnen die Christin gleich noch berichten.

Christin Fuhrmann:

Interview mit Karl Michel und Günter Markwirth aus Birkau
Günter Markwirth, im Juni 1953 noch 19 Jahre alt, arbeitete als Bauarbeiter auf Montage in Lauchhammer und nahm dort am Aufstand teil. Er kam am 17. Juni 1953 wieder nach Birkau nach Hause und berichtete dort auch von den Ereignissen in Lauchhammer.

Karl Michel war im Juni 1953 ebenfalls 19 Jahre alt und war auf dem elterlichen Bauernhof in Birkau tätig.

Herr Markwirth und Herr Michel erzählten uns folgendes:

Am Abend des 18. Juni 1953 waren beide mit anderen Jugendlichen in der Dorfgaststätte Birkau. Es wurde vor allem über die Ereignisse des Vortags gesprochen und das umgedichtete Lied „Wir wollen eine neue Regierung (statt Vereinsfahne) haben“ gesungen. Im Verlauf des Abends beschlossen sechs Jugendliche, den Nachtwächter des Teilbetriebs des Volksgutes Gaußig zu erschrecken. Die Jugendlichen zogen mit Knüppeln und Stangen grölend zum abgesperrten Gebiet des Volksgutes und jagten dem Nachtwächter lautstark einen Schrecken ein, so dass dieser sich ängstlich zurückzog. Herr Michel und Herr Markwirth betonten aber, dass die Jugendlichen keinerlei Gewalt gegen den Nachtwächter anwandten. Als sich dieser zurückgezogen hatte, gingen die sechs Jugendlichen schlafen.

Sie wunderten sich, dass am anderen Tag auffallend viele PKW und Motorräder aus Berlin auftauchten, beachteten aber auch Warnungen von Birkauer Einwohnern nicht. In der Nacht vom 19. Juni wurden Willy Kirchhoff, Gottfried Lange, Christian Lehmann, Günter Markwirth, Karl Michel und Karl Wätzlich von der Volkspolizei abgeholt und zum Verhör nach Bautzen gebracht.

Herr Michel schilderte, dass er sich nackt an die Wand stellen musste, dass ihm sämtliche persönliche Dinge abgenommen wurden und dass er fünf Tage in einer Einzelzelle in der U-Haft in Bautzen, Paulistraße, untergebracht war. Am 24. Juni 1953 wurde er in den Mittagsstunden mit anderen Jugendlichen – außer Herrn Markwirth – nach Hause entlassen. Ihnen konnten keine Rechtsverletzungen nachgewiesen werden.

Anders verfahren die Staatsorgane der DDR mit Herrn Markwirth. Da er am Aufstand in Lauchhammer am 17. Juni teilgenommen hatte und sich auch an der Aktion in Birkau beteiligte, wurde er als „Rädelsführer und Handlanger faschistischer Elemente“ zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Diese Strafe saß er in Dresden,

Befehl des Militärkommandanten

1. In der Stadt und im Kreis Bautzen wird bis auf besondere Anweisung der Ausnahmezustand erklärt.
2. Demonstrationen, Meetings, Versammlungen, Zusammenkünfte und irgendwelche Ansammlungen von Personen sind kategorisch verboten. Klubs, Theater, Gaststätten haben von abends 21 Uhr bis 3 Uhr morgens ihre Tätigkeit einzustellen.
3. Der Verkehr von Personen und Fahrzeugen jeglicher Art im Stadt- und Kreisgebiet ist von morgens 6 Uhr bis abends 21 Uhr gestattet. Außerhalb der angegebenen Zeit ist jeder Verkehr untersagt.
4. Verletzer dieses Befehls und der Ordnung in der Stadt und im Kreis werden streng bestraft nach den Gesetzen des Ausnahmezustandes.

Der Militärkommandant des Kreises Bautzen

dann im „Gelben Elend“ in Bautzen und schließlich in Waldheim ab.

Auf den Tag genau nach einem Jahr wurde er aus der Haft in Waldheim entlassen. Herr Markwirth denkt nicht gern an die Zeit seiner Inhaftierung zurück, da ihn dieses Jahr ein Leben lang negativ begleitete. Er kann sich aber noch gut daran erinnern, dass er nach der Haftentlassung die Haftkosten von 602,- Mark neben den Rechtsanwaltskosten zu begleichen hatte.

Herr Michel und Herr Markwirth betonten im Gespräch, dass sie nichts bereuen, sich keiner Schuld bewusst sind, da ihr Handeln am 18. Juni 1953 nichts weiter als ein „Dummerjungenstreich“ gewesen war und nichts mit Spionage oder Ähnlichem zu tun hatte.

Christoph Casper mit einem kurzen Resümee:

Unserem Projekt waren aber auch Grenzen gesetzt, so beziehen wir uns auf subjektive Berichte, sodass es nahezu unmöglich ist, ein umfassendes Bild der Zeit um den 17. Juni 1953 geben zu können, doch wollen wir versuchen, die Stimmung dieser Zeit wieder in Erinnerung zu rufen bzw. denjenigen näher zu bringen, die sie nicht erlebten.

Im Großen und Ganzen können die Geschehnisse in Bautzen nicht



mit denen in Berlin verglichen werden. Herr Marczinsky bezeichnete sie sogar als „Peanuts“. Dafür sind aber schon einige Gründe genannt worden, die ich hier noch einmal erwähnen möchte. So war damals die sowjetische Besatzungsmacht noch in der ganzen Region stark vertreten. Des Weiteren galt Bautzen als Gefängnisstadt sowieso eine größere Aufmerksamkeit. Außerdem war in der Region die Konzentration an Staatsinstitutionen sehr hoch, so waren in Bautzen die Militärkommandantur, das Ministerium für Staatssicherheit und zahlreiche weitere Organe, wie Grenztruppen und Luftstreitkräfte, vertreten.

Außerdem gibt es Zeitzeugen, die schweigen wollen, und ihre Erlebnisse nicht mitteilen, was wir traurig finden. Da sie sicherlich noch einige Lücken schließen könnten, so z. B. Fragen, welche sich nach dem Studium der Akten des MfS und des SED-Bezirksparteiarchives stellten.

Doch hat es uns allen Spaß gemacht, die Heimat neu kennen zu lernen, Geschichte, die so nicht in Geschichtsbüchern steht, dass wir der Geschichte ein Gesicht geben konnten. So ist mir z. B. bewusster geworden, dass wir alle an der Demokratie mitwirken müssen und dass wir froh sein können, dass wir sie haben. Am besten kann man das aus der Geschichte lernen, und da ist Regio-

nalgeschichte doch um einiges ansprechender, da sie ja direkt vor der Haustür stattgefunden hat.

Zum Abschluss:

Am 5. Juni 2003 trafen wir uns noch einmal mit unseren Zeitzeugen, um ihnen das Ergebnis unserer Arbeit vorzustellen. Für die Schüler war es sehr beeindruckend, wie fasziniert die älteren Menschen waren und es wurden noch einmal hochinteressante Gespräche geführt. Außerdem begrüßten wir ein Fernsehteam vom MDR, welches für den Sachsenspiegel einen Beitrag drehte. Insgesamt also ein gelungener Abschluss unserer Projektarbeit.

Jetzt arbeiten wir das gewonnene Material auf, um es im Geschichtsunterricht der Klassen 10 bzw. 12 einsetzen zu können.



Heidi Roth

Bemerkungen zur Ergänzung des Schülerprojekts

Nachdem ich bereits in Vorbereitung des 45. Jubiläums des 17. Juni 1953 gute Erfahrungen mit einer Projektarbeit von Schülern des Gymnasiums Augustum in Görlitz sammeln konnte, wollte ich diese Art der Aufarbeitung des Aufstandes fortsetzen.¹ Der 50. Jahrestag schien dafür besonders geeignet zu sein. Dabei ging es mir u. a. auch darum, die Behauptung ad absurdum zu führen, dass Schüler(innen) und Lehrer(innen) kein sonderliches Interesse an der Aufarbeitung der DDR-Geschichte, und in Sonderheit des Aufstandes von 1953, hätten. Außerdem wollte ich mithilfe interessierter Schüler(innen) und Lehrer(innen) vor Ort Fragen klären, die in meinen langjährigen Forschungen zum 17. Juni 1953 in Sachsen offen geblieben waren und die sich mittels einschlägiger Archive kaum noch klären lassen würden. U. a. galt mein besonderes Interesse dem Geschehen in Bautzen. In meiner 1999 erschie-

nenen Publikation „Der 17. Juni 1953 in Sachsen“ konnte ich nachweisen, dass die Stadt und der Landkreis Bautzen zwar nicht zu den Schwerpunkten des Aufstandes 1953 zu rechnen sind, jedoch auch hier mehr passierte als bisher bekannt war.²

Anlässlich des XIII. Bautzen-Forums im Mai 2002 unterbreitete ich Bärbel Domschke, Geschichtslehrerin an der Mittelschule Doberschau und Fachberaterin Geschichte, mein Vorhaben. Sie erklärte sich sofort bereit, gemeinsam ein Schülerprojekt zum Rahmenthema „Der 17. Juni 1953 in Bautzen“ auf den Weg zu bringen. Bisher waren in der Regel Gymnasiasten in derartige Projekte eingebunden. Auch aus dieser Sicht reizte mich die Zusammenarbeit mit Schülern einer Mittelschule. Die Leiterin der Gedenkstätte Bautzen, Silke Klewin, unterstützte unser Projekt von Anfang an. Gemeinsam planten wir, die Arbeitsergebnisse in der Öffentlichkeit vorzustellen. Das XIV. Bautzen-Forum schien uns dazu besonders geeignet. Matthias Eisel, Leiter des Leipziger Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung, nahm unser Angebot, den Schülern die Möglichkeit einzuräumen, die Arbeitsergebnisse auf dem Bautzen-Forum 2003 vorzustellen, gerne an. Nun mussten nur noch Schüler(innen) gewonnen werden, um unsere Idee umsetzen zu können.

Anfang Juli 2002 trafen wir bereits die ersten Absprachen. Sie basierten auf einer Projektskizze, die Vorschläge für mögliche Schüleraufträge enthielt. Den Schülern musste auch deutlich werden, dass sie nicht einfach bereits bekannte Fakten aus der Literatur zusammenstellen sollten. Angesichts des verschärften Datenschutzes in den Archiven – als Folge des Kohl-Urteils – konnten sie mit ihren Recherchen vor Ort tatsächlich einen spezifischen Beitrag zur Aufarbeitung dieses Kapitels der DDR-Geschichte leisten. Damals schlug ich drei Arbeitsfelder vor:

1. Interviews von Bautzener Einwohnern unterschiedlicher Altersgruppen nach ihren Kenntnissen bzw. Erinnerungen über den 17. Juni 1953 in ihrer Stadt. Das sollte als Ausgangspunkt dienen, um die Aussagen später mit den Ergebnissen der Schülerarbeit zu konfrontieren.
2. Spurensuche nach jenen inhaftierten Aufständischen aus Bautzen und Umgebung, die in den SED-Akten namentlich erwähnt

¹ Vgl. Heidi Roth: Projektarbeit von Schülern des Gymnasiums Augustum Görlitz zum „17. Juni 1953“, in: Informationen für den Geschichts- und Gemeinschaftskundelehrer, Heft 56/1998, S. 80f.

² Vgl. Heidi Roth: Der 17. Juni 1953 in Sachsen, Köln/Weimar/Wien 1999, S. 238-244.



wurden, deren weiteres Schicksal sich aber bis dato nicht klären ließ. Dabei handelte es sich einmal um Frauen und Männer, die am 17. und 18. Juni 1953 in Bautzener Betrieben einen Streik organisierten bzw. an einer abendlichen Kundgebung auf dem „Platz der Roten Armee“ teilnahmen und deswegen verhaftet wurden. Außerdem sollte das Schicksal jener sechs jungen Männer aus Birkau geklärt werden, die vorübergehend festgenommen worden waren. Auch von ihnen waren lediglich die Namen bekannt.

3. Spurensuche in den Bautzener Schulen im Zusammenhang mit der Verfolgung der Jungen Gemeinde im Vorfeld des 17. Juni 1953. Aus SED-Führungsdokumenten wissen wir lediglich, dass in Bautzen der Einfluss der Jungen Gemeinde auf die Jugend besonders groß gewesen sein soll. Aktenkundig überliefert ist auch, dass im Zusammenhang mit der Kampagne gegen die Junge Gemeinde zwei Lehrer der Schiller-Oberschule die Kündigung erhalten hatten und vier Schüler relegiert wurden.

Außerdem war angestrebt, nach Sachzeugnissen aus der damaligen Zeit, nach Plakaten, dem Ausnahmebefehl von Bautzen, Bildern von Personen und authentischen Orten (Betrieben, wichtigen Gebäude u. Ä.), Erlebnisberichten, Gerichtsurteilen, Zeitungsausschnitten u. Ä. zu suchen, um für die weitere Arbeit im Geschichtsunterricht Unterrichtsmaterialien bereitzustellen.

Bei der konkreten Planung des Schülerprojekts musste berücksich-

tigt werden, dass der 17. Juni 1953 im Geschichtsunterricht erst zu einem späteren Zeitpunkt behandelt wurde. Aus diesem Grunde begann die Projektarbeit für die interessierten Schüler mit einer gemeinsamen Veranstaltung in der Gedenkstätte Bautzen. Anfang November 2002 wurden Schüler(innen) der 10. Klassen der Mittelschule Doberschau von mir in die Thematik eingeführt. Inzwischen war Marion Karbe, Geschichtslehrerin und Leiterin der AG Schul- und Regionalgeschichte des Schiller-Gymnasiums Bautzen, zur Projektgruppe gestoßen. Im Nachhinein war diese Erweiterung der Projektgruppe eine ganz wichtige Entscheidung, weil natürlich im Rahmen einer Arbeitsgemeinschaft andere Möglichkeiten für Projektarbeit bestanden als im normalen Geschichtsunterricht einer Mittelschule. Auch die Zusammenarbeit von Schülern des Gymnasiums und der Mittelschule, besonders in der Endphase des Projekts wirksam, war für den Erfolg des Schülerprojektes ganz wichtig.

Neben der mündlichen Einführung in die Thematik „Der 17. Juni 1953“ stellte ich den beteiligten Lehrerinnen eine unveröffentlichte Studie „Der 17. Juni 1953 in Bautzen und seine Wechselwirkungen mit den Bautzener Haftanstalten“ (41 S.), die im Auftrag der Gedenkstätte Bautzen entstanden war, zur Verfügung. Anhand dieser Studie konnten die Projektbeteiligten auch nachvollziehen, welche Fragen, trotz intensiver Archivstudien, noch offen waren, und welchen Beitrag sie zur Klärung dieser Fragen leisten könnten.

Unser ursprüngliches Konzept musste im Verlaufe der Arbeit teilweise korrigiert werden, als sich beispielsweise herausstellte, dass die einschlägigen Unterlagen, die die Kampagne gegen die Junge Gemeinde an der damaligen Schiller-Oberschule dokumentieren und präzisieren konnten, nicht mehr vorhanden waren. In dieser Phase entschied Marion Karbe kurzfristig, sich mit anderen Problemen zu beschäftigen. Ihrer engagierten Arbeit ist es vor allem zu verdanken, dass das Projekt erfolgreich zu Ende gebracht und auf dem XIV. Bautzen-Forum wirkungsvoll präsentiert werden konnte.



Ilko-Sascha Kowalczyk

Der 17. Juni 1953 in den Akten der Staatssicherheit

Sehr geehrte Damen und Herren,

ehe ich mich meinem Thema zuwende, möchte ich Ihnen herzliche Grüße von der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Frau Marianne Birthler, ausrichten. Leider war es ihr wegen eines anderen Termins – sie

eröffnet die Wanderausstellung „Staatssicherheit – Garant der SED-Diktatur“ der Behörde in Krefeld – nicht möglich, in diesem Jahr am Bautzen-Forum teilzunehmen. Wie die meisten von Ihnen gewiss wissen, liegt die mittlerweile traditionsreiche Veranstaltung „Bautzen-Forum“ Frau Birthler persönlich besonders am Herzen. Hat sich doch das „Bautzen-Forum“ als ein Ort herauskristallisiert, an dem Widerständler und Oppositionelle, Opfer, Wissenschaftler und Multiplikatoren der historisch-politischen Bildung buchstäblich ein gemeinsames Forum gefunden haben, das aus der Aufarbeitungslandschaft kaum mehr wegzudenken ist. Zu dieser Landschaft gehören aber nicht nur Veranstaltungsreihen, Aufarbeitungsinitiativen und wissenschaftliche Forschungseinrichtungen, sondern im speziellen Fall auch die Behörde der Bundesbeauftragten. Im Rahmen dieser Veranstaltung ist es wohl kaum notwendig, auf den speziellen Beitrag dieser Behörde näher einzugehen. Es sei aber daran erinnert, dass unter dem Dach dieser Behörde die Abteilung „Bildung und Forschung“ beheimatet ist, deren vordringlichste Aufgabe darin besteht, die Öffentlichkeit über die Geschichte und Wirkungsweise des Ministeriums für Staatssicherheit zu informieren. Dabei kann es nicht nur um die reine Institutionengeschichte des MfS gehen, sondern ebenso um die Wirkungen des „Schildes und Schwertes“ der führenden Partei, der SED. Im Prinzip steht für uns als wissenschaftliche Mitarbeiter dieser Abteilung die Aufgabe, die Geschichte des Kommunismus an der Macht zu erforschen und diese insbesondere unter der Perspektive von Einfluss, Absichten und Wirkungen des MfS zu untersuchen. Dass wir dabei die Geschichte der DDR nicht allein und isoliert auf der Grundlage von MfS-Akten schreiben, versteht sich von selbst. Nur im Ensemble mit anderen Überlieferungen und unter Einschluss von Zeitzeugenerfahrungen kann es gelingen, wissenschaftlich abgesicherte und für die Forschung und politische Bildung verwertbare Ergebnisse zu publizieren.

Seit längerer Zeit bilden Ursachen, Geschichte und Folgen des Volksaufstandes in der DDR einen Forschungsschwerpunkt in der Behörde der Bundesbeauftragten. Viele Vorträge und Veranstaltungen, darunter eine große internationale Konferenz vom 11. bis 13. Juni 2003 in Berlin sowie ein gemeinsam mit dem Berliner Abgeordnetenhaus und der Hamburger Körber-Stiftung organisierter Festakt am 11. Juni 2003 in Berlin, sowie Dutzende Publikationen zeugen von diesen Aktivitäten. Ich darf in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass bei der BStU allein vier

Bücher zum Volksaufstand in diesen Wochen publiziert werden bzw. bereits veröffentlicht worden sind. An einem fünften, einer Quellenedition von Burghard Ciesla (Hg.): Freiheit wollen wir. Der 17. Juni 1953 in Brandenburg. Ch. Links Verlag Berlin 2003 – war die BStU, Außenstelle Potsdam als Kooperationspartner beteiligt. Bei den anderen Büchern, alle verlegt im Temmen-Verlag Bremen, handelt es sich um:

1. Hans-Peter Löhn: Spitzbart, Bauch und Brille – sind nicht des Volkes Wille! Der Volksaufstand am 17. Juni in Halle an der Saale. Bremen 2003

In diesem Buch rekonstruiert der Autor anschaulich und minuziös die Vorgänge in der Stadt an der Saale. Zu kaum einer anderen Stadt existiert bisher ein so dichtes Bild über die Vorgänge. Löhn zeigt plastisch, wie sich der Aufstand von Arbeitern in Ammendorf geradezu rasend schnell in einen Volksaufstand, ja, in eine – der Autor benutzt das Wort nicht – Revolution innerhalb weniger Stunden verwandelte.

2. Karl Wilhelm Fricke/Roger Engelmann: Der „Tag X“ und die Staatssicherheit. 17. Juni 1953 – Reaktionen und Konsequenzen im DDR-Machtapparat. Bremen 2003

Die beiden einschlägig ausgewiesenen Wissenschaftler und Publizisten – Karl Wilhelm Fricke ist überdies Zeitzeuge – rekonstruieren das Verhalten und die Tätigkeit des MfS am 17. Juni und in den Monaten danach. Sie können auf der Grundlage neuer Aktenfunde zeigen, dass das MfS, entgegen seit Jahrzehnten kursierenden Auffassungen, am 17. Juni nicht vollständig versagte, sondern in erstaunlicher Schnelligkeit lernte und entscheidend dazu beitrug, den Aufstand niederzuschlagen und eine Neuauflage zu verhindern. Außerdem arbeiten sie heraus, dass die verordnete Interpretation des Geschehens als „faschistischem Putsch“ bei den MfS-Mitarbeitern Wahrnehmungsblockaden beförderte. Obwohl die Staatssicherheit über unzählige Befunde verfügte, die der offiziellen Interpretation der Ereignisse zuwiderliefen, hielt sie aus ideologischen Gründen an der Deutung als „faschistischer Putsch“ fest und interpretierte demzufolge vorliegende Erkenntnisse falsch und suchte zwanghaft, aber erfolglos nach den Westverbindungen und dem westlichen Einfluss auf die Geschehnisse.

3. Bernd Eisenfeld/Ilko-Sascha Kowalczyk/Ehrhart Neubert: Die

verdrängte Revolution. Der Platz des 17. Juni 1953 in der deutschen Geschichte. Bremen 2003.

In diesem Buch, das noch erscheinen wird, diskutieren die Autoren die Folgen des 17. Juni für die gesamte deutsche Gesellschaft. Dabei richten sie ihr Augenmerk sowohl auf die Bundesrepublik Deutschland wie auch auf die DDR. Sie fragen nach der geschichtspolitischen Bedeutung des Aufstands: Wie wurde in Ost und West von 1953 bis zur Gegenwart mit dem 17. Juni umgegangen? Welchen Stellenwert hatte der 17. Juni für die Opposition und für widerständiges Verhalten in der DDR? Wo reiht sich der 17. Juni im deutschen und europäischen Geschichtskonzert ein? Wie ist der 17. Juni literarisch verarbeitet worden, welche Deutungsmuster existierten und existieren? Diesen und vielen weiteren Fragen geht der Band nach. Sein Ziel ist es, dabei mitzuhelfen, dem 17. Juni einen festen Platz im Erinnerungsdiskurs der Deutschen und der Europäer zu verschaffen.

4. Ilko-Sascha Kowalczuk: 17. Juni 1953 – Volksaufstand in der DDR. Ursachen – Abläufe – Folgen. Bremen 2003.

Dieses Buch bildet einen Versuch, den Volksaufstand in seiner Gesamtheit darzustellen. Es geht dabei sowohl um die Ursachen, das Aufstandsgeschehen selbst wie auch um die kurzfristigen und langfristigen Folgen. Es ist reich bebildert und schöpft sowohl aus den Quellen, wie es auch auf der vorhandenen Forschungsliteratur und Erinnerungsberichten aufbaut. Dieses Buch will nicht den Eindruck vermitteln, als hätte es davor publizistisch und wissenschaftlich bezogen auf den 17. Juni nur eine Leerstelle gegeben. Ich sage das an dieser Stelle deshalb, weil in den letzten Wochen zwei, drei, vier Bücher erschienen sind, die genau diesen Eindruck vermitteln möchten. Dieser Band, der für meine folgenden Ausführungen die Grundlage bildet, fußt auf Arbeiten und Recherchen, die in den letzten fünfzig Jahren erfolgten. Es sei mir an dieser Stelle gestattet, darauf hinzuweisen, dass die aus so unterschiedlichen Jahren stammenden Bücher und Studien von Klaus Harpprecht (Pseudonym: Stefan Brant), Arno Scholz, Joachim G. Leithäuser, Arnulf Baring, Gerhard Beier, Torsten Diedrich, Karl Wilhelm Fricke, Manfred Hagen, Rainer Hildebrandt, Armin Mitter, Christian F. Ostermann, Heidi Roth, Falco Werkentin und anderen geradezu unverzichtbar sind, wenn man sich mit dem „17. Juni 1953“ beschäftigen will. Zugleich sei mir der Hinweis erlaubt, dass ich mich selbst seit 1990, also seitdem die Archive der DDR

dies erlaubten, mit dem „17. Juni“ beschäftigt. Insofern bildet dieser Band eine Art Bilanz eigener Forschungen, wie er auch die gesamte Forschungsliteratur einbezieht und berücksichtigt.

Diese Vorrede war notwendig, um so zu verdeutlichen, warum der Titel meines Vortrages im Prinzip Erwartungen weckt, die kaum erfüllbar sind. In der wissenschaftlichen Arbeit über ein gesellschaftliches Ereignis lässt sich nicht klar bestimmen, ob einer Überlieferung eine dominante Rolle zukommt. Den Forscher interessiert das in der Regel überhaupt nicht. Ihm geht es um Erkenntnisziele und Fragen, für die er die Quellen heranzieht, die aus seiner Sicht substantiell sind. Wenn ich im folgenden dennoch versuche, den speziellen Wert der MfS-Akten für die Erforschung und Darstellung des Volksaufstandes im Juni 1953 zu bestimmen, so geschieht dies letztlich vor dem Hintergrund der Debatte, welchen historischen und wissenschaftlichen Aussagewert so genannte Herrschaftsakten eigentlich besitzen.

Ich beginne mit einem konkreten und zugleich außergewöhnlichen Beispiel. Durch glückliche historische Umstände ist ein etwa 80-minütiger Mitschnitt von einer Belegschaftsversammlung aus einem Betrieb in Wernigerode in den MfS-Archiven überliefert. Das ist kein MfS-Dokument, sondern eine im MfS-Archiv überlieferte Quelle. Soweit ich das einschätzen kann, stellt diese Überlieferung eine einmalige dar und ist bislang auch weithin unbekannt. Ehe ich Ihnen einen knapp dreiminütigen Ausschnitt vorspiele – die gesamte Versammlung ist nachhörbar auf einer CD, die meinem erwähnten Buch beigelegt ist – seien mir kurze Vorbemerkungen zum Verständnis gestattet.

In der am Nordrand des Harzes in Sachsen-Anhalt gelegenen Kreisstadt Wernigerode wohnten 1953 etwa 33.000 Menschen. Anfang der 1950er-Jahre war die Stadt industriell u. a. vom Füllhalterwerk „Heiko“, dem Arzneimittelhersteller „Ysat“, der Hasseröder Bierbrauerei sowie Betrieben des Fahrzeugbaus, der Möbelherstellung und der Schokoladenherstellung geprägt. Als eine der wichtigsten Fabriken nahm das Elektromotorenwerk (ELMO) einen zentralen Platz in der Stadt ein. 1953 arbeiteten in dem am 31. Januar 1947 gegründeten Werk etwa 2.500 Beschäftigte.

In Wernigerode kam es am 16. und 17. Juni zu heftigen Diskussionen und Unruhen. Demonstrationen und Streiks blieben aber noch weitgehend aus. Erst am Morgen des 18. Juni entbrannten unter dem Eindruck der Ereignisse in Berlin und Magdeburg Streiks in den wichtigsten Betrieben der Harzstadt. Dass „der“ 17.

Juni in Wernigerode erst am 18. Juni stattfand, war für viele Regionen in Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen geradezu typisch. Das ELMO war in Wernigerode eines der Zentren dieser Bewegung.

Am 17. Juni hatte ein neuer Werkleiter die Verantwortung für den Betrieb übernommen. Um die Unruhe in der Belegschaft zu kanalisieren, berief der Werkleiter für 7.30 Uhr am 18. Juni eine Belegschaftsversammlung ein. Er wollte verhindern, dass die Arbeiter ihre Ankündigung wahr machten und auf den Straßen Wernigerodes demonstrierten. Das gesamte Werk befand sich mittlerweile im Ausstand. Über den Betriebsfunk gaben Sprecher bekannt, wo die Versammlung stattfand und warnten zugleich davor, auf der Straße zu demonstrieren.

Kurz nach Beginn der Belegschaftsversammlung marschierte eine etwa vierzigköpfige Gruppe von Arbeitern des ELMO-Werks in den Versammlungssaal ein. Die Gruppe führte ein Schild mit sich. Darauf stand: „Wir Arbeiter des Elektromotoren-Werkes Wernigerode erklären uns mit den Arbeitern Berlins solidarisch“. Die Belegschaft begrüßte die Gruppe mit tosendem Beifall. Ursprünglich war vorgesehen, mit diesem Schild auf den Straßen zu demonstrieren. Nun nahm die Gruppe zunächst an der Versammlung teil. Zuvor hatten sie sich bereits mit Arbeitern anderer Betriebe Wernigerodes verständigt sowie Kontakt mit Belegschaften umliegender Städte wie Ilsenburg aufgenommen. Sie planten einen etwa 20 Kilometer langen Marsch zur innerdeutschen Grenze nach Bad Harzburg. Die Arbeiter wollten die Grenzbefestigungen gemeinsam mit anderen streikenden Arbeitern aus der Region beseitigen. Dazu kam es jedoch nicht.

Als die Arbeiter in den Saal einmarschierten, sprach gerade der Betriebsdirektor. Nach dessen kurzer Ansprache ergriff ein Arbeiter aus der erwähnten Gruppe das Wort und führte aus: (Tonbandmitschnitt, 2:47)

„Liebe Kolleginnen und Kollegen,
die Wickelei hat einen Beschluss gefasst, und ich bitte nachher um Zustimmung oder Ablehnung des Beschlusses der Wickelei. Ich lese den Beschluss hiermit vor:

Beschluss:

Die Belegschaft des ELMO-Werks erklärt sich solidarisch mit den Arbeitern Berlins und fordert Rechenschaft über die Schüsse und Opfer von Berlin und den anderen Städten. (Jubel und tosender Beifall)

Wir fordern folgende Punkte:

1. Freie und geheime Wahlen in ganz Deutschland. (lang anhaltender, tosender Beifall und Jubel)
2. Aufhebung der Zonengrenzen und Abschluss eines Friedensvertrages mit ganz Deutschland. (lang anhaltender, tosender Beifall und Jubel)

Einen Zusatz zu unseren Forderungen: Sollten sich durch unsere Arbeitsniederlegungen Verhaftungen oder Repressalien ergeben, ruht die Arbeit so lange, bis die Kollegen wieder in Freiheit sind. (lang anhaltender, tosender Beifall und Jubel)

Das ist der Wille der Belegschaft der Wickelei und an euerm Beifall merk' ich, dass es der Wille der ganzen Belegschaft des Elektromotorenwerkes ist." (Beifall)

Die Belegschaftsversammlung legt ein beredtes Zeugnis von den hitzigen Debatten, den Emotionen und den Forderungen der Arbeiter ab. Mitten in die Versammlung hinein kam die Nachricht, dass auch über Wernigerode der Ausnahmezustand verhängt worden war. Eine Demonstration auf den Straßen war unmöglich geworden. Als die Arbeiter nach der Versammlung das Karl-Marx-Haus, den Versammlungsort, verließen, mussten sie zur Kenntnis nehmen, dass ihr Werk mittlerweile von sowjetischen Armeeeinheiten umstellt worden war. Die Soldaten harreten mehrere Tage vor und in dem Werk mit schwerem Gerät aus.

Das Tondokument veranschaulicht, dass die Hauptforderungen der Aufständischen politische waren: Rücktritt der Regierung, freie und geheime Wahlen, Aufhebung der Zonengrenzen, Entlassung politischer Häftlinge. Noch einen Tag später, am 19. Juni 1953, kam es zur Bildung einer Streikleitung. Andere Betriebe Wernigerodes traten sogar erst nun aus Solidarität in den Ausstand.

Nach der Belegschaftsversammlung fand ein Gespräch der Werkleitung mit einer vierköpfigen Arbeiterdelegation statt. Man vereinbarte, dass im Auftrag der Belegschaftsversammlung noch am selben Tag die aufgestellten Forderungen an die DDR-Regierung übermittelt würden. Konkret hieß es dazu im Verlaufsprotokoll dieser Besprechung: „1. Freie und Geheime Wahlen in ganz Deutschland; 2. Aufhebung der Zonengrenzen und Abschluss eines Friedensvertrages mit ganz Deutschland; 3. Belegschaft fordert: die Fortsetzung der Politik zur Ergreifung von Maßnahmen, die der ständigen Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung dienen und die seit ca. 1,5 Jahren unterbrochen ist; 4. Belegschaft



bittet die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, soweit sie in der Lage ist, unter Berücksichtigung der bestehenden internationalen Vereinbarungen, um Aufklärung in der Frage der Kriegsgefangenen und Internierten in der SU.“ Außerdem wollte man ankündigen, nach eventuellen Verhaftungen oder anderen Repressalien wegen dieser Arbeitsniederlegung, so lange zu streiken, bis die Kollegen aus der Haft freigelassen seien.

Ob ein solcher Brief an die DDR-Regierung geschrieben und abgeschickt worden ist, ließ sich bisher nicht rekonstruieren. Es ist aber eher unwahrscheinlich, da die auf der Belegschaftsversammlung gebildete vierköpfige Delegation von sowjetischen Dienststellen komplett festgenommen wurde. So ging die Besatzungsmacht auch gegen andere Aktivisten der Streikbewegung in Wernigerode, etwa im Postamt und in der Papierfabrik, vor. Die von sowjetischen Einsatzgruppen Verhafteten wurden alle dem MfS überstellt. Im ELMO-Werk kam es am 18. Juni zu weiteren Verhaftungen. Bis Anfang Juli waren alle Festgenommenen wieder frei, weil man ihnen nicht nachweisen konnte, dass sie zur Eskalation der Ereignisse beigetragen hatten. Tatsächlich befanden sich unter den Festgenommenen auch Personen, die die Bewegung eher eindämpfen wollten, als dass ihnen an einer Verschärfung der Auseinandersetzungen gelegen war.

Der Streik zog sich bis zum Samstag, den 20. Juni, hin. Mittags gin-

gen die Kollegen nach Hause. Am Montag arbeitete der Betrieb wieder weitgehend regulär.

Als am Sonntag, den 21. Juni, die SED-Führung zu einer ZK-Sitzung zusammenkam, fragte Erich Mielke mit Blick auf das ELMO-Werk Wernigerode: „Warum sind dort die Arbeiter unzufrieden?“ Er gab gleich selbst die – etwas unbefriedigende – Antwort: „Man findet dafür keine Erklärung.“ Mielke irrte. Auch in Wernigerode war dafür die Politik der SED, das konkrete und für viele Menschen leidvolle Machtgebaren der herrschenden Kommunisten seit 1945, verantwortlich.

Im Dezember 1953 kritisierte das MfS nach einer Analyse der MfS-Kreisdienststelle Wernigerode, dass aus dem ELMO-Werk kein „Rädelsführer“ vom MfS bearbeitet worden sei. Sechs wichtige Streikführer waren im Sommer in die Bundesrepublik geflüchtet, um sich einer drohenden Verhaftung zu entziehen. Obwohl weitere Personen als Aktivisten bekannt waren, verharrten die MfS-Mitarbeiter in Wernigerode in Passivität. Nunmehr Ende 1953 aufgefordert, die „Rädelsführer“ endlich zu überführen, mussten sie feststellen, dass die wichtigsten Protagonisten des Streiks längst geflüchtet waren.

Die kurzen Ausführungen zu dem Beispiel Wernigerode sollten andeuten, dass die Akten des MfS – im Verbund mit anderen Überlieferungen – den Forscher in die Lage versetzen, die genauen Abläufe und Folgen zu rekonstruieren.

Insgesamt ist freilich zu konstatieren, dass die Geschichte des Volksaufstandes im Juni 1953 als relativ gut erforscht angesehen werden kann, ein Befund, der sich nach Dutzenden neueren Publikationen in diesem Jahr nur noch erhärten sollte. Schon die ersten Darstellungen über den Aufstand von Harpprecht, Leithäuser und Scholz – alle aus dem Jahre 1954 – beschrieben den Aufstand dicht, plastisch und vor allem nicht auf Ost-Berlin und einige andere Großstädte beschränkt. 50 Jahre später und 13 Jahre nach der Öffnung der Archive verfügen wir zwar über neue Erkenntnisse und auch Interpretationsvarianten, aber prinzipiell sind die Bücher der genannten Autoren noch immer als aktuell anzusehen. Das spricht nicht gegen die aktuelle Forschung, sondern in einem hohen Maße für die Autoren, deren Darstellungen wesentlich auf Zeitzeugenbefragungen basierten.

Heute wissen wir, dass der Aufstand noch breiter ausfiel, als viele Jahrzehnte angenommen worden ist. Erst durch die Auswertung von vielfältigen Aktenüberlieferungen konnte nachgewiesen wer-

den, dass der Volksaufstand über 700 Städte und Gemeinden erfasste, über 1 Million Menschen beteiligt waren, es in über 1 000 Betrieben zu Streiks kam und über 250 öffentliche Gebäude erstürmt worden sind. Darunter befanden sich fünf MfS-Kreisdienststellen (Niesky, Görlitz, Bitterfeld, Jena, Merseburg), zwei SED-Bezirksleitungen (Halle, Magdeburg), eine VP-Bezirksdirektion sowie jeweils Dutzende SED- und FDGB-Gebäude, VP-Reviere, Kreisratsämter, Gemeinderäte und andere öffentliche Gebäude. Vor mindestens 22 Gefängnissen versammelten sich Demonstranten zwischen dem 17. und 20. Juni mit dem Ziel, die politischen Häftlinge zu befreien. Aus zwölf Haftanstalten sind knapp 1 400 Häftlinge befreit worden, von denen bis Ende des Monats über 1 200 wieder eingesperrt waren. Die anderen konnten in den Westen flüchten.

Wenn man nun konkret fragt, welche Bedeutung in der Erforschung des Volksaufstandes von 1953 den Akten des MfS zukommt, so fallen folgende Punkte ins Gewicht:

1. Wie wir wissen, begann die unmittelbare Vorgeschichte des Volksaufstands mit der Sozialismus-Proklamation durch die SED-Führung in Absprache mit der Moskauer Führung auf der 2. SED-Parteikonferenz im Juli 1952. Infolge dieser Konferenz verschärfte sich rasant der soziale Vernichtungsfeldzug gegen Selbstständige, gegen die freie Bauernschaft, gegen bürgerliche Mittelschichten und gegen die Kirchen. Millionen waren davon betroffen. Die einseitige Orientierung auf den Ausbau der Schwer- und Hüttenindustrie sowie der Energiewirtschaft zulasten der Verbrauchs- und Konsumgüterindustrie ließ das Lebensniveau in der DDR geradezu dramatisch absinken. Das Durchschnittseinkommen betrug 308 Mark, zur gleichen Zeit musste man in der HO 20 Mark für ein Kilogramm Butter bezahlen. Millionen aber waren auf die HO angewiesen, weil ihnen der Staat aus politisch-sozialen Gründen die Lebensmittelkarten entzogen hatte.

Für die Versorgungsprobleme machte die SED-Führung nicht die eigene Politik verantwortlich, sondern schob dafür die Verantwortung einer sich angeblich stetig steigenden Sabotage- und Agententätigkeit zu. Eine Folge war, dass Zehntausende unter fadenscheinigen Gründen in Zuchthäusern verschwanden. Für geringfügige Vergehen sind hohe Zuchthausstrafen ausgesprochen worden. Politisch wurde damit bezweckt, der Bevölkerung, wie es hieß, eine „sozialistische Eigentumsmoral“ beizubringen, und

zugleich diene diese strafrechtliche Praxis dazu, private Unternehmen zu enteignen und private Landwirtschaftsbetriebe der Kollektivierung zuzuführen.

Wie unmenschlich die Gerichte dabei zum Teil vorgingen, zeigt der folgende Ausschnitt aus einem Urteilsspruch des Kreisgerichtes Greifswald vom 24. Februar 1953. Ein Fuhrunternehmer erhielt ein Jahr Zuchthaus wegen Diebstahls. In der Begründung hieß es u. a.: „Am 27. 1. 1953 hatte der Angeklagte mit seinem Fuhrwerk [...] Spirituosen in der Stadt Greifswald auszufahren und dabei auch HO-Verkaufsstellen zu beliefern. Gegen 10.30 Uhr befand er sich in der HO-Verkaufsstelle Steinstraße. Er hatte zusammen mit seinem Begleiter eine mit Spirituosen gefüllte Kiste in die Verkaufsstelle hineingetragen und befand sich mit der leeren Kiste auf dem Rückwege, als er in dem Lagerraum eine Reihe von Mettwürsten hängen sah. Ohne große Überlegung riss er kurz entschlossen eine Mettwurst herunter, steckte sie in seine Joppe und legte sie draußen auf seinem Fuhrwerk in einen Karton. [...] Wenig später wurde der Diebstahl von einer HO-Verkäuferin bemerkt, der Angeklagte [...] zur Rede gestellt und die Tat von ihm sofort zugegeben. Die Wurst wurde sofort an die HO zurückgegeben. Als Motiv gab der Angeklagte an, er habe beim Anblick der vielen Mettwürste an die zu Hause herrschende Notlage gedacht. Von seinen 7 Kindern seien noch 6 zu Hause [...] Sein monatliches Einkommen betrage nur 220,- bis 250,- DM netto. Seine Kinder müssten zu Abend oft Marmeladestullen essen ...“ Der Richter hatte kein Mitleid. Politisch-ideologisch war die Aburteilung als Abschreckungsmaßnahme ohne Rücksicht auf die individuellen Lebensumstände vorgesehen. Der Mann büßte ein Jahr im Zuchthaus.

Mit Hilfe der Akten des MfS lässt sich die Vorgeschichte des Volksaufstands nicht nur detailliert erforschen, sondern zugleich plastisch beschreiben. Sie verdeutlichen, in welchem hohen Maße die Bevölkerung unter den Anmaßungen der Diktatur litt und über wie wenig Rückhalt die SED-Führung zu diesem Zeitpunkt in der Gesellschaft verfügte. Diese Akten zeigen zudem, dass Arbeitskämpfe in den Betrieben – erinnert sei an die große Streikbewegung im Dezember 1952 – und der Widerstand der Bauern gegen die Kollektivierung schon lange vor dem 17. Juni zu charakteristischen Kennzeichen der gesellschaftlichen Situation wurden. Und die in den MfS-Archiven überlieferten Unterlagen des MfS und der Justiz zeigen zudem, in welchem hohen Maße die strafrechtli-

che Praxis als zielgerichtetes politisches Mittel eingesetzt worden ist, um die Gesellschaft kommunistisch zu formen, sie stillzulegen.

2. Nach der Verkündung des „Neuen Kurses“ am 9. Juni 1953 durch das SED-Politbüro – angeordnet durch die Moskauer Führung – kam es bis einschließlich 16. Juni zu einer sich rasch beschleunigenden offenen Krise in der Gesellschaft. Nach dem Eingeständnis der SED-Führung, Fehler gemacht zu haben und diese nun korrigieren zu wollen, schöpften Millionen Hoffnung und Zuversicht, die kommunistische Diktatur, die geschwächt und entblößt erschien, überwinden zu können. Man wusste nun, dass die individuelle Erfahrung für den Zustand der Gesellschaft geradezu charakteristisch war. Das zeigte sich unter anderem in einer Zunahme von Streiks und Demonstrationen. Dutzende Dörfer feierten überdies bereits die Abdankung der Herrschenden, die Menschen zogen mit schwarz-rot-goldenen Fahnen durch die Dörfer und sangen die dritte Strophe des „Deutschlandliedes“. Man trank – etwas verfrüht – auf das Wohl von Konrad Adenauer, der gerade in ländlichen Regionen als die Symbolfigur für Freiheit und Demokratie stand. In mehreren Städten versammelten sich Menschen vor den Gefängnissen – so in Brandenburg, Halle, Leipzig, Weimar, Stralsund oder Neuruppin – und verlangten, dass die politischen Häftlinge freigelassen werden sollten. Die Justizangestellten waren völlig überfordert von dieser Situation, ihnen fehlten es an klaren Anweisungen, was zu tun sei, und so kam es tatsächlich in mehreren Städten zur spontanen Freilassung von Häftlingen. Das wiederum bestärkte die Menschen in ihrer Meinung, dass das System am Ende sei und das Kommuniqué vom 9. Juni letztlich einer Bankrotterklärung der SED-Führung gleichkam.

Die Streiks in vielen Betrieben nahmen zudem einen explizit politischen Charakter an. Abgesehen von der Tatsache, dass im so genannten „Arbeiter-und-Bauern-Staat“ jeder Streik in der Perspektive der herrschenden Kommunisten ein Politikum darstellte, formulierten die Arbeiter nach dem 9. Juni unmissverständlich politische Forderungen. Am 16. Juni fand zum Beispiel eine Belegschaftsversammlung im RAW „Einheit“ Engelsdorf (Leipzig-Land) statt, „wo die Arbeiter und Angestellten in einer Resolution den Rücktritt der Regierung, die Durchführung geheimer Wahlen und die Freilassung aller politischen Häftlinge forderten.“ Eine Delegation, der auch der Werkleiter und der BGL-Vorsitzende angehörten, überreichte diese Resolution der SED-Kreisleitung Leipzig-

Land: „Sie stellten die obligatorische Forderung, diese Resolution sofort im Rundfunk zu verlesen, anderenfalls mit dem Streik begonnen würde“. Die in dieser Belegschaftsversammlung beschlossene Resolution zeigt, dass es keiner westlichen Mentoren bedurfte, um politische Forderungen in den Betrieben aufzustellen. Zugleich zeigt dieses Beispiel, dass die so genannte Normenfrage – die abermalige Erhöhung der Normen zum 30. Juni ist am Morgen des 16. Juni zurückgenommen worden – in diesen Tagen nur noch eine untergeordnete Rolle spielte. Der Aufstand verfolgte von Beginn an politische Ziele. Die Normenfrage spielte vor allem im RIAS eine Rolle, was letztlich zu einer jahrzehntelangen interpretatorischen Dominanz der Normen führte, die es aber realhistorisch – insbesondere außerhalb Ost-Berlins – so nicht gegeben hatte. Sozialpolitische Forderungen zählten natürlich zu den massenhaft erhobenen, aber im Kern standen politische im Zentrum. Es ging nicht um partielle Fragen wie Normen, sondern um grundlegende wie Freiheit, Demokratie und Einheit.

3. Unser Wissen über die genauen Abläufe des Aufstands in über 700 Städten und Gemeinden hat sich durch die Quellenzugänge seit 1990 erheblich verbessert. Den MfS-Akten kommt dabei insbesondere deshalb eine besondere Funktion zu, weil sie es ermöglichen, die individuellen Beweggründe zu erforschen, die zur aktiven Teilnahme am Volksaufstand führten. Außerdem gestatten sie Einblicke, wie SED, Polizei und MfS reagierten, wie sie sich vorbereiteten bzw. wie sie es gerade nicht taten. Dabei zeigt sich, dass die Kopfflosigkeit in den Berliner Zentralen teilweise dazu führte, dass noch am Vormittag des 17. Juni die Funktionäre in vielen Städten und Gemeinden völlig überrascht worden sind von den Streiks und Demonstrationen, während wiederum in anderen Ortschaften die Funktionäre erfolgreich versuchten, die Bewegung bereits im Keim zu ersticken bzw. politisch zu kanalisieren. Gerade dort, wo FDGB- oder SED-Funktionäre zum Beispiel an der Formulierung von Resolutionen und Forderungskatalogen beteiligt waren, ist der politischen Brisanz oftmals die Spitze abgebrochen worden.

4. Aber nicht nur für die präzise und vor allem anschauliche Rekonstruktion der Abläufe sind gerade die MfS-Akten kaum ersetzbar, ebenso bedeutungsvoll sind sie für die Folgen, die der Volksaufstand nach sich zog. An erster Stelle ist in diesem

Zusammenhang die strafrechtliche Aufarbeitung durch das SED-Regime zu nennen. Aus diesen Akten können wir heute relativ genau belegen, dass es zu etwa 13 000 bis 15 000 Festnahmen kam, dass etwa 1 800 Urteile von DDR-Gerichten gefällt worden sind – das letzte übrigens am 6. September 1955 – und dass nochmals etwa 500 bis 750 Männer und Frauen – die Zahl ist aber geschätzt – von sowjetischen Militärtribunalen verurteilt worden sind. Die Akten belegen, dass es zwar den Versuch gab, die strafrechtliche Ahndung zu koordinieren, aber sie zeigen auch, dass die strafrechtliche Praxis eher unsystematisch und zufällig erfolgte.

Die ermittelnden Instanzen waren darauf fixiert, westliche Hintermänner und Drahtzieher zu ermitteln. Das gelang ihnen nicht, wie auch das MfS immer wieder intern bestätigen musste. Gleichwohl spielten ideologisch vorgegebene Begründungen, wonach der Angeklagte im Auftrag westlicher Mächte gehandelt habe, immer wieder eine herausgehobene Rolle.

Am 22. Juni fanden die erste Prozesse in fast allen Bezirken statt. Im ersten Schauprozess vor dem Ostberliner Stadtgericht unter Leitung von Götz Berger – der später übrigens, nachdem auch er die stalinistischen Pfade verlassen hatte, Robert Havemann verteidigte – erhielt der Westberliner Student der Volkswirtschaftslehre und Politikwissenschaft Wolfgang Gottschling sechs Jahre Zuchthaus „wegen Rädelführerschaft“. Er war Mitglied der FDP, die in einem Vermerk der Polizei vom 20. Juni 1953 als „profaschistisch“ eingeschätzt worden ist. Gottschling war am Nachmittag des 17. Juni vor einem VP-Revier unter Anwendung von Gewalt durch VP- und MfS-Kräfte festgenommen worden. Er bestritt entschieden, an den Unruhen aktiv beteiligt gewesen zu sein. Wolfgang Gottschling befand sich auf dem Weg zu seiner Cousine. Im Radio ist ein Prozessbericht gesendet worden, Justizminister Fechner nahm am Prozess als Beobachter teil und im „Neuen Deutschland“ publizierte am 23. Juni 1953 Karl Eduard von Schnitzler – der im Prozess sogar als „Zeuge“ der Anklage auftrat – einen Beitrag über den Prozessverlauf. Die Vorwürfe gegen Gottschling waren konstruiert – er soll Polizisten beleidigt und zum Aufruhr aufgerufen haben – und haltlos. Das scherte die SED und ihre Justizorgane aber nicht. Sie benötigten einen Schauprozess, in dem die Rolle von West-Berlinern herausgestellt werden und der zugleich als Richtlinie für die Justiz in der gesamten DDR dienen sollte.

Der Rechtsanwalt Friedrich Wolff, der Wolfgang Gottschling

mutig verteidigte, Berufung einlegte und letztlich nicht unerheblich zur vorzeitigen Entlassung beitrug, bekannte später über diesen Prozess: „Andererseits ahnten wir wohl beide nicht, welche Bedeutung dem Verfahren beigemessen werden würde.“ Im Juni 1956 kam Wolfgang Gottschling vorzeitig frei.

Insgesamt fällt die strafpolitische Bilanz ambivalent aus. Einerseits fällten die Gerichte eine Reihe hoher Haftstrafen, hinzu kamen zwei vollstreckte Todesurteile sowie die 18 standrechtlichen Erschießungen. Andererseits jedoch blieb die gesamte strafrechtliche Abrechnung verglichen mit der sonstigen Strafpraxis quantitativ verhältnismäßig milde. Nicht nur, dass angesichts der Tatsache, dass das System existenziell bedroht war und vor dem Zusammenbruch stand, die Zahl der insgesamt Verurteilten relativ gering ausfiel, auch die Strafmaße blieben angesichts des Ereignisses und der strafrechtlichen Praxis vor dem 17. Juni durchschnittlich relativ gering. Weit mehr als die Hälfte der Angeklagten erhielt Haftstrafen von weniger als drei Jahren. Tausende kamen ohne Prozess frei.

5. Gerade die Akten des MfS belegen, dass der Volksaufstand spontan, unorganisiert und weitgehend führerlos ausbrach. Von einer Mithilfe des Westens konnte nicht einmal ansatzweise die Rede sein. Dem MfS lagen übrigens seit 1954 westdeutsche Geheimdienstpapiere vor, die zum Ausdruck brachten, dass der Aufstand auch die westlichen Geheimdienste völlig überrascht hatte, dass die westlichen Organisatoren jeglichen Kontakt zu ihren Agenten und Kontaktpersonen im Osten am 17. Juni 1953 verloren hatten und dass sowohl der Verfassungsschutz wie auch der Gehlen-Dienst davon ausgingen – noch am 20. Juni 1953 –, dass der Aufstand von den östlichen Machthabern „inszeniert“ worden sei, um dem Kommunismus in ganz Deutschland zum Sieg zu verhelfen. Im Prinzip hatten die westlichen Geheimdienste versagt und versuchten nun, ihr Versagen durch abenteuerliche Konstruktionen zu verschleiern.

6. Schließlich belegen die MfS-Akten, in welchem Maße die Machthaber durch den Volksaufstand traumatisiert worden sind. Spätestens seit Juni 1953 wussten sie, dass ihr ärgster Feind im eigenen Land stand: die Bevölkerung. Ihnen ist aber auch bewusst geworden, dass sich allein durch Terror und Unterdrückung eine Gesellschaft nicht dauerhaft lenken und leiten lässt. Insofern, so eine ihrer Lehren, käme es in Zukunft stärker darauf an, neben

der Peitsche auch Zuckerbrote als politische Instrumentarien einzusetzen. Zugleich intensivierte die Macht nach der erfolgreichen Niederschlagung des Aufstands durch sowjetische Truppen im Verbund mit KVP- und MfS-Einheiten den Ausbau ihres Macht- und Disziplinierungsapparates, der nach dem „17. Juni“ die gesamte Gesellschaft immer mehr beherrschte. Die DDR fand immer mehr zu sich selbst. Sie nahm das sie charakterisierende Gesicht an. Der „17. Juni“ war die unmittelbare Voraussetzung für die „innere Staatsgründung“.

Ich möchte die Hoffnung ausdrücken, dass die politische und wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Volksaufstand am 17. Juni 1953 auch über dieses Jubiläumsjahr 2003 hinaus anhalten wird. Es kommt darauf an, den „17. Juni“ dauerhaft im nationalen Erinnerungskanon zu verankern. Dazu wird es in Zukunft viel stärker vonnöten sein, den historischen Gegenstand „17. Juni“ gesellschaftlich permanent zu thematisieren und zu debattieren. Es existieren nicht nur noch viele offene Forschungsfragen – obwohl der „17. Juni“ als sehr gut erforscht angesehen werden kann –, wir benötigen auch dringend viel mehr Gedenkort und Gedenkplätze, die an den „17. Juni“ erinnern. Ebenso existieren bislang zu wenige publizistisch aufbereitete und aufgeschriebene Biographien von Akteuren des Volksaufstands. Gerade mittels Biographien lässt sich Geschichte an Nachgeborene anschaulich weitergeben. Besonders gefragt sind bei der Vermittlung die politische Bildung und insbesondere der Unterricht an den Schulen. Noch immer fehlt an sehr, sehr vielen Schulen, gerade auch im Osten, eine selbstverständliche und dauerhaft verankerte Beschäftigung mit dem „17. Juni“.

Wenn ich abschließend konstatieren darf, dass der „17. Juni“ zu den zentralen Ereignissen in den letzten 200 Jahren deutscher Geschichte und als massenhafte Freiheitsbewegung für „Freiheit und Einheit“ zu den demokratischen Glanzpunkten der deutschen Geschichte zählt, erhebt sich auch die Aufgabe, ihn als Teil in die europäische Erinnerungskultur einzuführen. Der Aufstand steht da noch nicht. Der „17. Juni“ hätte aber gute Chancen verankert zu werden. Und dies aus mehreren Gründen. Prinzipiell erstens, weil er eine revolutionäre Volksbewegung für den demokratischen Verfassungsstaat darstellte. Zweitens, weil er vor dem Hintergrund einer Diktatur Grenzen zu überwinden beabsichtigte. Drittens, weil er in vielen Staaten vergleichbare Pendanten kannte bzw. ihm viele folgten. So wie der „17. Juni“ in die Reihe der

deutschen Revolutionen gehört, so zählt er auch zu den osteuropäischen Freiheitsbewegungen nach 1945, die eben 1953 in der ČSSR, der DDR und dann im sowjetischen Workuta begannen, sich über solche Schlaglichter wie 1956, 1968, 1970, 1980/81 fortsetzen und schließlich 1989/90 ihre idealtypische Erfüllung fanden. Der „17. Juni 1953“ war ein deutscher Aufstand nicht nur in Europa, sondern wie jeder andere auch – wie wir retrospektiv sagen dürfen – auch für Europa. Viertens, weil er belegt, dass es trotz übermächtig wirkender Erscheinungen immer und überall lohnt, die Würde des Einzelnen zu verteidigen und zu behaupten. Und fünftens, darin liegt retrospektiv seine besondere Suggestionskraft, weil er im Verbund mit anderen nationalen Erhebungen und Entwicklungen schließlich eine unverhoffte und späte Vollendung 1989/90 im gesamten kommunistischen Machtbereich Europas fand.



Thomas Krüger

Verfolgung und Widerstand als Themen der politischen Bildungsarbeit

Sehr geehrte Damen und Herren,

vor nunmehr fast 50 Jahren, am 18. Juni 1953, wurde der 26-jährige Kraftfahrzeugschlosser Alfred Diener, der sich in Jena am Volksaufstand gegen das SED-Regime beteiligt hatte, vom Militärtribunal des sowjetischen Truppenteils Nr. 07335 in Weimar zum Tode verurteilt. Diener war am Vortag von sowjetischen Soldaten im Gebäude der SED-Kreisleitung festgenommen worden. Er hatte gemeinsam mit zwei anderen Demonstranten den Ersten Sekretär der SED in seinem Büro zur Rede stellen wollen. Die kurze Gerichtsverhandlung verlief wie üblich ohne Verteidiger. Noch am selben Tage wurde Diener im Gebäude der sowjetischen Kommandantur in Weimar erschossen. Er starb drei Tage vor seiner geplanten

ten Hochzeit und hinterließ seine Verlobte und einen sechs Monate alten Sohn.

30 000 Jenenser hatten gegen die Regierung protestiert und freie Wahlen, die Einheit Deutschlands und den Rücktritt der Regierung gefordert; 500 Personen wurden verhaftet. Aus der erhalten gebliebenen schriftlichen Urteilsbegründung geht hervor, dass Alfred Diener für „konterrevolutionäre Handlungen“ bestraft worden sei, die sich gegen das Regime der SED gerichtet hätten. Zitat: „Am 17. Juni 1953 wurde in Jena, Deutsche Demokratische Republik, ein konterrevolutionärer Aufstand organisiert. Einer der Organisatoren dieses Aufstandes ist der Angeklagte Diener, Alfred, der an der Spitze von einigen Aufrührern in die Räume der Kreisleitung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands eindrang. Diener betrat persönlich den Arbeitsraum des Sekretärs der Kreisleitung der Partei und forderte von dem Letztgenannten, dass dieser durch das geöffnete Fenster eine Ansprache vor den Aufständischen hält. Als der Sekretär die Forderung des Diener ablehnte, wandte sich Diener sofort an die Masse der sich auf der Straße befindlichen Aufrührer und rief sie zu einem Pogrom auf. Nach dem konterrevolutionären Aufruf des Diener stürzte sich der Haufen der Aufrührer in die Räume der Kreisleitung der Partei und veranstaltete ein Pogrom darin. Dabei wurden dem Sekretär der Kreisleitung schwere körperliche Verletzungen zugefügt.“ Soweit das Urteil. Als Beweismittel dienten „sein eigenes Schuldgeständnis“ und eine Zeugenaussage.

Heute trägt eine Straße in Jena seinen Namen, und in Weimar erinnert eine Gedenktafel der Stadt an Alfred Diener – angebracht an dem Gebäude, das Ort seiner Hinrichtung war. Was kann politische Bildungsarbeit aus derartigen, erschütternden Biographien lernen? Dass es sich keineswegs um Einzelfälle handelte, wissen wir aus der umfassenden zeithistorischen Erforschung des 17. Juni 1953. Die Umstände des Volksaufstandes stehen heute jenseits allen Zweifels, auch wenn in jüngster Zeit Versuche zu registrieren sind, nach alter, übler SED-Manier die Ereignisse zu „sozialen Unruhen“ umdeuten zu wollen, die vom Westen geschürt worden seien. Sicher, unmittelbarer Anlass der Demonstrationen waren die ökonomischen Missstände, insbesondere die willkürlichen Normenerhöhungen, mit denen die SED in ihrer Hybris den beschleunigten, „planmäßigen Aufbau der Grundlagen des Sozialismus“, wie sie es nannte, in Angriff nehmen wollte. Aber der Aufstand hatte von Anfang an eine politische Dimen-



sion. Die historische Wahrheit besagt: Ohne das entschlossene und brutale Einschreiten der Besatzungsmacht wäre Ulbrichts Herrschaft und aller Wahrscheinlichkeit nach auch sein Staat bereits im Sommer 1953 an sein Ende gelangt. Das lag an mutigen Demonstranten wie Alfred Diener – oder den Bauarbeitern der Stalinallee, die mit dem Ruf „Wir wollen freie Menschen sein“ an die besten Traditionen der deutschen Geschichte anzuknüpfen versuchten.

Couragiertem Eintreten für Bürgerrechte und Demokratie muss politische Bildung zur allgemeinen Akzeptanz verhelfen, und zwar unabhängig vom tagesaktuellen Zustand unserer Verfassungsorgane. Das ist nicht immer leicht. Wie ist jüngeren Generationen zu vermitteln, dass es sich lohnt, für demokratische Grundüberzeugungen, ja, für die Menschenrechte einzutreten, wenn es doch in Leipzig oder Bautzen im Jahre 2003 so viel leichter fällt – und wirkungsloser zu verhalten scheint – als in der „Heldenstadt“ im Herbst 1989? Gar nicht zu reden von den Ereignissen im Kriegs-Berlin im Februar und März 1943, als in der Rosenstraße mehrere hundert mutige Berlinerinnen demonstrierten – ein beispielloser Akt während der NS-Zeit – und den Abtransport ihrer jüdischen Ehemänner und Väter in die Vernichtungslager verhinderten? Das lässt sich nur anhand von Einzelschicksalen im Ansatz nachempfin-



den. Dabei geht es nicht um einen erhobenen Zeigefinger gegen Nachgeborene, nein, politische Bildung muss die Sprache derer sprechen, die sie erreichen will. Im Mittelpunkt steht nicht allein der historische Erkenntnisgewinn, sondern vielmehr und vor allem eine Sensibilisierung für Gefahren und Gefährdungen der aktuellen Demokratie und ein Aufruf zum aktiven Mitwirken in der Gesellschaft.

Manchen gut gemeinten Versuchen steht dabei die Gegenwart im Wege. Wer an historischen, authentischen Orten Gedenkstättenarbeit betreibt, weiß, wovon ich rede, zumal hier in Bautzen. „Wer Bautzen hört, der denkt an Knast“, titelte eine Regionalzeitung noch im Sommer 1999. Diese schöne alte Stadt wird noch eine Weile brauchen, bis ihr Name wieder klingt. Ich denke auch an Dachau, dem man nicht gerecht wird, wenn man sein Image auf jene unseligen zwölf Jahre verkürzt. Gedenkstätten sind aber keineswegs ein Makel für das Image der Region, in der sie sich befinden; im Gegenteil, die hier geleistete Darstellung von Verfolgung und Widerstand im historischen Kontext trägt dazu bei, aus einem entsetzlichen Erbe Schlussfolgerungen für die Gegenwart zu ziehen.

Neben derartigen, ganz praktischen Hürden gibt es allerdings

auch grundsätzliche. Das Phänomen der doppelten Verfolgung in zwei Diktaturen und zum Teil an denselben Orten ist eine deutsche Besonderheit. Es gibt aufrechte Demokraten, die sowohl im Nationalsozialismus als auch in der SBZ/DDR aus politischen Gründen Widerstand leisteten, verfolgt und inhaftiert wurden. Nimmt man Verfolgung und Widerstand in den beiden deutschen Diktaturen des letzten Jahrhunderts – wobei man selbstverständlich nicht verwischen darf, dass die eine auf die andere folgte und gewissermaßen, zumindest was Deutschland betrifft, eine Folge der ersten war –, nimmt man also Verfolgung und Widerstand zum Anlass, über Möglichkeiten der politischen Bildung im demokratischen Verfassungsstaat nachzudenken, dann stößt man auf methodische Schwierigkeiten.

Sicherlich bedarf die authentische Darstellung von Verfolgung und Widerstand an Orten „doppelter Verfolgung“ und doppelter Vergangenheit feinfühlicher, einführender Forschungsarbeit. Wie wären Verfolgung und Widerstand angemessen zu vermitteln? Unter welchen Schwierigkeiten allein das Grauen etwa der deutschen Vernichtungslager im Zweiten Weltkrieg mit ihren Menschheitsverbrechen lange Zeit für die politische Bildung fruchtbar zu machen war, führte der alten Bundesrepublik Ende der Siebzigerjahre die für so manchen altgedienten politischen Bildner kaum glaubliche Resonanz der amerikanischen TV-Produktion „Holocaust“ vor. Eine Seifenoper löste die größte Selbstvergewisserungsdebatte in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte aus. Sie trug im Effekt vielleicht mehr zur politischen Bildung breiterer Bevölkerungskreise bei als so manch gelehrtes und dickleibiges Werk. In jüngerer Vergangenheit wäre auf die Arbeiten des New Yorker Künstlers Art Spiegelman zu verweisen: die Juden als Mäuse, die SS als Katzen, Auschwitz als Comic, ist das erlaubt?

Wie – wenn überhaupt – kann der nachfolgenden Generation zumindest eine Ahnung vom Leiden und Sterben der vielfach bereits in jugendlichem Alter im „Gelben Elend“, dem späteren „Speziallager“ der Sowjets und ab 1950 der Strafvollzugsanstalt des Ministeriums des Innern draußen am Stadtrand, Inhaftierten vermittelt werden? Wie wird man Bautzen II, dem Stasi-Gefängnis neben dem Amts- und Landgerichtsgebäude, gerecht? Wohl vor allem durch eine zeitgemäße Präsentation von Einzelschicksalen. Dazu gehört unabdingbar die akribische Präsentation und Erhaltung sowie fachkundige Kommentierung der authentischen Orte. Denken Sie etwa an das Beispiel der „Werdauer Oberschüler“,



deren 19 jugendliche Mitglieder 1951 – ironischerweise am 3. Oktober – in einem der ersten politischen Schauprozesse der noch jungen DDR zu insgesamt 130 Jahren Haft verurteilt wurden. Alle mussten ihre Strafe antreten. Ihr Vergehen: Sie hatten sich nach anfänglicher Begeisterung für den antifaschistischen Neuanfang in der SBZ von der Politik der SED und der Gängelung durch die sowjetische Besatzungsmacht abgewandt und sind mit selbst gefertigten Flugblättern und nächtlichen Pinselaktionen für die Einheit Deutschlands und freie Wahlen eingetreten. Das war in der frühen DDR ein Kapitalverbrechen. Widerständiges und oppositionelles Verhalten wurde in der DDR prinzipiell kriminalisiert. In ihrem Handeln beriefen sich die Oberschüler aus dem sächsischen Werdau auf die Weiße Rose der Geschwister Scholl. An ihrer ehemaligen Schule, die heute Alexander-von-Humboldt-Gymnasium heißt, ist vor wenigen Jahren eine Gedenktafel angebracht worden, und die Schule stellt sich ihrer Vergangenheit.

Der glückliche Umstand, dass noch Zeitzeugen verfügbar sind, muss in der politischen Bildungsarbeit genutzt werden. Der „Werdauer Oberschüler“ Achim Beyer wurde als 19-Jähriger zu acht Jahren Gefängnis mit anschließenden acht Jahren „Sühnemaßnahmen gemäß Kontrollratsdirektive“, wie das damals hieß, verurteilt. Der Vorwurf in der Anklageschrift der Staatsanwaltschaft

lautete auf „Boykotthetze gegen demokratische Einrichtungen und Organisationen“; die Gruppe habe klar zu erkennen gegeben, dass sie, so das Zitat, „Feinde des Friedenslagers der 800 Millionen friedliebenden Menschen sind. Sie haben sich selbst durch ihre verbrecherischen Handlungen aus der Gemeinschaft der friedliebenden Menschheit ausgeschlossen.“ Achim Beyer berichtet: „Wir haben Flugblätter verteilt und geklebt, insbesondere gegen die Volkskammerwahl 1950, haben zum Widerstand gegen das SED-Regime aufgerufen, haben gegen das Todesurteil gegen Hermann Josef Flade protestiert. Wir hielten die Sicherheitsorgane mehrere Monate in Aufregung. Im Ort selbst wurde unter der Bevölkerung viel diskutiert, wir wurden beobachtet. Es gab Verdächtigungen – in einer mittleren Kleinstadt mit knapp 30.000 Einwohnern keine Besonderheit.“ Welche Menschenverachtung spricht aus den Worten der Parteijustiz, und welchen Mut hat die Gruppe in der stalinistischen DDR bewiesen.

Zweifellos muss politische Bildung an solchen Belegen von Zivilcourage und Widerstehen anknüpfen, und das geht am besten, wenn die historischen Fakten plastisch und nachvollziehbar vermittelt werden – immer wieder. Insbesondere muss es darum gehen, auch jüngere Generationen, von denen viele das Ende der DDR nicht bewusst erlebten, zu erreichen. Leider jedoch werden die Zeitzeugen nicht mehr allzu lange zur Verfügung stehen können. Hier müssen neue Wege der Vermittlung der jüngeren bzw. jüngsten Geschichte gefunden werden. Dabei ist es hilfreich, sich der Medien und Kommunikationswege zu bedienen, die auch für eher „printferne“ Kreise Teil ihres Alltags sind.

Denn im Internetzeitalter genügen die traditionellen Instrumente der Multiplikatoren allein längst nicht mehr, es gilt, sich zusätzlich zu der seriösen Erarbeitung dessen, was war, der heutigen Medien und der Kooperationspartner zu bedienen, die zur Verfügung stehen. Im globalen Netz sind die Möglichkeiten, aktuelle, schnelle Informationen zu liefern und zugleich auf Produkte der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, die sich für eine Vertiefung eignen, hinzuweisen, ideal. Das Internet bietet zudem vor allem für jugendliche Zielgruppen einen Anreiz, sodass Zugangsschwellen herabgesetzt werden. Eine eigene Website der bpb für Jugendliche, „fluter.de“, soll dazu beitragen. Auf der gemeinsam mit dem Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam und dem Deutschland-Radio präsentierten Internetplattform zum 17. Juni 1953 finden Interessierte multimedial unterstützt Grundinforma-

tionen über den Volksaufstand, darunter auch zahlreiche Zeitzeugenberichte aus allen Bezirken der DDR. Die hohe Zahl von nachweisbaren Seitenaufrufen gibt uns Recht. Die Surfer können sich selbstständig eine Chronik der Ereignisse erschließen und zum Teil bislang unveröffentlichte Ton- und Bilddokumente auf sich wirken lassen.

Natürlich sollen die traditionellen Angebote der politischen Bildung, die Print-Produkte, nicht vernachlässigt werden. So wird mein Haus voraussichtlich im Herbst in enger Kooperation mit der Stiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur in Berlin einen Gedenkortführer vorlegen, der – nach dem Muster des seit 1995 bereits in der zweiten Auflage und jetzt auch als CD-ROM vorliegenden Gedenkortführers über die nationalsozialistische Gewaltherrschaft – Einträge zu über 300 authentischen Orten vornehmlich in Deutschland enthalten wird, die Auskunft über Verfolgung und Widerstand in der SBZ/DDR erteilen können, natürlich auch über die Vorgänge vor, am und nach dem 17. Juni 1953. Ferner präsentiert die bpb als weiteren Band ihrer „ZeitBilder“-Reihe eine leicht lesbare, allgemein verständliche und mit historischen Fotos und Dokumenten angereicherte Geschichte der DDR der Fünfzigerjahre. Ein Schwerpunkt der Darstellung liegt auf Verfolgung und Widerstand gegen die sich etablierende Herrschaft der SED. Eine Ausgabe der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ wird sich, eingebettet in eine Themenausgabe der Wochenzeitung „Das Parlament“, aus zeithistorischer, wissenschaftlicher Sicht mit dem internationalen Forschungsstand über diese erste Volkserhebung im Stalinismus befassen.

Wer also wissen will, dem sind auch künftig kaum Grenzen gesetzt. Es ist müßig, darüber zu streiten, ob wirklich aus der Geschichte zu lernen ist. Geschichte wiederholt sich nicht. Doch Strukturelemente einer sich anbahnenden Diktatur können deutlich aus der Geschichte erkannt werden. Dabei sind die Gedenkstätten wichtige Partner der politischen Bildung, sie sind von zentraler Bedeutung für eine demokratische Erinnerungskultur.

Die „doppelte deutsche Diktaturgeschichte“ bietet meines Erachtens dabei besonders große Chancen, ohne die dabei lauernden Gefahren aus den Augen zu verlieren. Wie der Zeithistoriker Bernd Faulenbach bereits 1991 in einer kontroversen Diskussion mit Vertretern von Opferverbänden aus der NS-Zeit bzw. des Stalinismus festhielt, dürfen die Verbrechen des Nationalsozialismus „nicht durch Auseinandersetzung mit dem Geschehen der Nach-

kriegszeit relativiert, das Unrecht der Nachkriegszeit nicht mit dem Hinweis auf die NS-Zeit banalisiert werden“. Soweit Bernd Faulenbach, und das gilt noch heute.

Verfolgung und Widerstand müssen im historischen Bezugsrahmen analysiert und für die politische Bildung nutzbar gemacht werden. Ich möchte schließen mit einem Zitat aus dem Abschlussbericht der 1995 eingesetzten zweiten Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zur „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“. Sie hat festgehalten, worum es heute und künftig geht. Im Abschlussbericht heißt es: „Die Notwendigkeit von Aufarbeitung und Erinnerung an die beiden Diktaturen ist heute Teil des demokratischen Selbstverständnisses im vereinten Deutschland. Die Erinnerung an die beiden Diktaturen, die die Feindschaft gegen Demokratie und Rechtsstaat verbunden hat, schärft das Bewusstsein für den Wert von Freiheit, Recht und Demokratie. Dies, wie die notwendige Aufklärung über die Geschichte der beiden Diktaturen, ist der Kern des antitotalitären Konsenses und der demokratischen Erinnerungskultur der Deutschen. (...) Die Deutschen gedenken des Widerstandes und der Opposition gegen die beiden Diktaturen, der Zivilcourage von Menschen, die sich den Diktaturen widersetzen, für eine andere politische Ordnung kämpften oder Verfolgten beistanden. Ohne die moralische Kraft des deutschen Widerstandes wäre nach der nationalsozialistischen Terrorherrschaft ein demokratischer Neuanfang in Deutschland nicht möglich gewesen. Die friedliche Revolution der Deutschen in der DDR vom Herbst 1989 schuf die Grundlage für die freiheitliche Demokratie im vereinten Deutschland. Widerstand und Opposition gegen die Diktaturen sind wichtiger Bestandteil des demokratischen und freiheitlichen Erbes aller Deutschen.“ Soweit die Enquete-Kommission in ihrem Abschlussbericht. Aus ihrer Arbeit ist die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur hervorgegangen.

Verfolgung und Widerstand bleiben auch künftig wichtige Themen der politischen Bildungsarbeit, denn eine Beschäftigung mit ihnen kann den Blick schärfen für antidemokratische Zumutungen der Gegenwart. Sie kann vielleicht auch dagegen immunisieren. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit



Podiumsgespräch

Der 17. Juni 1953 aus der Perspektive von Zeitzeugen

Norbert Haase

Meine Damen und Herren,

zum Abschluss des Bautzen-Forums sollen noch einmal diejenigen zur Sprache kommen, die selbst Augenzeugen des Volksaufstandes am 17. Juni 1953 in der DDR waren. Mit mir sitzen drei Gesprächspartner auf dem Podium, die den Volksaufstand an unterschiedlichen Orten miterlebt haben: Als Angehörige eines namhaften Freiheitskämpfers des Aufstandes in Görlitz, als so genannter Rädelsführer der Ereignisse in der Neißestadt und als politischer Häftling im Zuchthaus „Roter Ochse“ in Halle.

Es ist im Verlauf der Veranstaltung die Forderung erhoben worden – zu Recht, wie ich meine – der Geschichte insoweit ein Gesicht zu

geben, dass man sich an die Beteiligten erinnert. Weil dieses außergewöhnliche historische Ereignis nur einen Stellenwert im kollektiven Gedächtnis einnehmen kann, wenn es mit konkreten Geschichten tradiert werden kann.

Insoweit darf ich auch noch einmal darauf verweisen, dass der Kollmer Bäckermeister und damalige CDU-Bürgermeister Gottfried Diener ebenfalls unter uns gesessen hätte, der heute 82-jährig in Baden-Württemberg lebt, einer der Aufstandsbeteiligten in seiner Gemeinde war und auch in Görlitz involviert war. Angesichts der Witterungsbedingungen der letzten Tage hat er die Strapaze der langen Anfahrt nicht auf sich nehmen können.

Lassen Sie mich zunächst die Teilnehmer des Podiums vorstellen:

Frau Dr. Maike Neumann, geborene Weingärtner. Sie ist aus Hirschberg im Riesengebirge gebürtig und wuchs nach dem Zweiten Weltkrieg in Görlitz auf. Frau Dr. Neumann studierte seit 1960 an der Humboldt-Universität Berlin Medizin und arbeitete später im staatlichen Gesundheitswesen der DDR, in Ohorn hier in der Oberlausitz. Nach der Wende betrieb sie eine eigene Praxis und ist erst seit kurzem im Ruhestand. Frau Dr. Neumann, oder besser das junge Mädchen Maike Weingärtner, erlebte den 17. Juni 1953 als Zwölfjährige mehr am Rande, während ihr Bruder – und hier erinnere ich abermals an einen wichtigen Namen, Stefan Weingärtner – zu denjenigen Görlitzer Aufständischen gehörte, die zum Tode verurteilt wurden. Er wurde später begnadigt und erst 1963 aus der Haft entlassen.

Neben Frau Dr. Neumann sitzt Herr Gunter Assmann. Auch er stammt aus Oberschlesien, ist dort aufgewachsen, hat 1939 sein Abitur gemacht, war Kriegsteilnehmer, Flieger bei der Luftwaffe. Obschon er zunächst von den Amerikanern gefangen genommen war, ist er dann nach der Übergabe viereinhalb Jahre in sowjetische Kriegsgefangenschaft geraten. Ich darf sagen, dass Herr Assmann durch seine Herkunft – Oberschlesien ist ja gewissermaßen auch immer eine multikulturelle Region gewesen und die Jahre in der Sowjetunion haben das ihre dazu beigetragen – über verschiedene Sprachkenntnisse verfügte, was ihn als Spion verdächtig machte. Es folgten entbehrungsreiche Jahre hinter Stacheldraht. 1949 aus der Gefangenschaft entlassen kam er nach Görlitz auf der Suche nach den Eltern. Herr Assmann hat dann als Sportlehrer gearbeitet. Aber wegen seiner Beteiligung am Juni-Aufstand in Görlitz 1953 wurde er vom Bezirksgericht Dresden zu einer horrenden Strafe, acht Jahre Zuchthaus, verurteilt, die er in den säch-



sischen Strafanstalten Waldheim und in Bautzen verbüßen musste. Auch nach seiner Haftentlassung 1961 gab es Repressalien, wie man sich vorstellen kann. Davon zeugt heute auch eine umfangreiche Stasi-Akte. Herr Assmann hat, wie Frau Dr. Neumann, den überwiegenden Teil seines Lebens in der DDR verbracht und ist erst nach der Pensionierung 1986 in die Bundesrepublik ausgeist.

Herr Achim Beyer ist für viele, die das Bautzen-Forum regelmäßig besuchen, ein alter Bekannter. Als gebürtiger Dresdner gehörte er zu den Oberschülern im sächsischen Werdau, die 1950 eine Widerstandsgruppe gegen die SED-Diktatur ins Leben gerufen hatten und dafür bitter durch Verfolgung in einem Schauprozess und langjährige Zuchthausstrafen bezahlen mussten. Er wurde 1956 aus der Haft entlassen, flüchtete in die Bundesrepublik, wo er das

Abitur nachholte und ein Studium der Volkswirtschaft absolvierte. Seit 1960 ist er in der politischen Bildung und der DDR-Forschung tätig und ist 25 Jahre lang Vorsitzender des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“ in Erlangen gewesen. Zudem trat er häufig als Referent hier auf dem Bautzen-Forum auf. 1992 ist er rehabilitiert worden. Er hat vor kurzem über diese Erfahrung des Jugendwiderstandes in Werdau eine bemerkenswerte Publikation vorgelegt; ein reich mit Dokumenten und Bildern versehenes Buch, das ich Ihnen sehr ans Herz legen möchte. Es ist als Band 1 der Schriftenreihe des sächsischen Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in der Evangelischen Verlagsanstalt Leipzig mit dem Titel „Urteil: 130 Jahre Zuchthaus“ publiziert worden.



Maike Neumann

Meine Damen und Herren,

zum ersten Mal in meinem Leben habe ich die Möglichkeit, über meinen Bruder – Stefan Weingärtner – zu sprechen und seinen Namen öffentlich zu erwähnen. Und auch gestern haben wir gehört, wir müssen Namen nennen. Dafür bin ich dankbar, dafür danke ich der Friedrich-Ebert-Stiftung, Herrn Eisel, dem Bautzen-Komitee und schließlich auch Frau Dr. Roth, die durch ihre akribischen Recherchen über den 17. Juni – insbesondere auch über Görlitz – auf das Schicksal meines Bruders gestoßen ist und ihn damit auch öffentlich gemacht hat.

Den 17. Juni 1953 erlebte ich noch als Kind und mehr am Rande. Wir hatten an diesem Tag Schule, die Schule fiel nicht aus bei uns in Görlitz. Der Unterricht wurde aber vorzeitig abgebrochen, weil auch in der Schule bekannt wurde, dass es Unruhen und Streiks in der Stadt gab. Wir wurden gegen Mittag nach Hause geschickt. Zu Hause hatte meine Mutter über das Radio, RIAS Berlin, von den

Ereignissen erfahren. Und für mich war klar, ich muss in die Stadt, ich muss wissen, was da los ist. Ich bin dann gegen 14 Uhr mit meiner Freundin in die Stadt gegangen. Wir wohnten seinerzeit am Stadtrand, da hat man nichts von den Unruhen gemerkt. Aber als wir dann Richtung Zentrum gelaufen sind, kamen immer mehr Menschen auf die Straße. Alles strömte Richtung Obermarkt – Lenin-Platz hieß er seinerzeit. Dort fanden alle wichtigen öffentlichen Ereignisse – 1. Mai- Demonstrationen etc. – statt.

Der ganze Platz war überfüllt bis an den Rand. Es war auch eine Art provisorische Tribüne aufgebaut. Es funktionierte auch schon eine Radioübertragung. Es wurden Reden gehalten: der Ruf nach Freiheit, nach unabhängigen Wahlen, nach der Einheit Deutschlands, nach besseren Lebensbedingungen. Für uns Kinder war es unfassbar, solche Dinge laut im Radio formuliert zu hören. Ich weiß auch noch, dass ich in der Ferne meinen Bruder erkannte auf dieser Tribüne, in erster Reihe, noch in seiner Schlossermontur. Er war Autoschlosser, kurz vor seiner Gesellenprüfung. Stefan ist unmittelbar am Vormittag mit seinen Kollegen mit den Arbeitern des Waggonbau, Maschinenbau und der großen Betriebe in die Stadt gezogen. Was im Einzelnen passiert ist, kann ich nicht belegen, ich war nicht dabei. Wir haben auch später nie irgendwelche Informationen bekommen; das ist eigentlich das letzte Bild, das ich von meinem Bruder am 17. Juni mit nach Haus genommen habe.

Am späten Nachmittag, so um halb fünf, kamen dann neue Meldungen durch die Lautsprecher, und zwar die Aufforderung, den Platz schnellstens zu verlassen, die Versammlung aufzulösen. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich die Nachricht, die Russen kämen, Panzer würden auffahren und der Ausnahmezustand würde ausgerufen werden. Wir wussten natürlich mit dem Wort „Ausnahmezustand“ nichts anzufangen, bekamen es aber doch gehörig mit der Angst zu tun und sind schnurstracks nach Hause gelaufen. Zu Hause waren meine Mutter und mein zweiter Bruder da. Wir waren drei Kinder, meine Eltern waren seit 1946 geschieden, meine Mutter war allein erziehend. Wir warteten auf unseren Bruder. Er kam nicht. Es wurde dunkel. Wir haben uns nicht mehr auf die Straße getraut, auch nicht mehr in die Stadt. Wir haben gehorcht, gelauscht, gewartet. Mein Bruder kam nicht, er kam auch am nächsten Morgen nicht. Und das war eigentlich der Moment, wo meine Mutter sich dann am nächsten Morgen schon voller böser Vorahnungen, voller Angst – man durfte ja wieder auf

die Straße – aufgemacht hat und versuchte, ihren Sohn oder zumindest Spuren ihres Sohnes zu finden und herauszufinden, was am späten Abend passiert ist. Sie ist u. a. in den Betrieb meines Bruders gegangen und die Kollegen, die mit ihm in die Stadt gegangen sind, haben ihr gesagt, die Russen – das war das allgemein übliche Wort für die „Freunde“ – hätten ihn am Abend mitgenommen. Auch andere Teilnehmer bestätigten das. Der Versuch, in das Rathaus vorzudringen, Abteilung Inneres, in das Gefängnis, war aussichtslos. Sie wurde gar nicht vorgelassen.

Das war dann der Moment, wo meine Mutter begonnen hat, gegen Wände zu laufen. Sie hat keine Auskunft bekommen. Und wir haben also gewartet bis zum 6. Oktober 1953, ohne jegliche Information, keine Post, keine Nachricht. Meine Mutter wurde immer wieder von den Behörden abgewiesen. Am 6. Oktober steckte dann eine Karte in unserem Briefkasten mit der Handschrift meines Bruders. Das war das erste Lebenszeichen seit dem 17. Juni. Darauf stand, er wäre am Leben, es ginge ihm gut und er wäre begnadigt worden zu 25 Jahren Arbeitslager.

Mein Bruder war 20 Jahre alt. Er ist in der Ausbildung zum Autoschlosser gewesen. Soweit ich mich erinnern kann, war er politisch völlig uninteressiert. Er liebte die Natur, er liebte den Sport, aber nicht die Politik. Stefan war ein unpolitischer Mensch. Er versuchte sich zu informieren wie jeder andere auch, aber er war in keiner Organisation. Natürlich hat er in dieser Zeit auch die Repressalien und die schlechte Versorgung, die Unzufriedenheit im Allgemeinen mit fast den meisten Menschen geteilt. Als dann diese Bewegung begann und die Streiks, ist er mitgelaufen. Mit allen anderen aus seinem Betrieb, es war ein kleiner Betrieb, etwa zehn Leute.

Stefans Verfolgungsschicksal konnten wir persönlich zu dieser Zeit nicht nachvollziehen. Aus den Akten, die ich dann 1998 einsehen konnte, habe ich auch aus der Akte meines Bruders erfahren, dass er am 19. Juni 1953 vom Sowjetischen Militärtribunal zum Tode durch Erschießen verurteilt worden ist. Er ist dann am 5. Oktober zu 25 Jahren Arbeitslager begnadigt worden. 1956 ist er den deutschen Behörden übergeben worden und durch eine Amnestie nach zehn Jahren entlassen worden, 1963 im Januar, nach Görlitz. Er war in Bautzen, wie lange, kann ich ihnen nicht sagen. Er war in Luckau, in zwei Lagern und ist dann bis zum Ende seiner Haft nach Torgau verlegt worden. Er hat, als er entlassen wurde, sehr wenig von dieser Zeit erzählt, sicher ganz bewusst, weil mittler-

weile auch bekannt ist, dass er angeworben worden war, dass er quasi verpflichtet worden ist, seinem Staat zu dienen. Er hat aber dieses Ansinnen abgelehnt. Er ist in dieser Zeit sehr viel krank gewesen. Er hatte Probleme mit seinen Augen, war auch häufig stationär in Behandlung. Er hat erwirkt, dass er auch in der Charité vorgestellt wird, er war also sehr häufig in Berlin.

Im Nachhinein weiß ich, dass er Kontakte geknüpft hat mit ehemaligen Gefangenen. In West-Berlin gab es ja die Vereinigung der Verfolgten des 17. Juni und die Vereinigung der freiheitlichen Juristen. Er war dort mit Sicherheit registriert. Wie die Kontakte geknüpft wurden, kann ich nicht sagen. Das hat er auch nie erzählt. Ich war seinerzeit auch nicht in Görlitz, ich war zum Studium in Dresden und wir haben uns relativ selten gesehen. Als ich dann 1964 wieder nach Hause kam, war er wieder nach Berlin zu einer ärztlichen Untersuchung gefahren und ist nicht mehr nach Hause gekommen. Meine Mutter wusste natürlich auch nichts, das war viel zu gefährlich.

Aber dann kam eine Karte, dass er in Sicherheit wäre. Dann kamen wieder die Herren der Staatssicherheit zu uns nach Hause. Das habe ich nicht selbst miterlebt, das hat meine Mutter alles hautnah erlebt. Sie hat sich in all diesen Jahren mit den Behörden auseinandersetzen müssen, sie hat sich anhören müssen, dass ihr Sohn zu Recht verurteilt wurde, denn es sei doch bekannt, dass es in der DDR keine politischen Gefangenen, sondern nur Kriminelle gäbe. Alle, die sich gegen die antifaschistisch-demokratische Ordnung und den Aufbau des Friedens gestellt haben, seien Kriminelle. Und ihr Sohn müsse das einsehen, er müsse umerzogen werden, die Zeit wäre noch nicht reif. Meine Mutter hat immer versucht, in unzähligen Gnadengesuchen, klar zu machen, dass ihr Sohn in jugendlichem Ungestüm – und das war sicherlich der Fall, weil er eben wirklich politisch nicht interessiert gewesen ist und voller Emotionen an diesem Tage mitgelaufen ist – von der allgemeinen Begeisterung und Unruhe mitgeschwemmt worden ist. Im Nachhinein denke ich, das war eine Stimmung so ähnlich wie 1989. Und so waren wir wieder „Verbrecher“, er war ein „Verbrecher“, das hatte man uns ja zehn Jahre lang eingetrichtert, dann hat er wieder seine Republik verraten, er war wieder „Verbrecher“ und wir die Angehörigen eines „Verbrechers“. Wir waren eigentlich, so dachten wir, als Familie, als Geschwister verpflichtet, in all den Jahren der Haft ihm sein Schicksal insofern zu erleichtern, dass wir möglichst wenig Angriffsfläche für offizielle Kritik

geben dürfen. Wir haben versucht, Solidarität zu üben, in der Hoffnung einer vorzeitigen Entlassung. Er war ja nach wie vor zu 25 Jahren verurteilt.

Mein schulischer und beruflicher Weg ist relativ glatt verlaufen, erstaunlicherweise. Ich denke, das ist doch auf eine gewisse unterschwellige Solidarität der Verantwortlichen und der Gremien, die Entscheidungen zu fällen hatten, zurückzuführen. Zum Beispiel wurde mein Antrag auf Aufnahme in die Oberschule – das war seinerzeit das Schulsystem, 8 Jahre Grundschule, dann 4 Jahre Oberschule bis zum Abitur – abgelehnt. Aber meine Mutter war wirklich eine Kämpferin und durch energische Intervention ist dieser Antrag dann revidiert worden. Ich konnte auf die Oberschule gehen. Das lief dann alles ganz glatt.

Es gab nur eine einzige Oberschule in Görlitz. Ich hatte den altsprachlichen Zweig gewählt. Der altsprachliche Zweig war die Klasse, in der sehr viele Kinder von Ärzten und Apothekern – also der Intelligenz – zusammengefasst wurden, und wir waren auch ein bisschen ein renitent Kern. In der elften Klasse wurden wir dann auf die anderen Klassen aufgeteilt, auf die naturwissenschaftliche und die polnischsprachige Klasse, die dann doch deutlicher sozialistisch ausgerichtet waren. Das Abitur selber habe ich primär im ersten Anlauf nicht geschafft. Das lag daran, dass das Hauptfach, Deutsch, mit der Note ungenügend bewertet wurde, obwohl es eigentlich mein leistungsstärkstes Fach war. Ich nehme an – ich kann es nicht beweisen –, dass mir der Direktor der Schule, der gleichzeitig Parteisekretär und seinerzeit Schulkamerad meines Bruders war, vielleicht doch noch einmal einen kleinen Denkkzettel verpassen wollte. Innerhalb von drei Wochen, in der Zeit, wo die anderen Klassenkameraden im Ernteeinsatz verpflichtet waren, konnte ich aber den Aufsatz nachschreiben, und der war dann mit einer entsprechend besseren Note versehen. Ich habe mein Abiturzeugnis zusammen mit allen anderen bekommen. Die wenigsten haben gewusst, dass da so ein kleiner Holperstein gewesen ist.

Ich bin aufgewachsen in diesem Zwiespalt. Ich bin keine Kämpferin, ich war es nie. Ich habe viel zu viel Angst gehabt. Und wir haben in diesen zehn Jahren doch immer die Verpflichtung gehabt, meinem Bruder zu helfen, damit er wieder nach Hause kommen kann. Dass wir beobachtet und beschattet wurden, war uns klar. Da waren Briefe geöffnet, da verschwanden Pakete oder es lag ein Zettel im Paket, dass diese und jene Waren entnommen



worden sind, weil sie den Bestimmungen nicht entsprachen. Stefan Weingärtner ist relativ jung, in den Siebzigerjahren in der Bundesrepublik verstorben. Ob dies möglicherweise auch an den Haftfolgeschäden lag, kann ich nicht beweisen. Aber er war sehr, sehr viel krank. Er hat anfänglich gearbeitet, auch wieder in seinem Beruf, in einer großen Autofirma. Er ist dann aber doch über lange Strecken krank geschrieben gewesen. Er ist operiert worden, eine Milzentfernung – keine ganz alltägliche Diagnose. Und er ist letztendlich 1977 in Hannover an einer Lungenembolie verstorben. Beweisen kann man es nicht, aber es ist zumindest ungewöhnlich, wir wissen es nicht.

Ich meine, dass wir unbedingt diese Erinnerung brauchen. Die Ereignisse dürfen nicht vergessen werden, und der Einsatz der vielen darf nicht irgendwo im Untergrund verschwinden, so wie er in all den Jahren der DDR verschwiegen worden ist. Gestern und heute wurde der Weg aufgezeigt, den wir gehen sollten: Man muss es an die jungen Leute herantragen, man muss es in Erinnerung behalten und auch neue Wege gehen. Es ist heute das Zeitalter der Medien, der Elektronik, und die Möglichkeiten, die aufgezeigt wurden, haben mir sehr imponiert.

Für mich persönlich muss ich sagen, ich lebe unverändert mit diesem Zwiespalt, natürlich jetzt nicht mehr so brisant. Ich lebe auch

mit einer Angst, die ich niemals aufarbeiten kann, aber mit der ich umzugehen gelernt habe. Ich habe versucht, meine Kinder nicht zu beeinflussen, sie nicht in diesen Zwiespalt, in dem ich immer gesteckt habe, zu bringen. Und dadurch, dass mein Bruder relativ frühzeitig verstorben ist, kennen ihn meine Kinder nicht mehr persönlich – sein Schicksal ist ihnen natürlich bekannt –, ich durfte auch nicht zu seiner Beisetzung fahren. Aber ich hoffe und wünsche, dass die Jugend heute offen und frei leben und entscheiden kann, ohne Druck von außen, ohne Repressalien. Das ist ganz wichtig.

Ich persönlich habe kein dramatisches Schicksal wie viele von den hier Anwesenden. Insofern habe ich immer gesagt, dass ich gar nicht so sehr viel rüberzubringen habe. Jung wie ich war, habe ich gelernt, mit dieser Situation zu leben und mich auch einzufügen. Ich habe immer Rücksicht genommen, am Anfang auf meinen Bruder, später auf meine Kinder. Ich weiß auch, durch die Möglichkeit der Akteneinsicht, dass wir auch später noch immer beobachtet wurden, meine Familie, ich. Dass immer Berichte geschrieben wurden. In dieser Haltung, keine offizielle Angriffsfläche zu geben, bin ich über all die Jahre relativ glimpflich darüber weggekommen. Ich wurde auch nie gefragt, ob ich nicht mitarbeiten oder in die Partei eintreten wolle. Ich hoffe auf Toleranz in der heutigen Zeit.



Günter Assmann

Am 24. November 1949 kam ich nach viereinhalbjähriger sowjetischer Kriegsgefangenschaft nach Hause. In Frankfurt an der Oder stellte sich für mich die Frage, wohin ich mich entlassen sollte. Wo meine Eltern waren, wusste ich nicht. Lebten sie noch? Meine Heimat Schlesien war jetzt Polen. Also fuhr ich nach Görlitz, wo eine Tante von mir (Flüchtling aus Breslau) lebte, denn im Westen hatte ich auch niemanden.

Bei der Anmeldung in Görlitz wurde ich zur Untersuchung auf Bergbautauglichkeit geschickt. Ich sollte in den Uranbergbau nach Aue. Da ich aber schwer kriegsgeschädigt war, wurde ich als untauglich eingestuft.

Auf die Frage, was ich nun machen will, antwortete ich, dass ich gern Maschinenbau studieren möchte. Da ich aber Leutnant bei der Luftwaffe war, antwortete man mir: „Bei uns studieren Arbeiter- und Bauernkinder und keine faschistischen Offiziere!“. So musste ich zur Arbeit als Elektroschweißer in die LOWA Görlitz. In meiner Freizeit spielte ich in der Werksmannschaft Fußball. Da ich

ein guter Spieler war, wurde ich vom Konsum Görlitz abgeworben. Gleichzeitig bot man mir dort eine Stelle im Fahrbüro an, die ich auch annahm.

Im Herbst 1950 wurden alle Wehrmachtsoffiziere, einschließlich der Majore, amnestiert. So durfte ich studieren oder eine leitende Position einnehmen. Deshalb begann ich 1951 ein Fernstudium für die Fachrichtungen Mathematik und Sport. Ich gab in der Grundschule 13 in Görlitz/Rauschwalde Unterricht.

Am Mittwoch, dem 17. Juni 1953 hatte ich Mittags Schulschluss. Mit drei Kollegen ging ich zur Straßenbahnhaltestelle, um nach Hause zu fahren. Wir wunderten uns, dass keine Leute auf die Bahn warteten und keine Bahn kam. Von Passanten, die aus der Stadt kamen, erfuhren wir, dass in den Görlitzer Betrieben gestreikt würde.

Wir machten uns daher zu Fuß auf den Weg. In der Nähe des damaligen Leninplatzes (Obermarkt) hörten wir die bundesdeutsche Nationalhymne „Einigkeit und Recht und Freiheit ...“ von den dort versammelten Menschenmassen singen. Ich fragte mich, wo bin ich? Günter Kamenz, den ich vom Tennisspielen kannte, und Herr Gierig vom Waggonbau, in seiner Arbeitsmontur, sprachen zu den Streikenden. Sie riefen: „Weg mit der Regierung! Freie Wahlen! Ein einheitliches Deutschland! Wir wollen nicht unter der sowjetischen Knute weiterleben!“

Die Kundgebung wurde mit dem Hinweis unterbrochen, um 15.00 Uhr hier wieder zu erscheinen. Ich ging nun vom Obermarkt hinüber zum Postplatz, um den Heimweg anzutreten. Am Postplatz befindet sich das Gerichtsgebäude und dahinter die Haftanstalt. Als ich dort vorbeikam, sah ich diskutierende Menschenmassen, die hinein und herausströmten. Laut fielen die Worte: „Freiheit für die politischen Gefangenen. Freiheit für die Menschen, die aus Not und Hunger zu Dieben wurden.“ (Eine Mutter, die für ihre Kinder ein Stück Butter im Wert von fünf Mark, für sie nicht erschwinglich, gestohlen hatte, wurde dafür eingesperrt und die Kinder ins Waisenhaus gesteckt.) Der Vater eines Bekannten war 1948 ohne ersichtlichen Grund abgeholt worden und ist nie wieder aufgetaucht. Die Angehörigen erhielten keine Nachricht, keine Lebenszeichen. Wenn man sich unterhielt, musste man Angst haben, dass man bespitzelt wurde.

Da erinnerte ich mich an meine Kriegsgefangenschaft in der Sowjetunion, wo ich 4 1/2 Jahre hinter Stacheldraht menschenunwürdig leben musste und mir die Freiheit entzogen wurde. In der

Haftanstalt, die ich mit der Menge betrat, waren die Rechtsanwälte Brüll und Schön dabei, von den Justizbeamten die Akten der politischen Häftlinge zu erhalten. Die Beamten versuchten dies durch fadenscheinige Ausreden zu verhindern. Keine Schlüssel, keine Ahnung, wo entsprechende Akten wären, niemand war zuständig etc.! Und die Zeit verrann. Im Zellenhaus waren bereits Arbeiter aus der LOWA, dem Maschinenbau und anderen Görlitzer Betrieben dabei, mit Vorschlagshämmern und Brechstangen die Zellentüren aufzubrechen. Ein nutzloses Unterfangen, denn die Türen gaben nicht nach. Die Schlüssel mussten her! Da erkannte ich eine Vollzugsbeamte, Frau Kühn, die Mutter eines meiner Schüler. Von ihr verlange ich die Zellschlüssel, um die bereits angeheizte Situation zu entschärfen. Sie sah sich ängstlich um und gab mir heimlich die Schlüssel. Ich begann nun die Zellen aufzuschließen. Die befreiten Inhaftierten kamen weinend aus den Zellen und umarmten uns. Darunter waren alte Frauen – und das waren bestimmt keine Verbrecher! Ich habe Türen aufgeschlossen, bis mir die Hand weh tat. So gab ich den Schlüssel einem streikenden Arbeiter weiter, der mein Arbeit fortsetzte.

Ich verließ die Haftanstalt mit dem guten Gefühl, einigen Menschen die Freiheit wiedergegeben zu haben. Da sah ich auf der Berliner Straße die sowjetischen Panzer anrollen! Einer blieb auf dem Postplatz stehen und ein russischer Offizier stieg aus. Ich ging zu ihm und fragte ihn in seiner Heimatsprache warum er hier sei und was er hier vor hätte. Er sagte nur kurz: „Geht nach Hause, sonst wird es schlimm für euch.“ Ich dachte bei mir, wenn die schon kommen wird es wirklich schlimm und ich ging nach Hause. Am nächsten Tag ging ich wie üblich zur Schule, um Unterricht zu halten. Im Lehrerzimmer standen sämtliche Kollegen, der Direktor und ein Elternbeiratsmitglied. Letzteres sagte, wenn die Arbeiter in der Stadt streiken, dann wird auch kein Unterricht gehalten. Der Direktor und drei SED-Genossen sagten, das können wir doch nicht machen. Sie wurden überstimmt und es wurde kein Unterricht gehalten. Während dieser Diskussion verschwand der Direktor aus dem Lehrerzimmer. Nach circa zehn Minuten hörten wir Autos vorfahren und Lärm im Schulhaus. Der Direktor kam mit dem Stadtschulrat zu uns ins Lehrerzimmer und die Kasernierte Volkspolizei besetzte das Schulgebäude. Der Stadtschulrat brüllte uns an, warum wir keinen Unterricht hielten. Dann vergriff er sich an dem kriegsverletzten Elternbeiratsmitglied und wollte ihn aus dem Zimmer werfen. Da ging ich dazwischen und brüllte ihn an,

ob er vergessen hätte, dass er als Spieß 1945 in der Jägerkaserne die noch kranken Soldaten an die Front geschickt hat. Wo warst du denn gestern Vormittag? Da hast du dich vor Angst auf der Toilette versteckt und eingeschlossen, weil man dich suchte! Und jetzt willst du hier einen kriegsverletzten aus dem Zimmer werfen. Vom Direktor verlangte ich noch die Abnahme des Parteizeichens der SED, da wegen dieses Abzeichens Schulen von den streikenden Arbeitern demoliert wurden waren. Der Stadtschulrat verließ mit den Direktor das Zimmer. Die Kasernierte Volkspolizei zog mit ihm ab. Und wir gaben keinen Unterricht!

Am 20. Juni wurde ich auf dem Sportplatz beim Unterricht zu einer kurzen Rücksprache abgeholt. Diese dauerte dann 8 Jahre und 7 Tage!

Ich wurde zuerst zur Polizei und dann in die Haftanstalt gebracht. Nach einigen Tage wurde ich mit anderen, vom 17. Juni Verhafteten, mit der „grünen Minna“ nach Dresden gebracht. Es war ein sehr heißer Sommertag und ein Häftling, der Totengräber von Zodel, hat die Fahrt nicht lebend überstanden. Im Bezirksgericht wurde ich mit zwei mir unbekanntem Inhaftierten aus Görlitz angeklagt. Der Staatsanwalt Horeny beantragte für mich 8 Jahre Zuchthaus wegen Landfriedensbruch, Teilnahme am öffentlichen Aufruhr und Gefangenenbefreiung (§ 115, 120, 125). Die Richterin Frau OR Stephan verurteilte mich zu 5 Jahren. Doch der Staatsanwalt legte Protest ein und mein Rechtsanwalt Dr. Jäckel Berufung. Ich wurde nach Waldheim gebracht. Dort wurde mir Häftlingskleidung verpasst und ich kam mit den dort arbeitenden Häftlingen zusammen. Man fragte mich, warum ich einsitze und wie viele Jahre ich hätte. Völlig apathisch teilte ich ihnen den Grund und die Haftzeit von fünf Jahren mit. Man klopfte mir auf die Schulter und sprach mir Mut zu, denn schließlich hatten diese Häftlinge zwischen 75 und 124 Jahren Zuchthausstrafe! Sie lachten und meinten: die fünf Jahre sitzen wir auf einer Rasierklinge ab! - Sie waren von den Russen im Waldheimer Prozess verurteilt wurden. Nach einigen Tagen wurde mir mitgeteilt, dass mein Urteil aufgehoben sei und meine neue Verhandlung in Dresden stattfinden. Frau OR Stephan teilte mir mit, dass mein Urteil, fünf Jahre Haft, revidiert wurde, und ich vom Obersten Gericht Berlin zu 8 Jahren Zuchthaus auf Anweisung der Justizministerin Hilde Benjamin verurteilt werden soll und das sei hiermit rechtskräftig mit Anrechnung der Untersuchungshaft. Man erteilte mir das letzte Wort. Und diesmal hatte ich ein letztes Wort! Herr Staatsanwalt: „Wenn

Sie behaupten, dass ich mit 13 Jahren, da war ich nämlich im Jungvolk, das Naziregime mit aufgebaut habe, so ist das nur eine Diskriminierung meiner Person. Sie behaupten, Sie waren zu der Zeit Kommunist! Wären Sie ein echter Kommunist gewesen, so ständen Sie jetzt nicht hier, denn man hätte Sie ins KZ gebracht und Sie wären bestimmt nicht mehr am Leben.“ – Frau OR Stephan: „Ich bin nicht im Namen des Volkes, sondern im Namen der SED verurteilt worden. Denn sie alle tragen das Parteiabzeichen, die einen sichtbar, die anderen verdeckt.“ Diese Äußerungen bewirkten, dass mir die 7 Tage der U-Haft nicht angerechnet wurden und ab ging es zurück nach Waldheim.

Hier wurden wir, die „X-er“, gesondert von allen anderen Häftlingen, in der von uns so genannten „Bremen“, dem Zellenhaus im Erdgeschoss, in 2 mal 4 m großen Zellen mit 6 Mann eingepfercht. Es war furchtbar! Wir bekamen weder Zeitungen noch Bücher und wurden, wenn notwendig, gesondert zur Ambulanz geführt. Als Höhepunkt der Schikanen empfand ich, dass wir des öfteren unseren täglichen 20-Minuten-Rundgang auf der Rückseite des Zellenhauses zwischen den Kloaken leerenden Jauchewagen machen mussten. Bei einer Beschwerde darüber wurde uns der Rundgang eine Woche ganz gestrichen. Nach einem Jahr wurden wir täglich auf den Boden des Zellenhauses zur Arbeit gebracht. Wir mussten die aus Leipzig gelieferten Kürschnerreste (Felle) mit Scheren schneiden. Die Haare wurden als Filz weiterverarbeitet. Man gab uns Mundtücher wegen der herumfliegenden Haare. Diese waren aber so dick, dass wir sie nicht benutzen konnten. – Nach dem zweiten Jahr wurde unsere „X-er“- Isolierung aufgehoben, und wir wurden in verschiedene Arbeitsbereiche aufgeteilt. Ich kam in die Druckerei bis man feststellte, dass ich als „X-er“ nicht die Vorschriften für das Wachpersonal zur Behandlung der Häftlinge drucken durfte. Wäscherei und Bekleidungskammer waren die nächsten Arbeitsstellen für mich. In der Bekleidungskammer lag eines Tages ein Zettel auf der Erde mit folgendem Wortlaut: Gefangene, denkt daran, die SED ist eine Verbrecherpartei! Den Zettel übergab ich dem Polizeimeister, Leiter der Bekleidungskammer, mit den Worten: „Mich können Sie mit solch einer simplen Provokation nicht hereinlegen. Ich war 4 1/2 Jahre in russischer Gefangenschaft und habe schlimmeres hinter mir.“ Verlegen nahm er das Hetzblatt und ging. Kurze Zeit darauf erfolgte meine Verlegung in die Ankerwickelei, wo ich bis zu meinem Abtransport in die Haftanstalt Bautzen tätig war. Der Wechsel ins „Gelbe

Elend“ war aufgrund eines Antrages meiner schwerkranken Mutter ans Justizministerium wegen der weiten und beschwerlichen Besuchsfahrten von Görlitz nach Waldheim genehmigt worden.

Und in Bautzen ging es gleich so richtig los! Einzelzelle und Isolierung! Innerhalb von 14 Tagen hat man mir dreimal den Strohsack vollends entleert, nach Kassibern und verbotenen Gegenständen gesucht. Zweimal stopfte ich mir wieder den Strohsack. Bei dritten Mal legt ich den Strohsack auf das aufgeschüttete Stroh und schlief darauf. Einem Wachtmeister, der zu mir in die Zelle kommen wollte, sagte ich: „Er möge die Zelle allein nicht betreten, da es aus Sicherheitsgründen nicht erlaubt sei. Ich habe in Waldheim die Vorschriften fürs Justizpersonal gedruckt und er möchte mir Ärger ersparen.“ Der Wachtmeister war aber nur an der Zellentür stehen geblieben, um mir mitzuteilen, dass ich verlegt würde. Ich kam von der Einzelzelle in den Gemeinschaftssaal von ca. 150 Häftlingen. Hier waren alle Kategorien von Straftätern zusammen, vom Mörder zum Kinderschänder und Vergewaltiger. Hiermit wollte das Regime zeigen, wozu man uns, die politischen Häftlinge, zählte.

Ich wurde in den Arbeitsprozess eingegliedert, kam in die Schneiderei und lernte an der Maschine nähen. Nach einer Umfrage, ob jemand die russische Sprache beherrschte, meldete ich mich, denn ich war des Nähens leid. Meine Augen wurden immer schlechter, infolge des schwarzen Cords, den wir zu Zimmermädchenanzügen nähen mussten. Als man noch hörte, dass ich bei der Luftwaffe gewesen bin, kam ich ins Konstruktionsbüro als Übersetzer für die Dienststelle Straußberg. Für eine DIN A5 Seite Übersetzung bekam die Haftanstalt 20 Mark. Ich übersetzte täglich 4–5 Seiten, das waren also 80 bis 100 Mark. 6 Tage in der Woche übersetzte ich, da kann man sich ausrechnen, was die Haftanstalt an mir verdient hat! In dem gleichen Raum arbeiteten auch Kartografen, die Triest und die Alpen (Frankreich, Italien) kartografierten. Wofür? Etwas für einen Krieg? Nach etwa 3–4 Monaten musste ich meine Sachen packen und wurde wieder einmal verlegt. Durch den „Buschfunk“ erfuhr ich, dass man mich aufgrund meiner Straftat, als Gegner des Staates, nicht weiter in dieser Abteilung beschäftigen durfte. In den verschiedensten Arbeitsbereichen wurde ich nun beschäftigt und so verging die Zeit. Das Krankenhaus lernte ich auch kennen. Ich bekam Gelbsucht und kam in eine Isolierkrankenzelle. Nur zur Essenausgabe sah ich einen Sanitäter. Ein Arzt kam nur einmal in der Woche. Kurz nach meiner Genesung musste ich wie-

der ins Krankenhaus. Ich hatte Magen- und Zwölffingerdarmgeschwüre und meine chronische Blinddarmentzündung wurde akut. Hiermit möchte ich dem Reichenbacher Privatarzt danken, der einmal wöchentlich eine internistische Sprechstunde in der Anstalt hielt. Er hat mich davor bewahrt, dass ich in der Haftanstalt operiert wurde. Meine Entlassung war in greifbarer Nähe und so konnte er es verantworten, nicht auf einer sofortigen Operation zu bestehen. Er sagte zu mir, als der aufsichtsführende Wachtmeister abgelenkt war, dass ich mich zu Hause operieren lassen solle, denn hier könne er für ein Gelingen der Operation nicht garantieren.

Beinahe hätte ich vergessen, das Schlimmste, das mir während meiner Haft angetan wurde zu berichten. Wilhelm Pieck war Ende 1960 verstorben und Walter Ulbricht hat zu seinem Amtsantritt eine Amnestie für alle Häftlinge, die nur eine geringe Haftdauer hatten, erlassen. Auch ich fiel darunter! Schon im Zivilanzug stand ich mit den anderen Amnestierten vor der letzten Tür zur Freiheit. Plötzlich wurde gerufen: „Assmann und Helbig werden nicht entlassen! Zurück!“ Ich war vollkommen am Boden zerstört, denn ich hatte mir nichts zu Schulden kommen lassen! Warum wurde ich nicht entlassen? Unter Androhung von Arbeitsverweigerung und Hungerstreik wurde mir der Grund durch einen Görlitzer Staatsicherheitsangehörigen mitgeteilt: „Ihre Mutter hat gesagt, dass sie nach der Entlassung sofort in den Westen übersiedeln wollen. Für ihre Zukunft sei gesorgt!“ – Und das lassen wir nicht zu, dass sie dort als Held gefeiert werden.

Am 27. Juni 1961 öffneten sich dann tatsächlich die Zuchthaus Türen und ich kam in die sogenannte Freiheit der DDR. Für Ende August war eine Urlaubsreise (Reisebüro) nach Usedom geplant und beim Bahnwechsel in Berlin vom Ostbahnhof zum Nordbahnhof aus der S-Bahn im Westsektor auszusteigen. Ein früherer Reiseantritt war nicht möglich, da ich noch keine Ausweispapiere besaß. – Alles umsonst, denn der 13. August 1961 mit dem Bau der Mauer in Berlin verurteilte mich zum weiteren Verbleib in der DDR.

15 Jahr Ehrverlust, Entzug aller bürgerlichen Ehrenrechte, hingen mir nach meiner Entlassung noch an. Ein Jahr war ich krank, wurde operiert und war arbeitsunfähig. Danach wurde mir eine Arbeitsstelle zugewiesen, denn als Lehrer war ich nicht tragbar.

Meine Familie, insbesondere meine Tochter, haben die Zeit bis zu ihrer Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR, am 2. August

1989, mit Bravour überstanden. Ich selbst war 1986 als Rentner (mit einer Monatsrente von 380 Mark) von einem genehmigten Verwandtenbesuch in der BRD nicht mehr in die DDR zurückgekehrt.

In der BRD habe ich vergebens verschiedene Ministerien und Politiker angeschrieben und um Hilfe gebeten, damit Frau und Tochter baldmöglichst in die Bundesrepublik ausreisen können. Meine Frau wurde monatlich zur Abteilung Inneres in Görlitz bestellt und mit familiären Fragen belästigt. Meine Tochter, die mit einem sehr guten Abitur und trotz negativer politischer Beurteilung schließlich doch noch einen Studienplatz in Berlin bekommen hatte, wurde nach meiner Republikflucht exmatrikuliert.

Kurz vor dem Mauerfall kam es dann endlich zur Familienzusammenführung. Nach Einsicht in meine Stasi-Akten habe ich mit Entsetzen festgestellt, dass meine Familie und ich 25 Jahre lang von der Staatssicherheit überwacht worden waren. Deren zumeist nicht gerade auf Wahrheit beruhenden Aussagen und Berichte über meine Person und meinen Arbeitsbereich (städtische Kunstsammlung) hätten mir nicht nur Ärger mit der Abteilung Inneres, sondern Schlimmeres bringen können. 17 Zuträger, darunter bekannte Persönlichkeiten von Görlitz und angebliche „gute Freunde“ sind enttarnt und mit Namen bekannt geworden.

Meine Frau und ich haben die in den Akten enthaltenen Gemeinheiten und Anschuldigungen bis heute nicht verkraftet und werden das wohl nie vergessen können.



Achim Beyer

Mitte Mai 1951 wurde ich in Werdau/Sachsen mit weiteren 18 Schülern und Freunden von der Staatssicherheit mitten im Abitur verhaftet und Anfang Oktober 1951 in dem Prozess gegen die „Werdauer Oberschüler“ nach Artikel 6 der DDR-Verfassung zu 8 Jahren Zuchthaus „und anschließenden 8 Jahren Sühnemaßnahmen gemäß KD 38“ verurteilt. Die Gesamtstrafe für 19 Jugendliche – unter ihnen mehrere Sechzehnjährige und drei Mädchen – betrug 130 Jahre Zuchthaus.

Wir hatten Flugblätter hergestellt, verteilt und geklebt, insbesondere gegen die „Volkskammer-Wahl“ 1950 (Text: „Wir sehnen uns nach Frieden, nach der Einheit Deutschlands in Freiheit – weg mit den Volksverrättern – wählt mit NEIN“), gegen das SED-Regime, gegen das Todesurteil gegen Hermann Joseph Flade; wir störten mit Stinkbomben politische Veranstaltungen, aber wir haben keinerlei Sabotageakte geplant oder gar ausgeführt.

Dennoch hieß es in der Anklageschrift, dass „alle Angeeschuldigten sich eines der schwersten Verbrechen schuldig gemacht“ hätten,

denn „sie haben durch ihre verbrecherischen Machenschaften versucht, die feste demokratische Ordnung des antifaschistisch-demokratischen Blockes ins Wanken zu bringen“ und hätten „klar zu erkennen gegeben, dass sie die Feinde des Friedenslagers der 800 Millionen friedliebenden Menschen sind. Sie haben sich selbst durch ihre verbrecherischen Handlungen aus der Gemeinschaft der friedliebenden Menschheit ausgeschlossen. Wir werden es nicht zulassen, dass die Erfolge im Kampf um die Einheit Deutschlands und die Erhaltung des Friedens, sowie des friedlichen Aufbaus, durch solche Elemente zunichte gemacht werden.“

Ich verbrachte insgesamt fünfeneinhalb Jahre in verschiedenen Strafanstalten der DDR, wurde am 13. Oktober 1956 aus der Haft (Cottbus) entlassen und floh am 6. November 1956 nach Bayern. Von Ende Februar 1953 bis Anfang März 1954 war ich im Zuchthaus „Roter Ochse“ in Halle inhaftiert. So erlebte ich die dramatischen Ereignisse des 17. Juni als politischer Häftling.

Der „Rote Ochse“ in Halle

Anfang der Fünfzigerjahre gab es in Halle drei Haftanstalten unterschiedlicher Größe und Bestimmung. Am Kirchtor 20 befand sich die UHA I, die Untersuchungshaftanstalt der Stasi. Das Gebäude war der Flügel A der großen Haftanstalt „Roter Ochse“, aber durch hohe Mauern und auch verwaltungsmäßig von den übrigen Teilen streng abgetrennt. Die UHA II befand sich in der Kleinen Steinstraße. Dort waren überwiegend Frauen und nicht politische Untersuchungsgefangene inhaftiert. Die dritte Haftanstalt, das Zuchthaus „Roter Ochse“, eine SVA (Strafvollzugsanstalt) mit über 800 Verurteilten befand sich ebenfalls am Kirchtor 20. Diese Differenzierung ist wichtig für den Ablauf der Ereignisse am 17. Juni 1953 in Halle.

Der „Rote Ochse“ erhielt seinen Namen nach der eigenwilligen Gebäudeform und den roten Ziegelsteinen, aus denen er 1841 gemauert worden war. Die Anstalt liegt mitten in Halle, von den Zellenfenstern blickte man auf die kahlen, fast fensterlosen Rückfassaden der Mietshäuser. Ende 1952 wurde die Anstalt in einem unglaublich verwahrlosten Zustand von den Russen an die DDR-Justiz und an das MfS übergeben, nachdem bereits 1950 ein Teil von den Russen (NKWD) geräumt worden war. Als Anfang 1953 das Zellenhaus neu belegt wurde, waren die vergitterten Fenster zusätzlich mit Holz- und Metallblenden versehen, die Zellen verdeckt, sämtlich überbelegt, die sanitären und hygienischen Ver-

hältnisse miserabel, die Verpflegung völlig unzureichend und einseitig.

Die insgesamt etwa 800 bis 1000 männlichen Gefangenen kamen vor allem aus Bautzen und Torgau. „Tribunaler“ (von sowjetischen Militärtribunalen Verurteilte), nach Artikel 6 der DDR-Verfassung verurteilte politische Häftlinge und Kriminelle (überwiegend Sexualverbrecher, aber auch Mörder) wurden in den Zellen gemischt untergebracht.

Im Frühjahr 1953 wurde ich in die Turmzelle im 1. Obergeschoss des „B-D-Blockes“ verlegt, die als „Jugendzelle“ eingerichtet war. Als „Zellenältester“ – von der Anstaltsleitung als „Erzieher“ apostrophiert – wurde uns Jugendlichen (politisch und kriminell bunt durcheinander) ein wegen Sexualdelikten verurteilter Schneidermeister aus Halle vorgesetzt. Selbst hier gab es keine Vergünstigungen, auch nicht bei der Zellausstattung: Sieben Menschen mussten auf engem Raum mit nur einem Kübel als Toilette auskommen.

Inzwischen waren in den großen Sälen des B-D-Blockes drei fließbandartig zusammengestellte Nähmaschinen-Straßen als Betrieb 3 des „VEB Hallesche Kleiderwerke“ installiert worden. Etwa 25 Häftlinge je Band arbeiteten im Dreischichtsystem und stellten je Schicht und Band etwa 100 Herrenhosen her.

Nicht nur ich empfand diese Tätigkeit trotz Antreiberei als durchaus willkommene Ablenkung vom tristen Zellendasein. In einem Häftlingsbericht heißt es: „Durch die Arbeit in der Schneiderei konnte man an 6 Tagen in der Woche den unerträglichen Lebensbedingungen und den natur- und umstandsbedingt auftretenden Spannungen innerhalb der zusammengepferchten Zellenmannschaft wenigstens zeitweise entfliehen.“ Und nicht zu unterschätzen: Dort gab es normale Toiletten.

Der 17. Juni 1953: Meine Erinnerungen als Häftling³

An diesem Tag war ich zur Frühschicht (6.00 bis 14.00 Uhr) in der Schneiderei eingesetzt. Von den Ereignissen am 16. Juni in Ost-Berlin und am Vormittag des 17. Juni auch in Halle hatten wir Häftlinge keine Ahnung, geschweige denn zuverlässige Informationen. Gegen Mittag beobachteten wir, dass die Wachtürme rund um den „Roten Ochsen“ stärker besetzt wurden (Doppel- bzw.

³Vgl. dazu Achim Beyer: 130 Jahre Zuchthaus. Jugendwiderstand in der DDR und der Prozess gegen die „Werdauer Oberschüler“ 1951, Leipzig 2003.

Dreifachposten). Die ersten Gerüchte kamen auf. Auch als gegen 12.30 Uhr die Schicht vorzeitig beendet wurde, meinten wir noch immer, der Grund dafür sei ein möglicher Fluchtversuch in unserer Anstalt oder vielleicht ein Aufstand in einem anderen Zuchthaus – viele der Bautzener Mithäftlinge erinnerten sich und uns an den dortigen Aufstand von 1950.

Wir wurden auch noch nicht stutzig, als wir bemerkten, dass nicht unser „normales“ Wachpersonal, sondern nur Offiziere uns aufforderten, in die Zellen zu gehen. Allerdings fiel uns der ungewohnte Umgangston auf; statt gewöhnlich harscher Befehle hörten wir: „Bitte gehen Sie ruhig in Ihre Zellen zurück. – Bitte bleiben Sie nicht stehen“. Die Offiziere waren über das ganze Treppenhaus und die Gänge verteilt. An eine Gegenreaktion unsererseits war in diesem Moment nicht mehr zu denken – wozu auch? Wir kannten noch immer nicht den Grund dieser Sonderaktion. Doch kaum waren wir in den Zellen unter Verschluss, wurde uns der Grund für das vorzeitige Schichtende klar: Plötzlich war ein immer stärker werdendes Stimmengewirr zu hören. Vor den Zuchthautoren forderte eine Volksmenge unüberhörbar die Befreiung der Häftlinge. Wer kann unsere Gefühle in diesem Moment beschreiben?! Sollten wir wirklich freikommen? Viele politische Häftlinge waren – wie ich – schon mehrere Jahre inhaftiert und hatten noch etliche Haftjahre vor uns.

Aus diesen Gedanken wurden wir jäh durch die Schusssalven der Volkspolizei (VP) gerissen. Wir hörten die Entrüstungsschreie der Demonstranten und immer wieder das Deutschlandlied.

Danach trat zunächst gespenstische Ruhe ein und dann völlig unerwartet ein neues, unbekanntes, aber gefährlich anmutendes Geräusch. Bei einem vorsichtigen Blick aus dem Fenster der „Jugendzelle“ sahen wir wenige Meter davor einen Panzer stehen, der sein Geschützrohr genau auf unser Zellenfenster gerichtet hatte.

Unsere „Jugendzelle“ lag nahe beim Eingang in den Block B-C des „Roten Ochsen“ und bei der Treppe zu den Kellerzellen. Seit dem späten Nachmittag des 17. Juni und die ganze folgende Nacht hindurch hörten wir, wie Menschen von Hunden gehetzt und mit Knüppeln geschlagen die Kellertreppe hinuntergejagt wurden. Die Schmerzensschreie der Geschundenen, das Hundegebell und die hasserfüllten Befehle der Bewacher jagten uns unheimlichen Schrecken ein.

Es war uns unmöglich, festzustellen, wie viele Menschen in diesen

Stunden so brutal misshandelt wurden – es wurden immer mehr; unsere Vorstellungskraft reichte nicht aus, um zu begreifen, was sich in den Kellerzellen abspielen musste.

Die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgte erst nach einigen Tagen. Dort berichteten Mithäftlinge, dass am 17. Juni in ihre Zelle völlig verstört und aufgelöst einer der „humanen“ Bewacher gekommen sei und die Schlüssel auf den Tisch gelegt habe – voller Angst, dass es ihm bei der Erstürmung der Anstalt so ergehen könnte wie einem uniformierten Kollegen, der auf der Straße angeblich gelyncht worden sei. Die Zelleninsassen versicherten, dass ihm nichts geschehen werde. Nach den ersten Schüssen verließ er die Zelle und verschloss sie wieder wie gewöhnlich.

Unter den Häftlingen wurde sehr strittig darüber diskutiert, ob ein Befreiungsversuch unsererseits eine Chance gehabt hätte. Zumindest wäre es möglich gewesen, von der Schneiderei aus in den Turm zu gelangen, um von dort aus schwere Nähmaschinen in den Innenhof zu werfen, wo die postierten Wachen die Schüsse gegen die Demonstranten abgaben. Doch das hätte die Zahl der Opfer sicherlich erhöht, auch unter den Häftlingen. Recht schnell verdrängten wir diese „theoretischen Überlegungen“.

Später erfuhren wir – bruchstückhaft – von verurteilten Demonstranten, was sich in Halle und der gesamten DDR am 17. Juni 1953 und in den Tagen und Wochen danach ereignet hatte.

Der Volksaufstand in Halle anhand vorliegender Dokumente Selbst die Auswertung verschiedener DDR-Archive bringt noch immer nicht in allen Details Klarheit über die Ereignisse. Die Berichte des MfS, der Einsatzleitung der Volkspolizei, der KVP und der SED-Leitungen sind oft nicht vollständig, sie enthalten zudem unterschiedliche, sogar einander widersprechende Informationen. Der Bezirk Halle gehörte jedoch zweifelsfrei zu den Zentren des Volksaufstandes in der DDR. In der Stadt Halle begannen die Demonstrationen am 17. Juni gegen 9 Uhr von der Waggonfabrik Ammendorf ausgehend mit mehreren tausend Demonstranten. Gegen 11.30 Uhr erreichten 7 000 bis 8 000 Menschen den Thälmann-Platz und die Stimmung wurde immer aggressiver. Die Demonstranten rissen sämtliche Transparente und Losungen auf dem Weg ab. Angriffe auf verschiedene Einrichtungen, wie das Bezirksgericht Halle, die Bezirksleitung der SED und den Rat des Bezirkes begannen.

Gegen Mittag zerfiel der große Demonstrationzug, da zu diesem

Zeitpunkt eine von der Mehrheit anerkannte Führung fehlte. Die „Freilassung der politischen Gefangenen“ war und blieb jedoch eines der wichtigsten Ziele der Aufständischen. Einer der Marschblöcke machte sich deshalb auf den Weg zum „Roten Ochsen“ am Kirchtor. Ein zweiter Demonstrationzug zog zur UHA II in der Kleinen Steinstraße, dem Frauengefängnis. Etwa 500 Aufständische stürmten gegen 12.30 Uhr die Anstalt, drückten das erste Tor ein und entwaffneten innerhalb von zehn Minuten eine Gruppe von zehn Angehörigen der Kasernierten Volkspolizei. Nach Warnschüssen aus dem Zellenhaus zogen sich die Demonstranten zunächst zurück. Von einem Staatsanwalt erwirkte ein mutiger Bürger ein Schreiben, wonach alle Gefangenen mit einer Strafe unter drei Jahren freizulassen seien. Bei der Öffnung des Zellenhauses wurden die Polizisten von der anstürmenden Menge überwältigt und bis 16 Uhr 248 weibliche und drei männliche Gefangene befreit. Wohl in Unkenntnis der Sachlage wurden so überwiegend kriminelle Häftlinge – teilweise gegen ihren Willen – befreit, denn zu hohen Freiheitsstrafen verurteilte „Politische“ waren im „Roten Ochsen“ inhaftiert.

Darauf fußt wohl auch die extrem polemisch und ideologisch verfremdete (später entstandene) Darstellung von Mitarbeitern der Stasi-Untersuchungshaftanstalt:

„Die eingeschleusten Faschisten wurden beauftragt, verschiedene Haftanstalten zu überfallen. Anhand der in den Westberliner Agentenzentralen vorbereiteten Listen wurden vorübergehend faschistische und kriminelle Verbrecher aus der Haftanstalt der DVP herausgeholt, wie z. B. die wegen bestialischer Verbrechen gegen die Menschlichkeit von der demokratischen Justiz verurteilte SS-Kommandeuse des Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück, Erna Dorn. So sollte in der DDR eine faschistische Macht errichtet und Deutschland der Weg zu Einheit und Frieden verlegt werden.“

Über einen angeblichen Auftritt der besagten Erna Dorn bei der Großkundgebung auf dem Hallmarkt am 17. Juni, 18.00 Uhr gibt es keine Belege. Die Legende kam aber der SED-Führung sehr gelegen, um den Aufstand vom 17. Juni als einen „faschistischen Putsch“ zu verunglimpfen. Neuere Forschungen dazu besagen:

„Als ‚Kommandeuse aus Ravensbrück‘ und ‚Rädelsführerin des faschistischen Putschversuches‘ vom 17. Juni ging eine Frau in die offizielle Geschichtsmythologie der DDR ein, deren wahre Identität und Biographie vor 1945 bis heute völlig ungeklärt ist. Unter

dem Namen Erna Dorn wurde sie am 1. Oktober 1953 hingerichtet.“

Die Großkundgebung von 18.00 bis gegen 19.00 Uhr auf dem Hallmarkt in Halle mit 40 000 bis 60 000 Menschen (in den Polizeiprotokollen wird die Teilnehmerzahl bewusst niedriger angegeben) ist insofern bemerkenswert, da sie zu einem Zeitpunkt stattfand, an dem in anderen Städten bereits der von den Sowjets angeordnete Ausnahmezustand herrschte.

Zu den Vorkommnissen vor der SVA I, dem „Roten Ochsen“⁴

„Gegen 14.00 Uhr näherten sich etwa 700 Demonstranten dem Zuchthaus ... Bald hatte sich die Menschenmenge vor dem großen Tor in der Straße 'Am Kirchtor' versammelt. Rufe wurden laut: 'Wir wollen die Gefangenen haben! – Gebt die Gefangenen frei! – Gebt unsere Brüder frei!' Steine prasselten gegen das Tor und wurden über die Gefängnismauer geworfen. Dann bemühten sich einige Aufständische vergeblich, das Tor mit einem Balken aufzusammeln. Daraufhin wollte der Leiter des Zuchthauses, VP-Inspekteur Blossfeld, 'die Gemüter etwas abkühlen'. Er ließ einen Feuerwehrschauch anschließen und die Massen über die Gefängnismauer hinweg mit kaltem Wasser bespritzen. Die Demonstranten liefen kreischend auseinander und versuchten, sich vor dem Wasser zu schützen. Daher glaubte die Wachmannschaft des Zuchthauses, wieder Herr der Lage zu sein. Die Polizisten öffneten eine Luke im Eingangstor, schoben den Feuerwehrschauch ein Stück hindurch und wollten die Aufständischen mit einem kräftigen Wasserstrahl von der Straße spülen. Sie hatten jedoch nicht mit dem Mut und der List der Demonstranten gerechnet. Mehrere Jugendliche schlichen sich in gebückter Haltung an die Luke heran. Dann ergriffen sie blitzschnell den Schlauch, rissen ihn den Polizisten aus den Händen, drehten den Schlauch und spritzten durch die Luke auf den Gefängnishof zurück. Nun waren es die Polizisten, die fluchend zur Seite sprangen. Schnell ließ der Zuchthausleiter das Wasser abstellen.

Doch wie sollte man in das Zuchthaus hineinkommen, um die Häftlinge befreien zu können? 'Auf einmal sagten welche, wir werden mit dem Lastwagen das Tor einrammen.' Also fuhr einer

⁴Das folgende Zitat ist der sehr informativen Regionalstudie entnommen, in welcher erstmalig auch ausführlich MfS-Akten ausgewertet wurden: Hans Peter Löhn, Spitzbart, Bauch und Brille – sind nicht des Volkes Wille! Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 in Halle an der Saale, Bremen 2003, S.59ff.

der beiden Lastwagen, die den Zug begleitet hatten, rückwärts gegen das Tor und versuchte, die zwei schweren Torflügel aufzudrücken. Dem ersten Ansturm hielt das mächtige Zuchthaus tor noch stand. Jedoch beim zweiten Anlauf gab das Tor krachend nach. Mit einem Triumphschrei drangen die Demonstranten in den Vorhof des Zuchthauses ein. Sie kamen allerdings nicht weit, denn inzwischen war eine Veränderung der Situation eingetreten.“ Etwa 14.15 Uhr war der Befehl erlassen worden, wonach bei Abwehrhandlungen der Gebrauch von Schusswaffen erlaubt wurde. „Auf einmal standen die überraschten Aufständischen vor einer Reihe von Volkspolizisten, die mit Gewehren auf sie zielten. Schon ertönte der Ruf des Zuchthausleiters: 'Zurück! Sonst wird geschossen!' Doch die Aufständischen wichen nicht zurück. Sie drangen weiter gegen die Polizisten vor. Die gaben nun einige Warnschüsse ab. Damit konnten die Aufständischen vorerst zwar gestoppt werden, und einige zogen sich sogar zurück. Aber die Mutigsten unter ihnen versuchten nach kurzem Zögern erneut, die Polizisten anzugreifen. In diesem Augenblick erschallte der Befehl: ‚Feuer!‘ und die Volkspolizisten schossen in die Menge. Drei Demonstranten blieben tödlich getroffen auf dem Pflaster liegen, andere erlitten Schussverletzungen. Jetzt war ein Vordringen nicht mehr möglich. Die Menge flüchtete von Panik ergriffen. Dabei gab es weitere Verletzte, denn einige Demonstranten kamen in der Panik zu Fall und wurden von anderen überrannt.“ In anderen Quellen heißt es, dass „zwei Eindringlinge schwer und einer tödlich verletzt“ worden seien. Auch über die Auszeichnung von VP-Inspektor Max Bloßfeld mit dem „Ehrenzeichen der Volkspolizei“ gibt es widersprüchliche Angaben.

Der Versuch, mit Hilfe eines Traktors (als Rammbock) über die Hermannstraße in das Zuchthaus einzudringen, scheiterte ebenfalls am Schusswaffengebrauch der Vopo. Auch dabei wurde ein Demonstrant tödlich getroffen. Die Demonstranten zogen sich schließlich völlig zurück, als gegen 16.00 Uhr zwei russische Panzer Am Kirchtor eintrafen. Aus dem „Roten Ochsen“ konnte kein Häftling befreit werden.

Eine interne Übersicht des DDR-Innenministeriums vom Jahresende 1953 nennt für die gesamte DDR zwölf Gefängnisse, die Gefangenenbefreiungen melden mussten. „Von den 1361 gewaltsam befreiten Gefangenen wurden bereits bis zum 30. 6. 53 1237 wieder aufgegriffen.“

Die Zahl der allein in Halle verhafteten Teilnehmer am Volksauf-

stand des 17.Juni wird mit 427 angegeben. Insgesamt verhängte das Bezirksgericht Halle in den Verhandlungen gegen 76 Angeklagte, die der aktiven Teilnahme am Volksaufstand beschuldigt wurden: einmal die Todesstrafe (Erna Dorn), 162 Jahre und 6 Monate Zuchthaus sowie 67 Jahre und 10 Monate Gefängnis.

Noch viele Monate danach waren die teilweise zu hohen Haftstrafen Verurteilten in den Strafanstalten besonderen Schikanen ausgesetzt: Sie wurden isoliert gehalten, die Zellen waren mit einem „X“ – abgeleitet vom „Tag X“ – markiert, ihre Haftkleidung war auf dem Rücken ebenfalls mit einem weißen „X“ gekennzeichnet.



Ausstellungseröffnung in der Gedenkstätte Bautzen

Silke Klewin

**„Solidarität mit Berlin“ – Der 17. Juni 1953
in den sächsischen Bezirken**

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

traditionell laden die Gedenkstätte Bautzen und die Friedrich-Ebert-Stiftung im Rahmen des Bautzen-Forums zu einer gemeinsa-

men Abendveranstaltung ein. Und so darf ich Sie heute Abend auch im Namen von Herrn Eisel, dem Leiter des Leipziger Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung, hier im ehemaligen Stasi-Gefängnis Bautzen II herzlich willkommen heißen – anlässlich der Eröffnung der Ausstellung: „Solidarität mit Berlin. Der 17. Juni 1953 in den sächsischen Bezirken“.

Unter unseren heutigen Gästen darf ich besonders herzlich den Sächsischen Staatsminister für Wissenschaft und Kunst, Herrn Dr. Matthias Röbber, begrüßen. Herr Dr. Röbber ist auch der Vorsitzende des Stiftungsrates der Stiftung Sächsische Gedenkstätten – dem Dach, unter dem die Gedenkstätte arbeitet. Und – da ich sowohl den Stiftungsratsvorsitzenden als auch den Geschäftsführer der Stiftung, Herrn Dr. Norbert Haase, herzlich willkommen heißen darf – freue ich mich, dass heute – quasi – meine beiden „Chefs“ anwesend sind.

Ebenso herzlich begrüße ich den Sächsischen Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Herrn Michael Beleites, dem wir die Ausstellung verdanken, die wir heute Abend eröffnen. Und schließlich – last, but not least – einen ganz besonderen Willkommensgruß an Herrn Harald Möller, den neuen Vorsitzenden des Bautzen-Komitees.

Meine Damen und Herren,

das diesjährige – nunmehr bereits XIV. Bautzen-Forum – titelt: „Der 17. Juni 1953 – Widerstand als Vermächtnis“. Die Wanderausstellung, die für die nächsten drei Wochen in der Gedenkstätte Bautzen zu sehen sein wird, reiht sich in dieses Thema ein.

Sie erzählt, wie der Funke des Aufstands im Juni 1953 von Berlin auf die sächsische Region übergriff, wie in vielen Städten und Gemeinden Menschen auf die Straßen gingen, sich ganze Betriebsbelegschaften der Streikbewegung anschlossen und wie schließlich der Volksaufstand brutal niedergeschlagen wurde. Sie erzählt von den sächsischen Akteuren der Revolution, die ihren Einsatz für Freiheit und Demokratie mit Tod, Verfolgung und Haft bezahlen mussten. Und sie erzählt auch von den Häftlingen des 17. Juni, den so genannten X-ern, die ihre Strafen für lange Jahre hier in den Bautzener Haftanstalten verbüßen mussten.

In wenigen Wochen jähren sich die Tage des Protests um den 17. Juni 1953 zum 50. Mal. Das diesjährige „runde Jubiläum“ wurde zum Anlass genommen, dass überraschenderweise fast allerorten

nahezu unzählige Veranstaltungen an die Revolutionstage erinnern. Termingerecht sind zahlreiche Fachbücher und Aufsätze veröffentlicht worden, in den Printmedien sind groß aufgemachte Berichte zu lesen, die Fernsehsender überschlagen sich geradezu mit Dokumentationen, Spielfilmen und Zeitzeugengesprächen und in Politik und Gesellschaft gibt es feierliche Kranzniederlegungen, Gedenkreden, Straßenbenennungen und – was viel zu lange versäumt wurde – Ehrungen der damaligen Akteure. Sie alle verfolgen dasselbe Ziel: die Ereignisse des Aufstandes in der Erinnerung wach zu halten bzw. sie in das Gedächtnis Einzug halten zu lassen.

Selbst wenn die Häufung der Veranstaltungen manchmal fast zu überfordern scheint, stimmt mich die diesjährige Aufmerksamkeit, die der 17. Juni 1953 erfährt, hoffnungsfroh. Denn ich finde es richtig und sehr wichtig, den Volksaufstand in unserem Geschichtsbewusstsein fest zu verankern. Bisher hat er kaum einen Platz in unserem Gedächtnis gefunden. Bis heute stellen die Ereignisse um den 17. Juni 1953 im öffentlichen Bewusstsein eine Randerscheinung dar.

So hat beispielsweise der Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten und der Körber-Stiftung, der dieses Jahr zum 17. Juni 53 ausgerichtet wurde, interessante Ergebnisse zutage gebracht. Für fast alle der teilnehmenden Schüler und Studenten war der 17. Juni 1953 zunächst nämlich nur ein Datum, ein Tag wie jeder andere. Erst durch die Beschäftigung mit dem Thema – anlässlich ihrer Wettbewerbsteilnahme – erkannten sie die Bedeutung des Tages und erachteten ihn sämtlich für erinnerungswürdig. Bei der Erarbeitung ihrer Wettbewerbsbeiträge stellten die meisten der Teilnehmer nun ihrerseits fest, dass sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland nur wenige Menschen das geschichtsträchtige Datum überhaupt mit dem Volksaufstand in der DDR in Verbindung bringen. Zwar konnten die meisten der über siebzigjährigen Menschen zum 17. Juni 1953 Auskunft geben, aber die Mehrzahl der jüngeren Befragten, insbesondere die Jugendlichen, mussten auf die Frage nach der Bedeutung des 17. Juni passen. „Was soll da gewesen sein?“ „Noch nie was davon gehört.“ „Das war früher mal ein Feiertag – aber warum? Keine Ahnung.“ So der Tenor der Antworten.

Dieses Beispiel verdeutlicht, welche nachrangige Bedeutung der 17. Juni 1953 leider bisher noch im kollektiven Gedächtnis der Deutschen einnimmt. Daran vermochte weder der Umstand, dass Stra-

Ben nach dem 17. Juni benannt wurden, noch gar die bereits 1954 in der Bundesrepublik erfolgte Ernennung des Tages zum Feiertag etwas zu ändern. Der 17. Juni verlor seine inhaltliche Zuordnung fast völlig und verankerte sich im öffentlichen Bewusstsein höchstens als freier Tag, als Ausflugs- und Badetag.

Dabei bietet gerade der 17. Juni 1953 positive Anknüpfungspunkte im historischen Gedächtnis der deutschen Nation – Werte wie der eigenständig bekundete Wille zur Freiheit und Demokratie, das öffentliche Eintreten für demokratische Grundrechte, das massenhafte Aufbegehren gegen ein diktatorisches System. Der 17. Juni 1953 stellt ein solch positives Datum dar, an denen die Deutsche Geschichte wahrlich nicht reich ist. Der Volksaufstand verdient einen herausragenden Platz in unserer Erinnerungskultur.

Mit Ausstellungen wie dieser und ihrer Präsentation an Orten wie der Gedenkstätte Bautzen gelingt es, die Geschichte des Widerstandes in Erinnerung zu rufen und für die heutige Generation deutlich zu machen. Eine Verstetigung dieses Erinnerungsprozesses, die feste Verankerung in der deutschen Erinnerungskultur kann insbesondere dann erfolgen, wenn die Möglichkeiten bestehen, einen Ausstellungsbesuch durch ein breit gefächertes Bildungsangebot an einem Ort wie diesem zu begleiten. Schülerprojekte – wie beispielsweise das heute Nachmittag auf dem Forum präsentierte Projekt Spurensuche des Bautzener Schillergymnasiums und der Mittelschule Doberschau –, Lehrerfortbildungen und nicht zuletzt Zeitzeugenvorträge sind Angebote, die auch nach den runden Jubiläen den Schülern und Lehrern zur Verfügung stehen sollten.

Zum 50. Jahrestag wird dem fast vergessenen Aufstand der Ostdeutschen eine neue Chance im kollektiven Gedächtnis eröffnet. Nutzen wir diese Chance!

Bevor ich jetzt das Wort an Herrn Rößler übergebe, der ein Grußwort zu uns sprechen wird, und anschließend an Herrn Beileites, der uns in die Ausstellung einführt, noch ein kurzes Wort des Dankes. Ganz, ganz herzlich möchte ich mich bei Herrn Eisel und seinen Mitarbeitern für die mal wieder perfekte Zusammenarbeit und die so freundliche Unterstützung der Gedenkstätte Bautzen bedanken.

Und nun bitte ich Herrn Staatsminister Rößler um sein Grußwort und danke für ihre Aufmerksamkeit.



Matthias Röbler

Grußwort zur Ausstellungseröffnung „Solidarität mit Berlin – Der 17. Juni 1953 in Sachsen“

Frau Klewin,
Herr Beleites,
Herr Dr. Haase,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

der 17. Juni 1953 stellt im kollektiven Gedächtnis der Deutschen, gemessen an seiner historischen Bedeutung, bis heute noch immer

eine Marginalie dar. Dabei ist gerade das Ereignis des Volksaufstandes in der DDR für die Erinnerungskultur des vereinten Deutschlands von ganz herausragender Bedeutung.

Über eine Million Menschen in mehr als 700 Städten und Gemeinden der DDR beteiligten sich an Streiks und Kundgebungen. Was als sozialer Protest gegen die Normerhöhungen in der Industrie begann, entwickelte sich bereits am 16. Juni in Berlin zu einer politischen Bewegung. Die Ziele waren klar umrissen und hießen Freiheit und Demokratie. „Wir wollen freie Menschen sein“ war eine der häufig überlieferten Forderungen, aber es erscholl auch der Ruf nach der „Freiheit für politische Gefangene“, die zu Zehntausenden in den Gefängnissen der DDR eingesperrt waren. Die politischen Forderungen erschütterten die Grundfesten der SED-Diktatur. Am frühen Nachmittag des 17. Juni schien die zweite Diktatur in Deutschland bereits zu kollabieren. Die Bevölkerung der DDR versuchte sich – auch an vielen Orten in den Industrieregionen Sachsens – von ihren Unterdrückern zu befreien.

So verhielt es sich in diesen denkwürdigen Tagen ganz anders als unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, die angesichts eines Widerstandes der Wenigen erst von außen endgültig gestürzt werden konnte. An einem 8. Mai 1945, also genau heute vor 58 Jahren, muss man diesen inneren Zusammenhang zwischen dem Tag der Befreiung 1945 und dem Versuch der Selbstbefreiung 1953 gleichsam als „Denktage“ der Deutschen herstellen.

Es waren sowjetische Panzer, die den Aufstand im Juni 1953 schließlich blutig niederschlugen. Fünfzig Tote, mindestens zwanzig Menschen wurden standrechtlich erschossen, über 10 000 Menschen verhaftet und zu teils langjährigen Haftstrafen verurteilt. Nicht wenige der Verurteilten kamen zur Verbüßung ihrer Haftstrafe in die Bautzener Gefängnisse.

Der Aufstand war der erste Aufstand im kommunistischen Machtbereich nach 1945 und hat somit nicht nur in der Geschichte der deutschen, sondern auch der europäischen Freiheitsbewegungen seinen festen Platz. Die friedlichen Revolutionen des Jahres 1989, durch die die kommunistischen Regime überwunden wurden, stehen in einer Traditionslinie mit den Erhebungen in der DDR 1953, Ungarn 1956, Tschechoslowakei 1968 und den polnischen Aufständen und Streikbewegungen der Siebziger- und Achtzigerjahre.

Die Volkserhebung am 17. Juni, die sich in wenigen Wochen zum 50. Male jährt, hatte eine lange Vorgeschichte. Und sie hatte Nachwirkungen. Bis 1989 blieb der 17. Juni 1953 ein Trauma der

Ostdeutschen, das die Ohnmacht dem allmächtigen kommunistischen System gegenüber für 36 Jahre manifestieren sollte.

Im Westen Deutschlands reduzierte sich der 17. Juni im Verlauf der Geschichte der Bundesrepublik immer mehr auf das Ritual des „Tages der deutschen Einheit“. Von der Partei- und Staatsführung der DDR wurde der Aufstand als „faschistischer Putschversuch“ verunglimpft.

Die Erhebung ist für die Erinnerungskultur des vereinigten Deutschland von herausragender Bedeutung. Der 17. Juni muss mehr sein als nur ein Datum. Er muss mit Geschichten, Ereignissen und Menschen verknüpft werden, damit heutige und künftige Zeitgenossen eine anschauliche Vorstellung der damaligen Ereignisse erhalten.

Deshalb ist es wichtig, dass solche Wanderausstellungen wie die des Sächsischen Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, die wir heute in der Gedenkstätte Bautzen eröffnen, entstehen und ein breites Publikum finden. Ich danke dem Landesbeauftragten, Herrn Beileites, und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gedenkstättenstiftung für ihr Engagement in dieser Sache.

Insbesondere die Darstellung persönlicher Schicksale in der Region vermag es, den Nachgeborenen einen Zugang zur Thematik zu bereiten, der durch Herz und Hirn geht. Das ist wichtig, um im Geschichtsbild der Jugendlichen Werte wie Zivilcourage, Menschenrechte und Freiheitsliebe zu verankern. Denn – lassen Sie mich an dieser Stelle Joachim Gauck zitieren – „wenn wir von der Hingabe an das Gemeinwesen, von der Liebe zur Freiheit, von der Opferbereitschaft für die Gerechtigkeit schweigen, dürfen wir uns nicht wundern, wenn derartige Tugenden eines Tages nicht mehr existieren.“

Deshalb wünsche ich der Initiative nicht nur, aber vor allem auf schulischer Ebene eine breite Resonanz, dass möglichst viele Schulklassen und Lehrer dieses Angebot zur Vertiefung ihrer im Geschichtsunterricht erworbenen Kenntnisse annehmen. Denn das Vermächtnis der Aufständischen muss bewahrt und fruchtbar gemacht werden. Der Mut und die Freiheitsliebe müssen Zukunft haben. Von mündigen Bürgern erwarten wir den Einsatz für Demokratie und Menschenrechte. Joachim Gauck hat – wie so oft – treffend zusammengefasst, worum es geht, und mit seinen Worten möchte ich schließen: „Fortwährend bleiben Demokraten der Aufgabe verpflichtet, Diktatoren zu bekämpfen und sie auch



nachträglich noch zu delegitimieren. Sie sind gefährlich, nicht erst, wenn sie KZs errichten. Sie sind es bereits, wenn sie ihre fürsorgliche Verwandlung von Bürgern in Untertanen betreiben.“



Michael Beleites

Einführung in die Ausstellung „Solidarität mit Berlin – Der 17. Juni 1953 in den sächsischen Bezirken“

Sehr geehrter Herr Staatsminister Dr. Rößler,
Sehr geehrte Frau Klewin,
Sehr geehrter Herr Eisel,
Sehr geehrter Herr Möller,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

„Solidarität mit Berlin“; das klingt in sächsischen Ohren provokativ. Doch es trifft die damalige Situation ziemlich genau: Die Arbeiterschaft der mitteldeutschen Industriegebiete identifizierte sich mit den Forderungen der Arbeiter aus der Berliner Stalinallee – und die Menschen in den sächsischen Städten solidarisierten sich mit den Demonstranten von Ost-Berlin. Sie demonstrierten selbst. Bei unseren Recherchen zu den Ereignissen des 17. Juni 1953 in

den sächsischen Bezirken stießen wir immer wieder auf ein zentrales Motto der Aufständischen: Solidarität mit Berlin.

Dank der über das westliche Radio verbreiteten Informationen über die Erhebung der Ost-Berliner Bauarbeiter am 16. Juni 1953 kam es am Folgetag in der ganzen DDR zu Streiks und gewaltigen Demonstrationen. Aus der Wut der Industriearbeiter erwuchs ein Arbeiteraufstand und dieser entwickelte sich am 17. Juni zu einem landesweiten Volksaufstand. Zentrale Ziele der Aufständischen waren die Herstellung demokratischer Verhältnisse und die Einheit Deutschlands. In einigen Städten, wie z. B. in Görlitz, waren bereits die gesamte Funktionärsschicht abgesetzt, ein neues Stadtkomitee gebildet und alle politischen Gefangenen befreit. Erst durch den Einsatz sowjetischer Panzer ist der Aufstand niedergeschlagen worden. „Die Macht der SED war zu ihren Ursprüngen zurückgekehrt“ – so der Publizist Karl Wilhelm Fricke.

Auch wenn der Sturz des Politbüros letztlich scheiterte; es bleibt das Verdienst der Aufständischen von 1953, dass die SED-Diktatur auf Dauer delegitimiert wurde. Der 17. Juni blieb das Symbol dafür, dass das SED-Regime seine Herrschaft allein den Panzern der Roten Armee verdankte. Es war nicht nur das Trauma einer gescheiterten Revolution, das sich in das Bewusstsein einer ganzen Generation einbrannte und zu einer jahrzehntelangen politischen Resignation beitrug. Es war auch das Wissen um die Tatsache, dass sich 1953 ein machtvoller Aufstand gegen das Regime spontan und in kürzester Zeit seinen Weg durch das ganze Land gebahnt hatte, das den nachfolgenden Generationen den Hauch einer Perspektive verlieh, die über den Bestand der DDR hinausreichte.

Wir wissen heute, dass über eine Million Menschen an dem Aufstand beteiligt waren, dass 13 Volkspolizei- und Stasidienststellen erstürmt und 12 Gefängnisse befreit wurden; wir wissen, dass 60–80 Menschen auf den Straßen durch Kugeln ums Leben kamen und 18 standrechtlich erschossen wurden; und wir wissen, dass 13 000 – 15 000 Akteure verhaftet und ca. 1800 von DDR-Gerichten verurteilt wurden.

Doch nun zur Ausstellung. Diese Wanderausstellung ist ein Gemeinschaftswerk: An dieser Stelle möchte ich mich ausdrücklich bedanken bei Frau Dr. Heidi Roth, für die umfangreichen Recherchen und die Beschaffung vieler Dokumente, bei Frau Uta Dittmann und Herrn Michael Wildt für die Erstellung der Texte, bei Herrn Steffen Giersch für die Beschaffung und Reproduktion der zahlreichen Fotos – und bei Herrn Thomas Walther für die hervor-

ragende grafische Umsetzung, die sehr ansprechende und anschauliche Gestaltung der Tafeln. Für die Bereitstellung der Dokumente und die Überlassung der zahlreichen Fotos vom 17. Juni 1953 sei insbesondere der Behörde der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, dem Sächsischen Hauptstaatsarchiv, den Stadtarchiven, den jeweiligen Fotografen, dem Stadtgeschichtlichen Museum Leipzig, dem Archiv Bürgerbewegung Leipzig, der Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn, dem Bundespresseamt Berlin, dem Kulturamt der Stadt Görlitz und dem Militärhistorischen Museum Dresden sehr herzlich gedankt.

Die Ausstellung ist untergliedert in die Vorgeschichte, die Ereignisgeschichte und die Folgen des 17. Juni 1953. Zunächst zur Vorgeschichte, also zur Nachkriegsentwicklung in der Sowjetzone und der frühen DDR. In der Sowjetischen Besatzungszone hatten sich die Moskau-treuen Kommunisten mit Hilfe der Roten Armee und des sowjetischen Geheimdienstes die Macht gesichert. Nach der Gründung der DDR im Oktober 1949 wandelte sich das politische System zunehmend zur offenen Diktatur: Die Auflösung der Länder, die Kollektivierung der Bauern, die Bekämpfung der Kirchen, die Verschärfung des Strafrechts, Justizterror und Militarisierung – das waren die Dinge, die auf der zweiten Parteikonferenz der SED im Juli 1952 in die Wege geleitet wurden, als man den „Aufbau des Sozialismus in der DDR“ beschloss.

Auch nach Stalins Tod im März 1953 nahm der Druck auf die Bevölkerung nicht ab – und ebenso wenig die Fluchtwelle in Richtung Westen. Die kommunistische Überformung der Gesellschaft gipfelte in der Umbenennung von Chemnitz in „Karl-Marx-Stadt“ im Mai 1953. Erst auf Druck aus Moskau hin verkündete die SED-Führung am 9. Juni 1953 einen „Neuen Kurs“: Den Bauern, Handwerkern und Privatunternehmen machte man Zugeständnisse, die Strafurteile sollten überprüft und politische Gefangene freigelassen werden, die systematische Verfolgung der evangelischen „Jungen Gemeinden“ stellte man ein. Nur die Normerhöhungen für die Arbeiter blieben bestehen. Streiks ab dem 11. Juni waren die Folge.

Zur Ereignisgeschichte ist zunächst die von Ost-Berlin ausgehende Entwicklung des Aufstandsgeschehens in der gesamten DDR dargestellt; dann jeweils auf mehreren Tafeln die Ereignisse in den sächsischen Bezirken mit den Schwerpunkten Leipzig, Dresden und Görlitz. Sowohl im mitteldeutschen Industriegebiet als auch in der Oberlausitz spielte der Aufstand vom 17. Juni 1953 eine her-

ausragende Rolle. Darauf kommen wir dann beim Rundgang näher zu sprechen.

In besonderer Weise werden wir hier an diesem Ort mit den Folgen des 17. Juni konfrontiert: Die meisten der Akteure des 17. Juni aus der ganzen DDR, die in den folgenden Tagen und Wochen von den Sowjets sowie von Volkspolizei und Stasi inhaftiert und von der SED-Justiz verurteilt wurden, brachte man in sächsische Gefängnisse und Zuchthäuser: nach Waldheim, nach Torgau und nach Bautzen. Die Aufständischen hat man hier stigmatisiert, indem ihnen mit Farbe ein „X“ auf die Häftlingskleidung gemalt wurde. Zudem wurden sie in besonderer Weise schikaniert und isoliert. Aus dem Zuchthaus Bautzen I sind Häftlingszeichnungen überliefert, die diese Situation sehr anschaulich darstellen. Sie finden diese zusammen mit Fotos der jeweiligen Haftanstalten auf den Ausstellungstafeln über die Folgen des Aufstands. Sachsen spielte also auch im Hinblick auf die Folgen des Aufstands eine besondere Rolle. Schließlich sind auch die beiden von DDR-Gerichten im Zusammenhang mit dem 17. Juni zum Tode verurteilten und hingerichteten Menschen unter dem Fallbeil von Dresden, am dortigen Münchner Platz, gestorben.

Nun zu den mittelbaren Folgen; zur Wirkungsgeschichte und zur Erinnerungskultur zum 17. Juni: Zunächst muss man nüchtern feststellen, dass im Hinblick auf die internationale Lage das Jahr 1953 keinesfalls mit dem Jahr 1989 gleichzusetzen ist. Die Ost-West-Blockkonfrontation stand an ihrem Anfang und nicht an ihrem Ende. Auch die West-Alliierten wollten damals am geopolitischen Status quo nicht rütteln lassen. Der Aufruf zum Generalstreik durfte nicht unmittelbar über den RIAS verlesen werden. Ebenso gehört es zu den paradoxen Ergebnissen des 17. Juni, dass wohl gerade wegen des Aufstands das Ulbricht-Regime aus Moskau weiter gestützt wurde. Aber der Schrecken des 17. Juni 1953 steckte der Funktionärsschicht von SED und Stasi nachweislich bis Ende 1989 in den Knochen. Die Bildung von Betriebskampfgruppen und Einsatzleitungen, die Umwandlung der DDR in einen Überwachungsstaat, die beispiellose Aufblähung der Stasi, die permanente Gleichsetzung jeder kritischen Meinungsäußerung mit einem politischen Umsturzversuch – all dies sind mehr oder weniger direkte Folgen des 17. Juni 1953, die Bestandteil der DDR blieben bis zu ihrem Ende.

Unter der Überschrift „Gedenken und Erinnern“ wird auf die Erinnerungskultur unserer Tage eingegangen. Mit den Biogra-

phien von Wilhelm Grothaus und Werner Herbig sind zwei Menschen vorgestellt, deren Wirken und deren Leiden eng mit dem 17. Juni 1953 verknüpft ist. Der eine war Aufstandsführer in Dresden, der andere Mitglied des Stadtkomitees der Aufständischen von Görlitz. Es gibt inzwischen eine Reihe guter Beispiele, wie in der Öffentlichkeit an den 17. Juni 1953 gedacht wird, sowie an die Menschen, die den Aufstand getragen haben und ihren Einsatz für Freiheit und Demokratie mit ihrem Leben, ihrer Freiheit oder ihrer Gesundheit bezahlt haben. Es gibt aber auch nach wie vor eine ganze Reihe von Beispielen, wo eine öffentliche Würdigung der Akteure des 17. Juni noch auf sich warten lässt. Ich wünsche uns allen, dass wir in diesem Jahr, im Jahr des 50. Jahrestages des Juni-Aufstandes von 1953, hier einen entscheidenden Schritt weiter kommen. Ich wünsche uns, dass unsere Kinder und Enkel erfahren, dass es nach dem antifaschistischen Widerstandskampf auch einen demokratischen Widerstand gegen die kommunistische Diktatur gab – der ebenso zu würdigen ist.



Tobias David

Der 17. Juni 1953 in Leipzig – Förderverein plant ein Denkmal

„Am 17. Juni 2003 jährt sich der Tag des Volksaufstandes von 1953 zum fünfzigsten Mal. Neben Berlin war Leipzig einer der zentralen Orte des Volksaufstandes. In Leipzig kam es damals zu umfangreichen Streiks und Protesten couragierter Einwohner der Stadt. Am Demonstrationzug in die Leipziger Innenstadt waren bis zu 80.000 Menschen beteiligt, die für bessere Lebensbedingungen,



freie Wahlen und die Freilassung politisch Gefangener stritten. Die Volkspolizei und später auch die Sowjetarmee schlugen den Volksaufstand mit brachialer Gewalt und dem Einsatz von Panzern nieder. Es gab zahlreiche Verletzte und Todesopfer.

Wir sind stolz auf den Freiheitswillen und Mut der Leipziger Bürgerinnen und Bürger und sind deshalb der Meinung, dass 50 Jahre später (gerade auch in der Stadt der politischen Wende von 1989) an historischer Stelle ein Denkmal zu setzen ist.

Die sowjetischen Panzer sind unmittelbar durch das Leipziger Zentrum gerollt und haben eine tragische und unvergessliche Spur hinterlassen. Diese Spur möchten wir in Form eines Bronzeabdrucks von Panzerketten als bleibendes Denkmal sichtbar machen. Angebracht wäre dies direkt auf einer Straße in der Innenstadt, z.B. in der Fußgängerzone an der Nordseite des alten Rathauses – hinter der Alten Börse. Der ebenerdige Abdruck im Gehbereich wird die Leipziger – und künftige Generationen – daran erinnern, wie hoch der Wert der Freiheit ist. Dadurch, dass freie Bürger jetzt über diese Panzerkettenabdrücke hinweg laufen wird, gleichzeitig deutlich, dass der Freiheitswillen letztendlich doch über die Diktatur gesiegt hat.

Zur Errichtung des Denkmals haben wir einen Verein gegründet,



der sich um die Spendenfinanzierung und Installation des Denkmals kümmert.“

Anmerkung: Am 17. Juni 2003 wurde unter breiter öffentlicher Anteilnahme der erste Teil des Denkmals, die Gedenkplatte, durch den Leipziger Oberbürgermeister Wolfgang Tiefensee, die Schwester des 16-jährigen Leipziger Opfers von 1953, Brigitte Dienst, und den Vorsitzenden des Vereines Tobias David eingeweiht. Im Herbst 2003 soll der zweite Teil des Denkmals – die Panzerkettenabdrücke – folgen. Zur Realisierung und Pflege werden noch weitere Spenden benötigt.

Teilnehmer und Autoren des XIII. Bautzen-Forums

Günter Assmann

Longkamp

Michael Beleites

Sächsischer Landesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

Erik Bettermann

Intendant der Deutschen Welle, Bonn

Achim Beyer

Diplomvolkswirt und Wissenschaftlicher Dokumentar, Erlangen

Michael Böhmer

Bürgermeister für Wirtschaft, Finanzen, Bildung und Soziales der Stadt Bautzen

Christoph Casper

Schüler des Friedrich-Schiller-Gymnasiums Bautzen

Carsten Conrad

Schüler des Friedrich-Schiller-Gymnasiums Bautzen

Tobias David

Vorsitzender des Fördervereins für ein Denkmal zum Volksaufstand vom 17. Juni 1953 e. V., Leipzig

Bärbel Domschke

Lehrerin an der Mittelschule Doberschau

Matthias Eisel

Leiter des Leipziger Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung

Prof. Dr. Bernd Faulenbach

Forschungsinstitut für Arbeit, Bildung und Partizipation an der Ruhr-Universität Bochum;

Vorsitzender der Historischen Kommission beim Parteivorstand der SPD

Christin Fuhrmann

Schülerin der Mittelschule Doberschau

Dr. Norbert Haase

Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, Dresden

Marion Karbe

Lehrerin am Friedrich-Schiller-Gymnasium Bautzen

Silke Klewin

Leiterin der Gedenkstätte Bautzen

Ina Koban

Schülerin des Friedrich-Schiller-Gymnasiums Bautzen

Dr. Ilko-Sascha Kowalczuk

wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

Thomas Krüger

Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn

Ronald Lässig

MDR-Fernsehen, Leipzig

Christian Melcher

Schüler der Mittelschule Doberschau

Harald Möller

Vorsitzender des Bautzen-Komitees, Ostheim

Günter Mühle

ehemaliger Vorsitzender des Bautzen-Komitees, Ahrensburg

Dr. Maike Neumann, geb. Weingärtner

Zahnärztin, Ohorn

Susanne Poick

Schülerin des Friedrich-Schiller-Gymnasiums Bautzen

Dr. Matthias Röbler

Sächsischer Staatsminister für Wissenschaft und Kunst, Dresden

Dr. Heidi Roth
Historikerin, Leipzig

Marko Schiemann
Mitglied des Sächsischen Landtages, CDU-Fraktion

Dr. Hans-Jochen Vogel
Bundesminister a. D., Münchner Oberbürgermeister a. D.,
ehemaliger Vorsitzender der SPD,
Gründungsvorsitzender des Vereins "Gegen Vergessen – Für Demokratie"

Prof. Dr. Cornelius Weiss
Mitglied des Sächsischen Landtages, SPD-Fraktion,
ehemaliger Rektor der Universität Leipzig

„Bautzen-Foren“ im Überblick

Nr. 1
Stalinismus. Analyse und persönliche Betroffenheit. Leipzig 1990
(vergriffen)

Nr. 2
Gerechtigkeit den Opfern der kommunistischen Diktatur. Leipzig 1991
(vergriffen)

Nr. 3
Die kriminelle Herrschaftssicherung des kommunistischen Regimes der
Deutschen Demokratischen Republik. Probleme der strafrechtlichen Ver-
folgung der Täter. Konsequenzen für den inneren Frieden des deutschen
Volkes. Leipzig 1992 (vergriffen)

Nr. 4
Der 17. Juni 1953. Der Anfang vom Ende des sowjetischen Imperiums.
Deutsche Teil-Vergangenheiten, Aufarbeitung West: Die innerdeutschen
Beziehungen und ihre Auswirkungen auf die Entwicklung der DDR.
Leipzig 1993 (vergriffen)

Nr. 5

Die Akten der kommunistischen Gewaltherrschaft. Schlußstrich oder Aufarbeitung? Leipzig 1994 (vergriffen)

Nr. 6

Wahrheit, Gerechtigkeit, Versöhnung. Menschliches Verhalten unter Gewaltherrschaft. Leipzig 1995 (vergriffen)

Nr. 7

Erinnern, Aufarbeitung, Gedenken. 1946–1996. 50 Jahre kommunistische Machtergreifung in Ostdeutschland. Widerstand und Verfolgung. Mahnung gegen das Vergessen. Leipzig 1996

Nr. 8

Zivilcourage und Demokratie. Vergangenheitsbewältigung ist Zukunftsgestaltung. Leipzig 1997

Nr. 9

Freiheits- und Widerstandsbewegungen in der deutschen Geschichte. Leipzig 1998

Nr. 10

Eine Zwischenbilanz der Aufarbeitung der SBZ/DDR-Diktatur 1989–1999. Leipzig 1999

Nr. 11

Erinnern für die Zukunft. Formen des Gedenkens, Prozess der Aufarbeitung. Leipzig 2000

Nr. 12

Jugend und Diktatur. Verfolgung und Widerstand in der SBZ/DDR. Leipzig 2001

Nr. 13

Recht und Gerechtigkeit. Politische Häftlinge der SBZ/DDR im geteilten und vereinten Deutschland. Leipzig 2002

Die Dokumentationen ab Nr. 11 können auch online im PDF-Format in der Digitalen Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung (<http://library.fes.de/library/fr-digbib.html>) eingesehen werden



Friedrich-Ebert-Stiftung
Büro Leipzig
Burgstraße 25
04109 Leipzig

Redaktion	Michael Parak, Matthias Eisel, Leipzig
Gestaltung	Thomas Glöß, Leipzig
Fotos	Rainer Justen-Behling, Leipzig
Druck	Jütte-Messedruck Leipzig GmbH

ISBN 3-89892-217-0